

Verwaltungsbericht der Volkswirtschaftsdirektion = Rapport de gestion de la Direction de l'économie publique

Autor(en): **Müller, Bernhard / Robert, Leni**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport
sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1989)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418110>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Volkswirtschaftsdirektion

Rapport de gestion de la Direction de l'économie publique

Direktor: Regierungsrat Dr. Bernhard Müller
Stellvertreterin: Regierungsrätin Leni Robert

Directeur: le conseiller d'Etat Bernhard Müller
Suppléante: la conseillère d'Etat Leni Robert

1. Einleitung

1.1 Allgemeine Wirtschaftslage

Schweiz:

Die Schweizer Wirtschaft präsentierte sich 1989 im siebten aufeinanderfolgenden Jahr in ausgezeichneter, in einigen Bereichen sogar überhitzter Verfassung. Schätzungen beziffern das Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts wie im Vorjahr auf 3 Prozent. Die Kapazitätsauslastung in Industrie und Bauwesen erzielte 1989 neue Spitzenwerte. Leichte Entspannungstendenzen, die sich im dritten Quartal nicht zuletzt als ein Resultat der anhaltenden Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen bemerkbar machten, sind längerfristig wegen der Inflationsgefahr nur zu begrüssen.

Die steigenden Preise stellen nämlich für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung eine Belastung dar. Die Teuerungsrate stieg Ende 1989 im Vergleich zum Vorjahr auf 4¾ Prozent; im Jahresdurchschnitt wird sie mit immerhin 3¼ Prozent deutlich über der Teuerung von 1988 (+1,9%) liegen.

Der Hauptgrund für den Inflationsschub ist aber nicht bei der Hochkonjunktur, sondern bei der grosszügigen Geldversorgung unserer Wirtschaft durch die Nationalbank zu suchen, ist also eine Folge des Börsensturzes 1987. Die bereits 1988 einsetzende, wiederum betont restriktive Geldpolitik sowie die hohen Inflationserwartungen haben im Berichtsjahr ein starkes Anziehen der Zinssätze bewirkt.

Der Arbeitsmarkt präsentierte sich noch angespannter als 1988. Die Arbeitslosigkeit fiel unter den Sockel von 20000, die Quote betrug noch 0,5 Prozent (Vorjahr 0,6%). Erstmals seit 1982 übertraf die Zahl der gemeldeten offenen Stellen diejenige der Arbeitslosen. Die zusätzlich Beschäftigten stammen wie in den drei vorangegangenen Jahren mehrheitlich aus dem Ausland.

Kanton Bern:

Erfreulicherweise liegt die Arbeitslosenquote im Kanton Bern mit knapp 0,3 Prozent im Dezember 1989 (Vorjahr 0,4%) erneut unter dem Landesmittel. Tiefstwerte sind in den Regionen Oberaargau-Emmental, Laufental und Oberland zu verzeichnen.

Das Volkseinkommen beträgt 32122 Franken pro bernischen Einwohner. Damit hat Bern in der Klassierung der 26 Kantone zwar einen Rang verloren und liegt nun an 13. Stelle. Dennoch ist das bernische Volkseinkommen mit einem Anstieg von nominal 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr im Vergleich zur Gesamtschweiz (5,3%) leicht stärker gewachsen. Sodann ist

1. Introduction

1.1 Situation générale de l'économie

Suisse:

L'économie suisse a affiché en 1989, pour la septième année consécutive, une bonne tenue, à la limite même de la surchauffe dans certains secteurs. Les estimations chiffrent la croissance du produit national brut réel à 3 pour cent comme l'année précédente. L'utilisation des capacités de production a atteint, dans l'industrie et dans la construction, de nouvelles valeurs record. Les légères tendances à la détente, observées au cours du troisième trimestre, qui sont le résultat d'investissements d'expansion et de rationalisation continuels, sont souhaitables à plus long terme, compte tenu du danger inflationniste.

L'augmentation des prix constitue un handicap pour l'évolution future de notre activité économique. Le taux de renchérissement est passé à la fin de 1989 à 4¾ pour cent par rapport à l'année précédente; en moyenne annuelle, cela représente un taux de 3¼ pour cent, donc nettement supérieur au renchérissement de 1988 (+1,9%).

La poussée inflationniste n'est pas due à la haute conjoncture mais à la politique monétaire généreuse pratiquée par la Banque nationale envers notre économie. Elle est de ce fait une conséquence du crash boursier de 1987. Le retour à une politique monétaire plus restrictive amorcé en 1988 déjà et les perspectives inflationnistes ont entraîné un très net relèvement des taux d'intérêt au cours de l'année 1989.

Sur le marché du travail, la situation fut encore plus tendue qu'en 1988. Le chômage a baissé au-dessous du seuil des 20000, soit à 0,5 pour cent (1988: 0,6%). Pour la première fois depuis 1982, le nombre des emplois offerts a dépassé celui des chômeurs. Les personnes occupées en plus proviennent pour la plupart de l'étranger, comme ce fut le cas les trois années précédentes.

Canton de Berne:

On relève avec satisfaction que le pourcentage de chômeurs se situait, avec 0,3 pour cent en décembre 1989 (1988: 0,4%) au-dessous de la moyenne suisse. Les chiffres les plus bas ont été enregistrés dans les régions de Haute-Argovie/Emmental, du Laufonnais et de l'Oberland.

Le revenu cantonal par habitant s'élevait à 32122 francs. Le canton de Berne a ainsi perdu un rang au classement des 26 cantons et se trouve à la 13^e place. Toutefois, le revenu cantonal a connu, avec une progression nominale de 5,4 pour cent par rapport à l'année précédente, une hausse légèrement supérieure à la moyenne nationale (5,3%). L'écart s'est donc

auch bezüglich Rückstand auf das schweizerische Mittel etwas an Boden gutgemacht worden (10,5% unter dem nationalen Mittel). Das bernische Volkseinkommen setzt sich zusammen aus: Arbeitnehmereinkommen 71,5 Prozent (CH: 68,1%), Geschäftseinkommen der Selbständigen 12,5 Prozent (CH: 10,4%) und Einkommen aus Unternehmung und Vermögen 16 Prozent (CH: 21,5%).

Bei den einzelnen Branchen ergab sich im Kanton Bern ein ähnliches Bild wie in der restlichen Schweiz: Fortsetzung des Konjunkturanstiegs zu Jahresbeginn (besonders ausgeprägt bei der Maschinen- und Apparateindustrie), Verflachung auf hohem Niveau (vor allem Metallindustrie) und Rückgangs- bzw. Entspannungstendenzen in der zweiten Jahreshälfte (insbesondere bei der Uhrenindustrie). Rekordergebnisse wies auch der Bereich Tourismus mit Zuwachsraten von 8 Prozent im Berner Oberland auf, das damit die Zahlen des Spitzenjahres 1981 annähernd erreichte.

Prognose:

Die Ungewissheit in bezug auf den EG-Binnenmarkt hält weiterhin an und wird wegen möglicher Einflüsse der osteuropäischen Entwicklung sogar noch vergrößert. Ein Einbruch der gegenwärtigen Hochkonjunktur ist aber nicht zu erwarten. Die Prognosen gehen erneut von einem Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 2 Prozent aus. Zu diesem Resultat werden wegen optimistischer Zukunftsaussichten auch die Investitionen in Ausrüstungsgüter massgeblich beitragen, während die Bauinvestitionen durch die hohen Zinsen gedämpft werden dürften. Einzig die prognostizierte Jahreststeuerung von rund 4 Prozent wird das positive Bild im Jahr 1990 etwas trüben.

1.2 **Schwerpunktt Themen im Jahre 1989**

Der Wirtschaftsförderung oblag in enger Zusammenarbeit mit dem Direktionssekretariat die Federführung bei der Erarbeitung des regierungsrätlichen «Berichts über absehbare Auswirkungen des EG-Binnenmarktes und die Wirtschaft des Kantons Bern». Es handelt sich gesamtschweizerisch um den ersten derartigen von einem Kanton verfassten Bericht (vgl. Ziff. 2.2.4).

Zum letztenmal wurden Detailprogrammfortschreibungen basierend auf der ersten Generation regionaler Entwicklungskonzepte (Bergregionen Trachselwald, Schwarzwasser und Kiesental) durchgeführt und von den zuständigen Instanzen genehmigt. An der Gesamtrevision der regionalen Entwicklungskonzepte wurde intensiv gearbeitet. Eine starke finanzielle Beteiligung erfolgte zugunsten der Telematik im bernischen Berggebiet (vgl. Ziff. 2.2.6.1).

Nach zwei Anwendungsjahren des Impulsprogrammes für den Berner Jura kann für 1989 eine positive Bilanz gezogen werden. 14 neuen Unternehmungen konnten Finanzierungshilfen zugesichert und damit Investitionen von über 27 Mio. Franken ausgelöst werden. Durch die Kontakte des beauftragten Wirtschaftsberaters konnten drei weitere Neuansiedlungen von ausländischen Firmen mit mittelfristig rund dreissig Arbeitsplätzen realisiert werden (vgl. Ziff. 2.2.7).

Der Entwurf zu einem totalrevidierten Tourismusförderungsgesetz wurde durch den Grossen Rat in der November-Session mit minimalen Korrekturen und ohne Gegenstimmen in erster Lesung verabschiedet. Weiterer Arbeitsschwerpunkt des Amtes für Fremdenverkehr war das «Touristische Leitbild des Kantons Bern», das im August der Öffentlichkeit vorgestellt und durchwegs positiv aufgenommen wurde (vgl. Ziff. 2.3.2.3). Die Gastgewerbekommission hatte wesentlich mehr Hotel- und Saalbauförderungsgeschäfte zu beurteilen als im Vorjahr. Die Zunahme widerspiegelt den nach wie vor bestehenden Investitionswillen, aber auch den Nachholbedarf in der bernischen Hotellerie (vgl. Ziff. 2.3.3.2).

quelque peu réduit par rapport à la moyenne suisse (10,5% inférieur à la moyenne suisse). Le revenu cantonal bernois se composait de la manière suivante: rémunération des salariés, 71,5 pour cent (CH: 68,1%), revenu d'exploitation des indépendants, 12,5 pour cent (CH: 10,4%) et revenu provenant des entreprises et de la propriété, 16 pour cent (CH: 21,5%).

S'agissant des divers secteurs, le canton de Berne présentait un tableau analogue à celui du reste de la Suisse: poursuite de l'essor conjoncturel en début d'année (en particulier dans l'industrie des machines et appareils), stabilisation à un haut niveau (notamment dans la métallurgie) et tendances au recul au cours du second semestre (en particulier dans l'horlogerie). Le tourisme a enregistré d'excellents résultats avec un taux d'accroissement de 8 pour cent pour l'Oberland bernois, qui a presque atteint les résultats record de 1981.

Prévisions:

L'incertitude à propos du grand marché européen demeure et va même s'accroître suivant l'évolution de la situation dans les pays de l'Europe de l'Est. Il ne faut toutefois pas s'attendre à un tassement conjoncturel. Les prévisions indiquent à nouveau un taux d'accroissement du produit national brut de 2 pour cent. Ce résultat sera aussi dû pour une bonne part aux investissements de biens d'équipement, selon les perspectives optimistes, alors que les investissements dans la construction pourraient être freinés par les taux d'intérêt élevés. Une seule ombre au tableau: le renchérissement d'environ 4 pour cent pronostiqué pour 1990.

1.2 **L'année en bref**

La Promotion économique a reçu mandat de présenter, en étroite collaboration avec le secrétariat de Direction, un «Rapport sur les conséquences prévisibles du marché unique européen pour l'économie du canton de Berne». C'est le premier rapport de ce genre émanant d'un canton (cf. ch. 2.2.4).

Pour la dernière fois, des révisions des programmes de détail basées sur les concepts de développement de la première génération ont été réalisées (régions de montagne de Trachselwald, Schwarzwasser et Kiesental) par les autorités qui en ont la compétence. Un travail très intensif a été effectué dans le cadre de la révision des concepts régionaux de développement. Relevons aussi la forte participation financière en faveur de la télématique dans les régions de montagne bernoises (cf. ch. 2.2.6.1).

Au terme de deux ans d'application, le programme d'impulsion en faveur du Jura bernois est en passe de répondre aux espoirs placés en lui. 14 nouvelles entreprises ont pu bénéficier d'une aide financière, ce qui représente un volume d'investissements de plus de 27 millions de francs. Les prises de contact du conseiller économique ont eu pour résultat que trois nouvelles entreprises étrangères vont s'implanter sur sol bernois, ce qui représente à terme la création d'une trentaine d'emplois (cf. ch. 2.2.7).

La loi totalement révisée sur l'encouragement du tourisme a été adoptée à l'unanimité par le Grand Conseil en première lecture au cours de la session de novembre avec des corrections minimales. L'Office du tourisme a eu également pour tâche d'élaborer le «Programme touristique du canton de Berne», qui a été présenté au public en août et très bien accueilli (cf. ch. 2.3.2.3). La commission de l'hôtellerie et de la restauration a eu à traiter bien davantage d'affaires relatives à la construction d'hôtels et de salles qu'en 1988. Si cette augmentation témoigne comme auparavant de la volonté d'investir, elle montre aussi la nécessité de rattraper le retard enregistré dans l'hôtellerie bernoise (cf. ch. 2.3.3.2).

Das Berichtsjahr stand für das Amt für Wohnungswesen im Zeichen der Überprüfung des Leistungsauftrages. Aufgrund der gespannten Lage auf dem Boden- und Wohnungsmarkt wurden die Vorarbeiten zu einer Verordnungsänderung zum Dekret über die Förderung preisgünstiger Wohnbauten an die Hand genommen. Mit neuen Erstellungskostengrenzen und Belegungsvorschriften sollen bessere Voraussetzungen u. a. für die Altbauerneuerung geschaffen werden.

Im Bereich des Amts für Industrie, Gewerbe und Arbeit verabschiedete der Grosse Rat am 20. August das neue Gesetz über die Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung (AVUG) und in der November-Session die Totalrevision der Lufthygienegesetzgebung. Die Inkraftsetzung der beiden Gesetze dürfte Mitte 1990 erfolgen. Bis dahin werden die jeweiligen, bereits im Berichtsjahr in die Vernehmlassung geschickten Verordnungen vorliegen. Für die durch übermässige Immissionsbelastungen betroffenen Regionen Bern, Biel, Thun und Langenthal wurde die sehr anspruchsvolle Ausarbeitung von Massnahmeplänen unverzüglich aufgenommen.

Der ausgetrocknete Arbeitsmarkt führte zu einer angespannten Lage im Bereich der Ausländerkontingente. Trotz behelfsmässiger Nachzuteilungen vom Bund konnte der korrekte Vollzug nur mit Mühe aufrechterhalten werden. Nach einer Intervention des Regierungsrates bei den Bundesbehörden auf Zuteilung an den Kanton Bern gemäss den heutigen Gegebenheiten, setzte der Bundesrat eine Arbeitsgruppe ein, in der auch das KIGA vertreten ist. Auftrag dieser Arbeitsgruppe ist es, einen neuen Verteilschlüssel für die Ausländerkontingente auszuarbeiten (vgl. Ziff. 2.5.1).

Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Landesversorgung wurde der Bereich «Ernährungsplan» überarbeitet und den neusten Erkenntnissen angepasst. Zudem wurde eine Erhebung der Sägereien, Schreinereien und Zimmereien durchgeführt und dafür gesorgt, dass das erforderliche Fachpersonal für den Fall einer Kriegsmobilmachung freigestellt wird (vgl. Ziff. 2.6).

Dank dem Einsatz entsprechender EDV-Mittel konnte die Ausgleichskasse des Kantons Bern die an die Lohn- und Preisentwicklung angepassten AHV- und IV-Renten trotz der grossen Anzahl Rentner fristgerecht auszahlen. Gleichzeitig mussten die Vorarbeiten für die auf den 1. Januar 1990 vorgesehene Neuregelung der Einkommensgrenzen und Abzüge bei den Ergänzungsleistungen abgeschlossen werden. Einen grossen administrativen Aufwand verursachte die vom Bundesrat beschlossene und bereits im Sommer 1989 publizierte Erleichterung bei der Anrechnung fehlender AHV-Beitragsjahre, die bei vielen Rentnern zu Missverständnissen führte. Am 16. November verabschiedete der Grosse Rat in zweiter Lesung die Totalrevision des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELKG). Das Gesetz soll zusammen mit der vom Regierungsrat am 20. Dezember erlassenen Verordnung auf den 1. Juli 1990 in Kraft treten.

Die Untersuchungen des Laboratoriums zeigten einen Rückgang des Atrazin- und Nitratgehaltes im Trinkwasser. Bei den noch festgestellten Überschreitungen des Toleranzwertes für Atrazin besteht keine gesundheitliche Gefährdung für den Konsumenten (vgl. Ziff. 2.8.3). Besonderes Augenmerk wurde zudem der Badewasserhygiene in Beckenbädern geschenkt (vgl. Ziff. 2.8.5).

Am 6. November beschloss der Grosse Rat, das Amt für Information und das Amt für Wirtschafts- und Kulturausstellungen in einem neuen Amt für Information und Öffentlichkeitsarbeit unter einheitlicher Führung zusammenzufassen. Das neue Amt soll von den bisherigen Aufgaben des AWK nur den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für den Kanton übernehmen. Darunter fallen auch Ausstellungen, welche über die Leistungen der Staatsverwaltung orientieren oder im Interesse des Kantons Bern liegen (vgl. Ziff. 2.9.1).

Die im EFFISTA-Bericht empfohlene Detailanalyse des Amts

Pour l'Office du logement, l'année était placée sous le signe du mandat de prestations. Vu la tension sur le marché des terrains et du logement, il a fallu entamer les préparatifs de la révision de l'ordonnance sur l'encouragement à la construction de logements à des prix raisonnables. Les nouvelles limites de frais de construction et prescriptions relatives aux occupants devraient améliorer les conditions, notamment pour les rénovations d'immeubles anciens.

En ce qui concerne les activités de l'Office de l'industrie, des arts et métiers et du travail, il faut relever que le Grand Conseil a adopté le 20 août la nouvelle loi sur le service de l'emploi, l'assurance-chômage et l'aide aux chômeurs (LSAC) et en novembre la révision totale de la législation sur la protection de l'air. Ces lois devraient entrer en vigueur à la mi-1990. Ensuite, ce sera le tour des ordonnances qui ont été envoyées en consultation avant la fin de l'année. La préparation des plans de mesures a été immédiatement entamée pour les régions de Berne, Bienne, Thoune et Langenthal qui ont été touchées par les immissions excessives.

La pénurie de main-d'œuvre sur le marché du travail a conduit à une situation très tendue dans le domaine des contingents d'étrangers. Malgré les attributions postérieures provisoires de la Confédération, l'exécution dans ce domaine n'a pu se faire qu'à grand peine. Après que le Conseil-exécutif fut intervenu auprès des autorités fédérales leur demandant que l'attribution au canton de Berne soit adaptée aux données actuelles, le Conseil fédéral a chargé un groupe de travail, qui compte un représentant de l'OCIAMT, d'élaborer une nouvelle clef de répartition des étrangers (cf. ch. 2.5.1).

En ce qui concerne l'approvisionnement économique, la planification alimentaire a été remaniée et adaptée aux nouvelles données. Une enquête a par ailleurs été réalisée sur les scieries, les entreprises de menuiserie et de charpenterie, notamment pour que le personnel spécialisé requis soit disponible en cas de mobilisation de guerre (cf. ch. 2.6).

Grâce à un système informatique approprié, la Caisse de compensation du canton de Berne a pu verser à temps, malgré le grand nombre de rentiers, les rentes AVS/AI qui ont été adaptées à l'évolution des prix et des salaires. Parallèlement, il a fallu achever les préparatifs de la révision des limites de revenu et des déductions pour les prestations complémentaires prévue pour le 1^{er} janvier 1990. La prise en compte facilitée des années de cotisations manquantes pour le calcul des rentes, décidée par le Conseil fédéral et publiée en été 1989 déjà, a nécessité un grand travail administratif et a été souvent mal interprétée par les rentiers. Le 16 novembre, le Grand Conseil a adopté en deuxième lecture la loi révisée sur les prestations complémentaires à l'AVS/AI (LPCC). La loi entrera en vigueur le 1^{er} juillet 1990 en même temps que l'ordonnance arrêtée le 20 décembre 1989 par le Conseil-exécutif.

Les analyses du laboratoire ont montré que la teneur en atrazine et en nitrate de l'eau potable a diminué. Les dépassements de la tolérance constatés pour l'atrazine ne constituent pas un danger pour la santé du consommateur (cf. ch. 2.8.3). On a voué une attention particulière à l'hygiène des eaux de bain dans les piscines (cf. ch. 2.8.5).

Le 6 novembre, le Grand Conseil a décidé de regrouper l'Office de l'information et l'Office des expositions en matière économique et culturelle en un nouvel Office de l'information et des relations publiques sous un régime de direction unique. Le nouvel Office se voit uniquement confier, parmi les tâches de l'ancien Office des expositions, le domaine des relations publiques pour le canton, ce qui comprend aussi la présentation des activités de l'administration cantonale ou de celles exercées dans l'intérêt du canton de Berne (cf. ch. 2.9.1).

L'Office d'orientation professionnelle a entamé l'analyse préconisée dans le rapport EFFISTA en procédant à une enquête approfondie sur la situation actuelle. Les objectifs visés devront être fixés dans une conception sur «l'orientation profes-

für Berufsberatung wurde mit der Erhebung des Ist-Zustandes in Angriff genommen. Der Sollzustand soll aufgrund eines Leitbildes «Berufsberatung 2000» zukunfts ausgerichtet festgelegt und im Frühjahr 1990 als Bericht vorgelegt werden. Mit einem neuen Angebot in Form von Abendkursen für Erwachsene unter dem Thema «beruflich verändern» wurde erfolgreich begonnen (vgl. Ziff. 2.10.1).

Eine Arbeitsgruppe des Amtes für Berufsbildung erstellte unter Beizug von weiteren Experten einen Bericht über die Berufsschulorganisation im Kanton Bern. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen die Grundlage für die Ausarbeitung eines Konzeptes «Berufsschule 2000» bilden (vgl. Ziff. 2.11.3). Im Vordergrund der Reorganisation der Abteilung Berufslehre stand die fachtechnische Unterstellung der nebenamtlich geführten Lehraufsichtskommission LAK unter die regionalen Kreisleitungen. Durch die Entlastung der ebenfalls nebenamtlich geführten LAK-Sekretariate von verschiedenen Verwaltungsaufgaben konnte die Qualität und Effizienz der zentralen Aufgabe, die Betreuung der einzelnen Lehrverhältnisse vor Ort, gesteigert werden (vgl. Ziff. 2.11.2).

Der Grosse Rat verabschiedete in seiner November-Session in erster Lesung einstimmig den Entwurf des totalrevidierten Gesetzes über die Ingenieurschulen, Technikerschulen und Höheren Fachschulen. Das Gesetz wird in konzeptioneller Hinsicht ergänzt durch das Leitbild «Die Berner Ingenieurschulen auf dem Weg ins Jahr 2000». Die Ingenieurschulen und andere geeignete Schulen der Kantone Bern und Solothurn bereiten eine gemeinsame Kandidatur für ein sogenanntes CIM-Bildungszentrum vor, welches als eines von gesamtschweizerisch sechs Zentren im Rahmen eines Impulsprogramms des Bundes geschaffen werden soll. Mit den CIM-Zentren soll der Rückstand der Schweiz gegenüber dem Ausland bei der Nutzung und Anwendung moderner, rechnergestützter Fertigungstechnologien aufgeholt werden (vgl. Ziff. 2.12.1).

Die grossen Anstrengungen der Gebäudeversicherung auf dem Gebiet des Brandschutzes beginnen Früchte zu tragen. Die Ermässigung beim Prämientarif von 17 Prozent ist auf eine Verbesserung des Schadenverlaufs im Bereich Feuerschäden zurückzuführen (vgl. Ziff. 2.13.2). Der aktuelle Vollzug der Katastrophenprävention beschränkt sich seit 1987 auf die Beurteilung von Katastrophenrisiken im Rahmen hängiger Baubewilligungs- und Plangenehmigungsverfahren durch die unter Leitung der Gebäudeversicherung stehende Arbeitsgruppe für einzelbetriebliche Katastrophenprävention. Das vom Grossen Rat genehmigte Vollzugsmodell, das für den vollständigen Vollzug ab 1991 wegleitend sein wird, basiert auf der durch kantonale Organe überwachten Eigenverantwortung der risikoträchtigen Betriebe. Die Gesamtkoordination für den Vollzug wird neu durch das Kantonale Laboratorium als Fachstelle in allen Chemiefragen gewährleistet.

1.3 Volkswirtschaftskommission

Die drei Sitzungen des Berichtsjahrs standen unter dem Präsidium von Jean-Pierre Mühlemann, Vertreter des Kantonalverbandes bernischer Arbeitgeberorganisationen.

Anlässlich der *Januar-Sitzung* fanden die Ausführungen von Kantonsoberingenieur H. Gnehm zum Stand der Vorarbeiten und Zeitplan bezüglich der durchgehenden Autobahn N5 und Transjurane grosses Interesse. Im weiteren drängte sich im Hinblick auf die angespannten Arbeitsmarktlage und eine stark angestiegene Nachfrage nach Saisoniers eine Grundsatzdiskussion zur aktuellen Situation im Bereiche Fremdarbeiterregelung, Kontingentszuteilung und Grenzgängerpolitik auf. Die Lancierung eines Situationsberichts und Massnahmenkatalogs an den Bundesrat wurde auf das Frühjahr 1989 hin gutgeheissen.

sionelle à l'horizon 2000» qui sera présentée au printemps 1990 sous la forme d'un rapport. Les nouveaux cours du soir offerts aux adultes sur le thème «changement d'orientation» ont débuté avec succès (cf. ch. 2.10.1).

Un groupe de travail de l'Office de la formation professionnelle a rédigé, avec l'aide d'experts, un rapport sur l'organisation de l'enseignement professionnel dans le canton de Berne. Les résultats du rapport serviront de référence pour l'élaboration d'une «conception sur les écoles professionnelles à l'horizon 2000» (cf. ch. 2.11.3). La réorganisation du service des apprentissages a surtout consisté à subordonner les commissions de surveillance des apprentissages (CSA) gérées à temps partiel aux responsables d'arrondissement régional pour les tâches de surveillance. Cette réorganisation permettra d'améliorer la qualité et l'efficacité de la surveillance des apprentissages effectuée sur place (cf. ch. 2.11.2).

Au cours de la session de novembre, le Grand Conseil a adopté à l'unanimité en première lecture la révision totale de la loi sur les écoles d'ingénieurs, les écoles techniques et les écoles supérieures spécialisées. Une conception a également été élaborée sur «les écoles d'ingénieurs à l'horizon 2000». Les écoles d'ingénieurs et d'autres écoles des cantons de Berne et de Soleure envisagent de présenter une candidature commune pour abriter l'un des six centres de formation CIM envisagés par la Confédération dans un programme d'action. Ces centres doivent permettre de rattraper le retard de la Suisse dans le domaine de l'utilisation et de l'application des technologies modernes de fabrication assistées par ordinateur (cf. ch. 2.12.1).

Les efforts considérables déployés par l'Assurance immobilière (AIB) dans le domaine de la protection contre les incendies commencent à porter leurs fruits. La réduction des primes de 17 pour cent est possible grâce à une amélioration de l'évolution des dommages causés par le feu (cf. ch. 2.13.2). L'exécution actuelle de la prévention des catastrophes se limite, depuis 1987, à l'estimation des risques de catastrophes dans le cadre des procédures d'octroi de permis de construire et d'approbations de plans. Cette estimation est faite par le groupe de travail pour la prévention des catastrophes dans des entreprises particulières sous la conduite de l'AIB. Approuvé par le Grand Conseil, le modèle d'exécution qui servira de référence à partir de 1991 se fonde sur la responsabilité personnelle des entreprises à risques surveillées par des organes cantonaux. En tant que service spécialisé pour toutes les questions relevant de la chimie, le Laboratoire cantonal se chargera désormais de la coordination générale des tâches d'exécution (cf. ch. 2.13.4).

1.3 Commission d'économie générale

Les trois séances qui ont eu lieu en 1989 ont été présidées par M. Jean-Pierre Mühlemann, représentant de l'Union cantonale des organisations patronales bernoises.

Lors de la *séance de janvier*, M. H. Gnehm, ingénieur en chef cantonal a présenté un exposé sur l'état des travaux préparatoires et le calendrier relatifs à l'autoroute N5 et la Transjurane qui a suscité un grand intérêt. En outre, vu la pénurie de main-d'œuvre sur le marché du travail et la demande fortement accrue de saisonniers, il a fallu engager une discussion sérieuse sur la réglementation concernant les travailleurs étrangers, l'attribution des contingents et la politique en matière de frontaliers. Le rapport d'analyse et le catalogue de mesures préparés à l'intention du Conseil fédéral ont été approuvés au printemps 1989.

Im Mittelpunkt der *Juni-Sitzung* stand der Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die «Absehbaren Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf den Kanton Bern». Aber auch das «Touristische Leitbild» sowie ein erster Entwurf der «Pièces de résistance» zum neuen Gewerbegesetz fanden volle Beachtung.

Die Sitzung im *Oktober* war verschiedenen aktuellen Themen aus der Volkswirtschaftsdirektion gewidmet. Insbesondere wurde vom Rechenschaftsbericht der Direktion zu den Regierungsrichtlinien und Vorlageplanung 1986–1990 und zum weiteren Vorgehen in Sachen «EG-Bericht» Kenntnis genommen. Im weiteren wurde auf die Gründung der Gesellschaft zur Förderung neuer Fertigungstechnologien hingewiesen, die in Zukunft die Interessen des Kantons Bern im Bereiche der Weiterbildungsoffensive des Bundes wahrnehmen wird.

Au cours de la *séance de juin*, le débat portait essentiellement sur le «Rapport du Conseil-exécutif à l'intention du Grand Conseil sur les conséquences prévisibles du marché unique européen pour l'économie du canton de Berne». La commission s'est également penchée sur le «Programme touristique» et sur les points délicats d'un premier projet de la nouvelle loi sur l'industrie.

La *séance d'octobre* a été consacré à différents thèmes actuels intéressant la Direction. Il a été question du rapport de la Direction sur le programme de législature et la planification législative 1986–1990 de même que des mesures découlant du rapport sur l'intégration européenne. Il a aussi été fait mention de la fondation de la société pour le développement des nouvelles techniques de fabrication, qui a pour tâche de représenter les intérêts du canton de Berne dans le cadre de l'offensive fédérale en faveur du perfectionnement.

2. **Berichte der einzelnen Ämter, Abteilungen und Dienststellen der Volkswirtschaftsdirektion**

2.1 **Direktionssekretariat**

2.1.1 *Organisation*

Die Institutionalisierung der Direktionsrapporte hat sich bewährt. Dies trifft auch für die neugeschaffenen Zielpapiere zu. Allerdings muss festgestellt werden, dass die Arbeitsprogramme nur dank ausserordentlichen Anstrengungen erfüllt werden konnten. Die Belastungsgrenzen sind in verschiedenen Ämtern und auch im Direktionssekretariat erreicht. Zusätzliche Aufgaben im Zusammenhang mit EG-Fragen, den Regierungsrichtlinien, dem kantonalen Leitbild usw. stellten weitere Herausforderungen dar und hatten zur Folge, dass ein permanenter Termin- und Arbeitsdruck bestand und dass kaum mehr Zeit zur Verfügung stand, um konzeptionelle Fragen (Vorlagenplanung usw.) in gebotener Gründlichkeit behandeln zu können.

2.1.2 *Personelles*

Kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung
Auf Ende August trat Beat Hofmann als Leiter der Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung zurück. Als Nachfolger wird auf den 1. Januar 1990 Hans-Peter Lamprian gewählt.

Büro des Delegierten für Wirtschaftsförderung
Als Adjunkt trat Adrian Studer Mitte August die Nachfolge von Alexander Glatthard an.

Ingenieurschule Burgdorf
Anstelle von Beat Gysler wurde Max Hutter als administrativer Vizedirektor gewählt.

Holzfachschule Biel
Neuer Vizedirektor wurde Anfang August Balz Gfeller. Er ersetzt den pensionierten Edwin Grüter.

2.1.3 *Rechtsdienst*

Der Rechtsdienst befasste sich erneut mit zahlreichen gesetzlichen Erlassen (vgl. Ziff. 3).

2. **Rapport des différents offices, sections et services de la Direction**

2.1 **Secrétariat de direction**

2.1.1 *Organisation*

L'institutionnalisation des «Rapports de Direction» a fait ses preuves. La même remarque vaut pour les nouveaux documents d'ordre conceptuel. Il convient toutefois de relever que le calendrier des travaux n'a pu être respecté qu'au prix de gros efforts. Les limites des capacités ont été atteintes dans divers offices et également au secrétariat de Direction. Les tâches supplémentaires en rapport avec les affaires européennes, le programme gouvernemental de législature, l'image de marque du canton, etc. ont constitué autant de défis de sorte qu'il a fallu constamment parer au plus pressé et que le temps n'a pas toujours suffi pour traiter à fond les questions ayant trait à la planification (planification des textes législatifs, etc.).

2.1.2 *Personnel*

Office cantonal de l'approvisionnement économique
M. Beat Hofmann a été engagé à fin août en tant que chef du secrétariat. Son successeur a été désigné en la personne de M. Hans-Peter Lamprian qui est entré en fonction le 1^{er} janvier 1990.

Bureau du délégué au développement économique
M. Adrian Studer a succédé à M. Alexander Glatthard au poste d'adjoint.

Ecole d'ingénieurs de Berthoud
M. Max Hutter a remplacé M. Beat Gysler au poste de vicedirecteur.

Ecole du bois de Bienne
M. Balz Gfeller a été nommé en tant que vice-directeur à partir de début août pour remplacer M. Edwin Grüter qui a pris sa retraite.

2.1.3 *Service juridique*

Le Service juridique a élaboré de nombreux textes législatifs comme par le passé (cf. ch. 3).

Bei den Beschwerden war ein namhafter Anstieg um 85 Prozent zu verzeichnen. Am meisten Fälle mussten in den Bereichen Gastgewerbe (27, im Vorjahr 22) und Berufsbildung (29/20) beurteilt werden. 6 (10) Entscheide der Volkswirtschaftsdirektion wurden ans Verwaltungsgericht weitergezogen und – abgesehen von einem formellen Punkt (neu besteht nun auch die Einspruchsmöglichkeit bei gewöhnlichen Gastgewerbebewilligungen, die nicht publiziert werden müssen) – bestätigt. Die einzige beim Bundesgericht noch hängige Beschwerde (Grundstückwerb durch Personen im Ausland) ist nach wie vor nicht entschieden worden.

Rechtsauskünfte und aufwendige Rechtsberatungen nahmen ebenfalls zu. Dies alles führte zu einem teilweise erheblichen Rückstau und zu unliebsamen Verzögerungen. In absehbarer Zeit wird hier leider kaum eine Besserung eintreten, zumal häufiger selbst bei hoffnungslosen Fällen der Rechtsmittelweg ausgeschöpft wird.

2.1.4 *Berichte zuhanden von Bundesbehörden*

Die Direktion hat folgende wesentliche Stellungnahmen und Anträge des Regierungsrats zu Bundeserlassen vorbereitet:

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

- Revision Preisüberwachungsgesetz
- Ausländerregelung 1989/90; Teilrevision der Verordnung des Bundesrats über die Begrenzung der Zahl der Ausländer
- Verordnung über die Aufnahme von Absolventen der Berufsmittelschulen (BMS) in die Höheren Technischen Lehranstalten (HTL)

Eidgenössisches Departement des Innern

- Verordnungsentwurf über den Schutz vor Störfällen
- Revision der Verordnung V über die Krankenversicherung – Besondere Versicherungsformen (HMO-Versicherung/ Bonussystem)
- Revision der Lebensmittelverordnung

Bundesamt für Aussenwirtschaft

- Übereinkommen zwischen der EG und den EFTA-Staaten betr. den Informationsaustausch über Entwürfe von technischen Vorschriften

Bundesamt für Strassenbauten

- Verordnung über Beiträge an strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalteverordnung.

Im weitem erarbeitete die Direktion zuhanden des Regierungsrates einen Situationsbericht über die ausländischen Erwerbstätigen im Kanton Bern. Dieser Bericht, der zahlreiche konkrete Anträge enthält, wurde im März dem Bundesrat zugestellt.

2.2 **Wirtschaftsförderung**

2.2.1 *Organe*

2.2.1.1 Beratende Kommission

Die Beratende Kommission zur Förderung der Wirtschaft unter dem Vorsitz von Fürsprecher Rolf Borter, Belp, behandelte 1989 elf (Vorjahr 16) Geschäfte der einzelbetrieblichen Unter-

Le nombre de recours a considérablement augmenté, soit de 85 pour cent. La plupart des cas concernaient l'hôtellerie et la restauration (27, 1988: 22) et la formation professionnelle (29/20). 6 (10) cas ont été portés par voie de recours devant le Tribunal administratif qui les a entérinés, à l'exception d'un seul point formel (il existe désormais des possibilités de recours même pour les autorisations ordinaires en matière d'hôtellerie et de restauration qui ne doivent pas faire l'objet d'une publication). Le Tribunal fédéral n'a pas encore arrêté sa décision concernant la seule affaire pendante (acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger).

Les activités d'information et de conseil augmentent également, ce qui a entraîné des retards, parfois considérables, et de fâcheux contretemps. Une amélioration n'est guère envisageable dans un proche avenir, d'autant plus que même dans les cas où les chances d'aboutir sont les plus minces on épuise toutes les voies de recours.

2.1.4 *Rapports à l'intention des autorités fédérales*

La Direction de l'économie publique a été appelée à préparer la prise de position du Conseil-exécutif à propos des actes législatifs indiqués ci-après:

Département fédéral de l'économie publique

- Révision de la loi concernant la surveillance des prix
- Réglementation concernant les étrangers 1989/90; révision totale de l'ordonnance du Conseil fédéral limitant le nombre des étrangers
- Ordonnance concernant l'admission aux écoles techniques supérieures (ETS) d'élèves provenant des écoles professionnelles supérieures (EPS)

Département fédéral de l'intérieur

- Projet de l'ordonnance sur la protection contre les accidents majeurs
- Révision de l'ordonnance V sur l'assurance-maladie – Formes particulières d'assurance (assurance-HMO/système avec bonus)
- Révision de l'ordonnance sur les denrées alimentaires

Office fédéral des affaires économiques extérieures

- Accord entre les pays de l'AELE et de la CE relatif à l'instauration d'une procédure d'échange d'informations dans le domaine des réglementations techniques

Office fédéral des routes

- Ordonnance concernant les contributions aux frais des mesures nécessitées par le trafic routier.

En outre, la Direction a rédigé à l'intention du Conseil-exécutif un rapport sur la situation des travailleurs étrangers dans le canton de Berne. Ce document, qui contient bon nombre de propositions concrètes, a été adressé en mars au Conseil fédéral.

2.2 **Développement de l'économie**

2.2.1 *Organes*

2.2.1.1 Commission consultative

La Commission consultative pour le développement de l'économie, sous la présidence de M. Rolf Borter (avocat de Belp), a examiné onze demandes d'aide (l'année précédente 16) de la

nehmensförderung, befasste sich mit zwei Landverkäufen und behandelte ausgewählte Fragen der kantonalen Wirtschaftspolitik. Sie formulierte ihre Empfehlungen an die finanzkompetenten Organe des Staates bzw. an die Gesellschaft zur Förderung der bernischen Wirtschaft.

2.2.1.2 Förderungsgesellschaft

1989 lief die vierte Amtsperiode der Verwaltung der Gesellschaft zur Förderung der bernischen Wirtschaft ab. Als Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten Walter Fuhrmann, Bern, wurde Leo Lüthy, Büren a. d. A., gewählt. Neu wurden Martin Witschi, Bern, und Fred Lüthi, Herzogenbuchsee, in die Verwaltung gewählt.

Es wurde zwei neuen Bürgschaften zugestimmt mit einer verbürgten Summe von 1 Mio. Franken. In neun Fällen wurde einem Zinsverbilligungsgesuch entsprochen. Bei zwei bestehenden Engagements konnte einer Vertragsänderung zugestimmt werden. Die Gesellschaft wurde 1989 aus neun bestehenden Verpflichtungen mit einem Gesamtbetrag von 4,5 Mio. Franken entlassen.

Insgesamt beläuft sich die Bürgschaftsgarantie der Förderungsgesellschaft 1989 auf 41600000 Franken; die Hälfte davon garantiert der Staat.

2.2.2 Vermittlung/Beratung

Rund vier Fünftel der Tätigkeit der Wirtschaftsförderung betreffen nicht-zählbare Förderfälle, nämlich vermittelnde und beratende Abklärungen und Dienstleistungen an den Schnittstellen zwischen Privatwirtschaft und Verwaltung, wie dies Artikel 12 Absatz 1 des Wirtschaftsförderungsgesetzes vorsieht: «Ständige Verfolgung der Anliegen der Wirtschaftsförderung in der Rechtsetzung, der Verwaltung und dem Finanzwesen.» Einer der Adjunkte wirkt als Staatsvertreter in der Bürgschaftsgenossenschaft des bernischen Gewerbes zwecks Koordination mit den eigenen Fördermassnahmen mit.

2.2.3 Technologieförderung

Der Delegierte nahm die Interessen des Staates wahr im Verwaltungsratsausschuss der Bernischen Genossenschaft für Technologievermittlung sowie im Verwaltungsrat der als Betreiberin des in fortgeschrittenem Projektierungsstadium stehenden Techno-Parks Bern vorgesehenen TEBE Technologiepark Betriebsgesellschaft.

Der Adjunkt für den Berner Jura vertritt die Interessen des französischsprachigen Kantonsteils als Staatsvertreter im Verwaltungsrat der Y-Parc S. A., Yverdon, einem Technologiepark-Gemeinschaftsvorhaben, sowie in den Kooperationsgremien Association intercantonale pour la Concertation et la Coopération Economiques ACCÈS und Réseau Scientifique et Technologique der welschen Kantone.

Genutzt wurden ferner die Gemeinschaftsaktionen einer Gruppe kantonalen Förderinstitutionen an den Hannover-Messen (Standortdokumentation; Technologiewettbewerb Schweiz), der Industriesalon SIAMS in Münster sowie der Internationale Anwältekongress UIA in Interlaken, um den Bekanntheitsgrad des Kantons Bern als Markt und als Unternehmensstandort im High-Tech-Bereich zu heben.

part d'entreprises, s'est prononcée sur deux ventes de terrains et s'est penchée sur des questions spécifiques relatives au développement de l'économie bernoise. Dans chaque cas, elle a donné son préavis aux organes financiers compétents de l'Etat ou à la Société pour le développement de l'économie.

2.2.1.2 Société pour le développement de l'économie

En 1989, le conseil d'administration de la Société pour le développement de l'économie bernoise est entré dans sa quatrième période de fonctions. Au président sortant, M. Walther Fuhrmann de Berne, a succédé M. Leo Lüthy de Büren a. d. A. M. Martin Witschi de Berne et M. Fred Lüthi de Herzogenbuchsee ont été nommés au conseil d'administration.

Deux nouveaux cautionnements ont été accordés pour un montant total de 1 million de francs. Dans neuf cas, une demande de prise en charge des intérêts a été acceptée. Pour deux engagements courants, une modification du contrat de financement a dû être apportée. En 1989, la Société a été déchargée de neuf engagements de cautionnement portant sur une somme de 4,5 millions de francs.

Le montant total cautionné par la Société pour le développement s'élève en 1989 à 41600000 francs, dont la moitié est garantie par le canton de Berne.

2.2.2 Tâche d'intermédiaire et de conseil

Environ quatre cinquièmes de l'activité de la Promotion économique a trait à des tâches qui ne sont pas quantifiables en termes monétaires. A la jonction entre l'économie privée et l'administration, le délégué a pour fonction d'être un intermédiaire et un conseiller, conformément au mandat qui lui a été confié à l'article 12, 1^{er} alinéa de la loi sur le développement de l'économie qui lui demande de «veiller à ce qu'il soit constamment tenu compte des nécessités du développement économique dans la législation, dans l'activité administrative et dans la politique financière». Un des adjoints siège comme représentant du canton au sein de l'Association de cautionnement des arts et métiers bernois afin de coordonner les mesures de promotion économique.

2.2.3 Promotion technologique

Le délégué représente les intérêts de l'Etat au sein de la commission du conseil d'administration de la société bernoise de transfert de technologie, ainsi qu'au conseil d'administration – en tant que membre à part entière – de la société du futur parc technologique TEBE.

L'adjoint pour le Jura bernois, en tant que représentant de l'Etat dans le conseil d'administration d'Y-Parc à Yverdon – projet collectif de parc technologique –, ainsi que dans le groupe de coopération de l'Association intercantonale pour la Concertation et la Coopération Economiques et du Réseau Scientifique et Technologique qui regroupe les cantons romands, représente les intérêts de la partie francophone du canton.

En outre, des actions conjointes, émanant d'un groupe d'institutions cantonales de promotion économique, ont été menées à la foire de Hanovre (documentation du lieu d'implantation suisse; publicité de la technologie suisse), au salon de l'industrie SIAMS à Moutier et au congrès des avocats UIA à Interlaken, afin de mieux faire connaître le canton de Berne en tant que marché et lieu d'implantation industriel dans le domaine High-Tech.

2.2.4 EG-Binnenmarkt

Die verstärkten Integrationsbemühungen der EG, die insbesondere durch das Ziel eines EG-Binnenmarkts bis 1993 beschleunigt wurden und sehr erfolversprechend erscheinen, werden zweifelsohne auch Auswirkungen auf den Kanton Bern – beispielsweise auf die Gesundheits- und Sozialpolitik, auf das Erziehungswesen, die Volkswirtschaft und die Umwelt – haben.

Ausgehend von einer Motion übernahm es die Wirtschaftsförderung, in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen, einen ersten «Bericht über absehbare Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Wirtschaft des Kantons Bern» auszuarbeiten. Der 80seitige – übrigens gesamtschweizerisch erste, derartige von einem Kanton verfasste – Bericht wurde im Grossen Rat im allgemeinen sehr gut aufgenommen und fand auch eine erfreuliche Resonanz bei der Presse.

2.2.5 Anwendung der Wirtschaftsförderung-Instrumente

2.2.5.1 Unternehmensförderung

Im Berichtsjahr konnten insgesamt 13 bernische Unternehmungen finanzielle Leistungen der Wirtschaftsförderung in Anspruch nehmen. Häufigstes Instrument war dabei wiederum die Bürgschaft und/oder die Zinsverbilligung. Neben Bürgschaften in der Höhe von insgesamt 1 Mio. Franken wurden Zinsverbilligungen im Betrag von rund 1,2 Mio. Franken gesprochen. Auf der Grundlage des Bundesbeschlusses über Finanzierungsbeihilfen zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen wurde einer Unternehmung Unterstützung zugesichert.

In einem Fall wurde ein Investitionskostenbeitrag ausgerichtet. Daneben wurden Steuervergünstigungen, Einarbeitungszuschüsse und Befreiungen von Handänderungsabgaben gewährt. Die durch diese Leistungen geförderten Investitionsvorhaben betreffen ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 50 Mio. Franken. Sie tragen zur Schaffung von rund 400 neuen Arbeitsplätzen bei.

Gestützt auf die am 1. April 1989 in Kraft getretenen Änderungen des Gesetzes über die Förderung der Wirtschaft und der Verordnung über die Staatsgarantie für Zusatzbürgschaften gewerblicher Bürgschaftsinstitutionen konnte der Staat eine Rückbürgschaft erstmals über 200 000 Franken eingehen. Das Total derartiger Bürgschaftsverpflichtungen beläuft sich per Ende 1989 auf 15 mit einem Kapitalrisiko von 1 Mio. Franken.

2.2.5.2 Landpolitik

1989 wurde die Baureifmachung von Industrie- und Gewerbe-parzellen in den Gemeinden Courtelary, Diemtigen, Lengnau, Lotzwil und Oberbipp gefördert. Dabei leistete der Kanton Beiträge von 350 000 Franken und gewährte Darlehen von 1,6 Mio. Franken. Ferner wurden im Rahmen der Erschliessungshilfe zwei kleinere Vorhaben in den Regionen Laufental und Thun-Innertport unterstützt.

Die explosionsartige Preisentwicklung auf dem Bodenmarkt und die Tendenz zu Rückzönungen im Zusammenhang mit Ortsplanungen erlaubten keine weiteren Landerwerbungen. Die Verknappung an verfügbarem Industrie- und Gewerbeland hat ein prekäres Ausmass erreicht und erzeugt einen enormen Nachfragedruck auf die wenigen staatseigenen Parzellen. Ein Ende dieser volkswirtschaftlich unerwünschten Entwicklung ist wohl auch nach Inkrafttreten des Bundesbeschlusses vom

2.2.4 Le marché unique européen

Les efforts redoublés d'intégration de la Communauté Européenne, efforts qui ont été stimulés en particulier par l'échéance du marché unique de 1993, apparaissent comme très prometteurs et auront sans aucun doute des effets sur le canton de Berne, par exemple: sur la politique sociale et de la santé, sur la formation, sur l'économie publique et sur l'environnement.

Suite à une motion parlementaire, la Promotion économique a reçu mandat de présenter, en étroite collaboration avec différents offices, un premier «Rapport sur les conséquences prévisibles du marché unique européen pour l'économie du canton de Berne». Les 80 pages du rapport – par ailleurs le premier du genre émanant d'un canton – ont reçu un très bon accueil au Grand Conseil et un écho réjouissant dans la presse.

2.2.5 Application de la loi sur le développement de l'économie

2.2.5.1 Aide aux entreprises

Au cours de l'année, 13 entreprises bernoises ont obtenu des prestations financières auprès de la Promotion économique. L'instrument le plus fréquemment utilisé fut de nouveau le cautionnement et/ou la prise en charge des intérêts. A côté de cautionnements d'un montant total de 1 million de francs, des prises en charge d'intérêts pour un montant d'environ 1,2 million de francs ont été promises. Sur la base de l'arrêté fédéral instituant une aide en faveur des régions dont l'économie est menacée, une entreprise a pu être soutenue.

Dans un cas, une contribution à l'investissement fut accordée. De plus, des allègements fiscaux, des allocations à la réintégration et au recyclage de la main-d'œuvre, des exonérations de droits de mutation furent accordés. Les projets soutenus par ces mesures représentent un volume d'investissements de 50 millions de francs au total et vont contribuer à la création d'environ 400 nouveaux postes de travail.

Sur la base de la loi sur le développement de l'économie et de l'ordonnance concernant la garantie de l'Etat pour des cautionnements supplémentaires octroyés par des institutions de cautionnement des arts et métiers, dont les modifications sont entrées en vigueur le 1^{er} avril 1989, l'Etat a pu pour la première fois assurer une arrière-caution pour un montant de 200 000 francs. A fin 1989, la totalité des engagements sous forme de cautionnements s'est élevée à 15, pour un risque en capital de 1 million de francs.

2.2.5.2 Politique foncière

En 1989, la viabilisation de terrains situés en zones industrielles et artisanales a été soutenu dans les communes de Courtelary, Diemtigen, Longeau, Lotzwil et Oberbipp. Le canton a ainsi accordé des contributions à l'équipement pour 350 000 francs et des prêts cautionnés pour 1,6 million de francs. De plus, dans le cadre des aides à l'équipement, deux petits projets ont été soutenus dans les régions de Laufon et de Thoune-Innertport.

L'explosion des prix sur le marché foncier, ainsi que la tendance au dézonage, découlant des plans d'aménagement locaux, n'ont permis aucune nouvelle acquisition de terrains. La pénurie de terrains industriels et artisanaux disponibles a rendu la situation précaire et a donné lieu à une pression de la demande sur le petit nombre de parcelles, propriétés de l'Etat. Aucun signe ne laisse prévoir une résorption de cette tendance

6. Oktober 1989 über eine Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke in bezug auf Industrie- und Gewerbeland nicht in Sicht.

Aus den kantonalen Industrielandreserven wurden Parzellen – im Halte von 2,2 ha – in den Gemeinden Oberbipp und Zwingen an Unternehmungen mit volkswirtschaftlich bedeutenden Vorhaben verkauft.

Mit dem revidierten Wirtschaftsförderungsgesetz kann der Kanton neben Grundstücken neu auch Liegenschaften erwerben, wenn nötig renovieren oder ausbauen und an interessierte Unternehmungen weitergeben. Derartige Beiträge für «Gebäuderecycling» wurden im Berichtsjahr noch nicht zugesichert. Dagegen wurden durch den institutionalisierten Industrie- und Geschäftsobjekte-Nachweis der Wirtschaftsförderung zahlreiche Standortlösungen für aus-, um- oder ansiedlungswillige Betriebe ermöglicht (Beispiel: Weissenburger-Liegenschaft, Därstetten) oder in die Wege geleitet.

2.2.5.3 Arbeitsmarktpolitik

Um die Umschulung oder Einarbeitung von Gruppen von Arbeitskräften auf neue Produktionstechniken zu erleichtern, unterstützte die Wirtschaftsförderung drei Unternehmungen in den Regionen Berner Jura/Biel/Seeland/Mittelland und Berner Oberland. Durch diese Einarbeitungszuschussaktion konnten 36 Arbeitsplätze gesichert werden. Daneben sind weitere Gesuche bearbeitet worden, die im nächsten Jahr zum Abschluss gelangen.

2.2.6 Berggebietsförderung

2.2.6.1 Entwicklungskonzepte

Im Berichtsjahr wurden zum letztenmal Detailprogrammfortschreibungen, basierend auf der ersten Generation regionaler Entwicklungskonzepte, durchgeführt. Von den zuständigen Instanzen wurden die Detailprogramme der Bergregionen Trachselwald, Schwarzwasser und Kiesental genehmigt.

Nebst dieser Fortschreibung wurde bereits sehr intensiv an der Revision der regionalen Entwicklungskonzepte gearbeitet. Die Verbesserung der Infrastruktur in den Geschäftsstellen sowie die Beratung der Bergregionen bei den Planungsarbeiten standen im Vordergrund der Tätigkeit. Gestützt auf die Richtlinien des EVD vom Mai 1989 sind vorerst in den acht deutschbernerischen Bergregionen die Revisionsarbeiten gestartet worden. In drei Bergregionen liegt der Vorberichtsentswurf vor, in der Bergregion Oberland-Ost wurde der Vorbericht bereits genehmigt, und die eigentlichen Konzeptarbeiten sind eingeleitet worden.

Im Hinblick auf eine konkrete Umsetzung in den regionalen Entwicklungskonzepten bedürfen einige Konzeptinhalte einer überregionalen Grundlagenbearbeitung. Soweit nicht auf bestehende Grundlagen zurückgegriffen werden konnte, werden mit den zuständigen kantonalen Fachstellen entsprechende Arbeiten vorbereitet. Speziell erfolgte eine starke finanzielle Beteiligung an den Abklärungen über den Einsatz und die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Telematik im bernischen Berggebiet.

2.2.6.2 Investitionshilfe zum Ausbau der Infrastruktur

Gestützt auf die genehmigten regionalen Entwicklungskonzepte wurden 52 Gesuche um zinsgünstige Investitionshilfedarlehen für Infrastrukturvorhaben vom Eidgenössischen

fâcheuse pour notre économie, malgré l'entrée en vigueur de l'arrêté fédéral du 6 octobre 1989 concernant un délai d'interdiction de revente des immeubles non agricoles.

Dans les communes d'Oberbipp et de Zwingen, des parcelles – d'une contenance de 2,2 ha – appartenant au canton furent vendues à des entreprises ayant d'importants projets économiques.

Avec la loi révisée sur l'encouragement à l'économie, le canton peut, en plus de terrains, également acquérir de nouveaux immeubles, et si nécessaire les rénover ou achever leur construction, pour ensuite les revendre à des entreprises intéressées. Au cours de l'année, encore aucune contribution destinée au «recyclage de bâtiments» n'a été utilisée. Cependant, dans de très nombreux cas, la Promotion économique a contribué, et contribue encore, au transfert, à la transformation ou à l'implantation d'entreprises (par exemple: l'immeuble Weissenburger à Därstetten).

2.2.5.3 Politique du marché de l'emploi

Afin de faciliter la reconversion des travailleurs à de nouvelles techniques de production, la Promotion économique a soutenu 3 entreprises dans les régions du Jura bernois/Bienne/Seeland/Mittelland et Oberland. Grâce à ces contributions à la réinsertion, 36 emplois ont pu être maintenus. De plus, d'autres demandes ont été traitées mais ne seront concrétisées que l'année prochaine.

2.2.6 Aide aux régions de montagne

2.2.6.1 Programme de développement

Au cours de l'année, pour la dernière fois, des révisions des programmes de détail, basées sur les concepts de développement de première génération ont été réalisées. Les organes compétents ont approuvé les programmes de détail des régions de montagne de Trachselwald, Schwarzwasser et Kiesental.

A côté de ces révisions, un travail très intensif a été effectué dans le cadre de la révision des concepts régionaux de développement. L'amélioration de l'infrastructure des secrétariats régionaux ainsi que l'activité de conseil auprès des régions de montagne dans les travaux de planification ont été placés au premier plan. Sur la base des directives du DFEP de mai 1989, les travaux de révision ont déjà débuté dans les huit régions de montagne de langue allemande. Dans trois d'entre elles, il existe déjà un rapport préliminaire alors que dans la région de l'Oberland-Est, le rapport préliminaire a déjà été accepté et les travaux proprement dits d'élaboration du programme sont en cours.

En vue d'une transposition concrète dans les programmes de développement régionaux, certains éléments nécessitent un travail de base suprarégional. Tant qu'on ne pourra pas avoir recours à des bases existantes, les travaux seront préparés en collaboration avec les offices cantonaux compétents. Mentionnons spécialement une forte participation financière pour expliquer les enjeux et les effets économiques régionaux de la télématic dans les régions de montagne bernoises.

2.2.6.2 Développement de l'infrastructure

Sur la base des programmes de développement régional adoptés, 52 demandes de prêts à l'investissement à un taux d'intérêt favorable pour le financement de projets d'infrastructure

Volkswirtschaftsdepartement bewilligt (Vorjahr 38). 36 Gesuche sind zurzeit beim Bund noch pendent.

Die Zusicherung von langfristigen zinslosen Investitionsdarlehen betreffen für 1989 die folgenden Projektkategorien und Darlehenssummen:

Infrastrukturbereich	Darlehenszusicherungen		
	Anzahl Projekte	Mio. Franken Bund	Kanton
Mehrbereichsprojekte	14	3,5	0,3
Bildung	10	4,5	–
Erholung/Sport/Freizeit	2	0,4	–
Verkehr	9	2,3	0,9
Schutz vor Elementarschäden	5	1,3	–
Wasserversorgung	5	0,6	–
Entsorgung (ARA/Kanalisation)	6	1,1	0,2
Transportanlagen	1	0,5	–
Total im Kanton Bern	52	14,2	1,4

Die 1989 neu zugesicherten Investitionshilfedarlehen betreffen ein Bauvolumen von rund 80,4 Mio. Franken.

Zur Auslösung der zugesicherten Bundesdarlehen sowie zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung waren in 9 (Vorjahr 14) Fällen kantonale Investitionsdarlehen gemäss dem Einföhrungsgesetz zum Bundesgesetz über Investitionshilfe in Berggebieten zuzusichern.

Die Darlehensgewährungen verteilen sich auf folgende Regionen:

Bergregion	Darlehenszusicherungen		
	Anzahl Projekte	Mio. Franken Bund	Kanton
Oberes Emmental	4	0,8	–
Oberland-Ost	7	2,7	0,2
Kandertal	6	1,7	0,3
Schwarzwasser	3	0,6	–
Thun-Innertport	7	1,9	–
Obersimmental-Saananland	3	0,7	0,5
Kiesental	1	0,4	–
Trachselwald	10	3,3	0,2
Centre-Jura	3	0,6	0,1
Jura-Biel	8	1,5	0,1
Total 1989	52	14,2	1,4
Total 1988	38	10,5	2,8

Insgesamt sind seit Inkrafttreten der Investitionshilfegesetzgebung bis Ende 1989 von Bund und Kanton 745 Gesuche bewilligt worden.

2.2.6.3 Flankierende Massnahmen im Rahmen der Berggebietsförderung

Gemäss dem Bundesgesetz über Bürgschaftsgewährung in Berggebieten können die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften für Klein- und Mittelbetriebe in verstärktem Umfang Investitions- und Betriebskredite verbürgen. Bei der Prüfung, ob ein zu förderndes Vorhaben mit dem regionalen Entwicklungskonzept übereinstimmt, ist der Kanton anzuhören. Im Berichtsjahr konnten von 19 dem BIGA unterbreiteten Gesuchen zugunsten von Gewerbebetrieben aus bernischen Bergregionen 18 positiv beurteilt werden (Vorjahr 17/16).

Die Gesamtsumme der im Jahr 1989 von der Schweizerischen Bürgschaftsgenossenschaft für das Gewerbe (GBG) für unternehmerische Vorhaben in bernischen Bergregionen neu verbürgten Darlehen beläuft sich auf 6,6 Mio. Franken. Per Ende

ture ont été approuvées par le Département fédéral de l'économie publique (38 l'année précédente). 36 demandes sont en ce moment encore en suspens auprès de la Confédération. Les promesses de prêts à l'investissement, sans intérêt et de longue durée, concernaient en 1989 les types de projets et les montants indiqués ci-après:

Type d'infrastructure	Promesses de prêts		
	Nombre de projets	Millions de francs Confédération	Canton
Projets englobant plusieurs types d'infrastructure	14	3,5	0,3
Formation	10	4,5	–
Loisirs, sports	2	0,4	–
Transports	9	2,3	0,9
Protection contre les dégâts naturels	5	1,3	–
Alimentation en eau	5	0,6	–
Equipement technique (canalisation/STEP)	6	1,1	0,2
Installations de transport	1	0,5	–
Total dans le canton de Berne	52	14,2	1,4

Les prêts à l'investissement promis en 1989 portent sur un volume de constructions représentant quelque 80,4 millions de francs.

Afin d'obtenir les prêts promis par la Confédération et d'assurer ainsi le financement global des projets, 9 prêts cantonaux équivalents (14 l'année précédente) ont été accordés, conformément à la loi portant introduction de la loi fédérale sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne.

La répartition régionale des prêts est la suivante:

Région	Promesses de prêts		
	Nombre de projets	Millions de francs Confédération	Canton
Haut-Emmental	4	0,8	–
Oberland-Est	7	2,7	0,2
Kandertal	6	1,7	0,3
Schwarzwasser	3	0,6	–
Thoune-Innertport	7	1,9	–
Haut-Simmental/Pays de Gessenay	3	0,7	0,5
Kiesental	1	0,4	–
Trachselwald	10	3,3	0,2
Centre-Jura	3	0,6	0,1
Jura-Bienne	8	1,5	0,1
Total 1989	52	14,2	1,4
Total 1988	38	10,5	2,8

Depuis l'entrée en vigueur de la législation sur l'aide en matière d'investissement et jusqu'à fin 1989, 745 demandes au total ont été acceptées par la Confédération et le canton.

2.2.6.3 Mesures complémentaires en faveur des régions de montagne

Conformément à la loi fédérale encourageant l'octroi de cautionnements dans les régions de montagne, les coopératives de cautionnement des arts et métiers sont à même d'accorder, dans une large mesure, des cautionnements pour les crédits d'investissement et d'exploitation octroyés à de petites et moyennes entreprises. Le canton est consulté lors de l'examen de la conformité d'un projet avec le programme de développement régional.

C'est ainsi qu'en 1989, sur 19 requêtes de cautionnement soumises à l'OFIAMT pour des entreprises artisanales situées dans les régions de montagne bernoises, 18 ont obtenu une réponse favorable (17/16 l'année précédente). Le montant total des nouveaux prêts cautionnés en 1989 par la Coopéra-

1989 liefen 134 Bürgschaftsverpflichtungen im Haftungsumfang von 40,9 Mio. Franken zugunsten des bernischen Gewerbes.

In 18 Fällen gewährte der Bund Zinskostenbeiträge, wobei sich der Kanton bei 5 Projekten beteiligte.

2.2.7 Impulsprogramm Berner Jura

Das vom Grossen Rat 1987 als zusätzliche Fördermassnahme beschlossene Impulsprogramm 1988–1992 für den Berner Jura stand im zweiten Einsatzjahr.

Nach einer Anlaufphase im Jahr 1988 konnten die drei Instrumente des Programms im vergangenen Jahr intensiver genutzt werden. Die Bilanz für 1989 ergibt folgendes Bild:

a) Bei den direkten Finanzierungshilfen konnten 14 neuen Unternehmungen (davon 10 aus der Region selber hervorgegangene sowie 4 aus dem Ausland angesiedelte) Arbeitsplatzprämien und Mietkostenbeiträge in Höhe von 949 500 Franken zugesichert werden. Bereits ausbezahlt wurden 1989 Förderleistungen von 519 500 Franken, die sich auf 11 der 14 Unternehmungen verteilen. Mit diesen Zuschüssen wurden Investitionen von über 27 Mio. Franken ausgelöst sowie 300 neue Arbeitsplätze geschaffen (100 im Jahre 1989, die übrigen in den beiden folgenden Jahren). Die geförderten Betriebe verteilen sich auf ein weites Branchenspektrum; etliche weisen in Richtung zukunftssträchtiger Technologien, wie Automatisierung/Roboterisierung, Wärmemessung, computergestützte Verfahren und Fabrikation/CIM-Technik, Expertensysteme, Entwurf von gedruckten Schaltungen, Rechenlogik, numerische Steuerungen.

b) Der im Rahmen des Programmes beauftragte Wirtschaftsberater vervielfachte seine Kontakte zu amerikanischen und deutschen Investoren. Das Ergebnis: Drei Neuansiedlungen mit mittelfristig rund dreissig Arbeitsplätzen konnten realisiert werden.

c) Zur Imageförderung des Berner Jura als attraktiven Ansiedlungsstandort für Investoren wurde veranlasst:

- eine aktualisierte Ausgabe einer dreisprachigen Dokumentation über den Berner Jura für Investoren;
- die finanzielle Beteiligung und Teilnahme mittels eines Informationsstandes am Salon für Industrie, Automation, Mechanik und Zulieferer (SIAMS) in Moutier;
- die Mitwirkung in Vereinigungen der Westschweizer Kantone für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Technologietransfer (vgl. Kap. 2.2.3);
- eine Werbekampagne in spezialisierten Zeitschriften.

Nach zwei Anwendungsjahren hat der Berner Jura das Image einer dynamischen, in bezug auf Ansiedlungsmöglichkeiten und endogener Entwicklung attraktiven Region anzunehmen begonnen. Es ist aber unerlässlich, bereits jetzt mit Blick auf die Zeit nach 1992 die «Impuls-Philosophie» zu verstetigen.

tive suisse de cautionnement des arts et métiers pour des projets réalisés dans les régions de montagne du canton s'élevé à 6,6 millions de francs. A la fin de l'année 1989, 134 engagements de cautionnement, représentant un montant global de 40,9 millions de francs, profitaient à l'artisanat bernois.

La Confédération a accordé 18 prises en charge des intérêts; dans 5 de ces cas, le canton a également contribué au service de l'intérêt.

2.2.7 Programme d'impulsion en faveur du Jura bernois

Pour la deuxième année consécutive, le Jura bernois a bénéficié des mesures du programme d'impulsion 1988–1992 ratifié par le Grand Conseil en 1987.

Après une phase de lancement en 1988, l'année écoulée a permis une utilisation plus intensive des 3 instruments inscrits dans le programme dont le bilan se présente comme suit:

a) Au niveau des aides financières directes, 14 nouvelles entreprises (10 créations de la région et 4 implantations étrangères) ont bénéficié de promesses de contributions sous forme de primes à l'emploi et à la location, pour un total de 949 500 francs. Parmi ces 14 entreprises, 11 ont effectivement reçu en 1989 des contributions d'un montant global de 519 500 francs. Le solde sera versé durant les années 1990/91. Ainsi, des investissements pour plus de 27 millions de francs et 300 emplois, dont 100 effectivement créés (les 200 restants le seront en 1990, voire 1992) furent encouragés. Les domaines touchés sont très variés et plusieurs font appel à des technologies intéressantes et d'avenir, par exemple: automatisation/robotisation, thermométrie, conception et fabrication par ordinateur/technique CIM, systèmes experts, conception de circuits imprimés, logiciels de calcul, commandes numériques.

b) Au titre de conseiller économique, M. Reini O. Schlaefli a multiplié les contacts avec des investisseurs américains et allemands. Résultat: Trois nouvelles implantations ont pu être réalisées, représentant à terme la création d'une trentaine d'emplois.

c) L'image promotionnelle du Jura bernois en tant que lieu d'implantation pour les investisseurs a donné lieu à:

- une édition remaniée d'une documentation sur le Jura bernois en trois langues destinée aux investisseurs;
- la participation financière et la présentation d'un stand au Salon des Industries de l'Automation, de la Mécanique et de la Sous-traitance à Moutier (SIAMS);
- la participation à l'Association pour la concertation et la coopération économique intercantonale, ainsi qu'au Réseau scientifique et technologique suisse (RSTS), partenaire du Réseau européen pour la compétitivité et l'innovation technologique;
- une campagne publicitaire dans des revues spécialisées.

Après deux ans d'application, le programme d'impulsion est en passe de répondre aux espoirs placés en lui. Le Jura bernois commence d'apparaître comme une région dynamique, aux possibilités d'implantation et de développement endogène attrayantes. Cependant, si l'on entend ne pas stopper net cette évolution réjouissante, il est nécessaire que ce programme se poursuive jusqu'en 1992 et que, dès à présent, l'après 1992 fasse l'objet d'une réflexion afin de maintenir la philosophie «impulsion».

2.3 Fremdenverkehr**2.3 Tourisme**2.3.1 *Entwicklung des Fremdenverkehrs*2.3.1 *Evolution*

2.3.1.1 Schweiz

2.3.1.1 En Suisse

Das Tourismusjahr 1989 darf insgesamt als gut bezeichnet werden. Mit einer Logiernächtezunahme in der Hotellerie von rund fünf Prozent und in der Parahotellerie von zirka drei Prozent wurden die Erwartungen deutlich übertroffen. Nach einem wegen Schneemangels schlechten Start in die Wintersaison 1988/89 konnten die Ausfälle dank günstiger Witterung wettgemacht werden. Speziell erwähnenswert ist die Sommersaison: Nach jahrelang stark rückläufigen Frequenzen konnte 1989 eine deutliche Zunahme verzeichnet werden. Zu diesem unerwarteten Ergebnis haben nicht nur der schwache Schweizer Franken und das ausgesprochen sonnige Wetter, sondern zweifellos auch verschiedene Umweltprobleme im Ausland beigetragen (z. B. Algenpest an der Adria).

Zur Belegung der Nachfrage haben die Schweizer und Ausländer in etwa gleichviel beigetragen: Verzeichneten die Inländer in der Wintersaison 1988/89 ein neues Rekordergebnis, so trugen im darauffolgenden Sommer unsere ausländischen Gäste überdurchschnittlich zur Frequenzsteigerung bei. Speziell erwähnenswert sind die Logiernächtezunahmen der Deutschen, Spanier, Italiener und Briten. Zu Sorgen Anlass gibt umgekehrt der ungebremste Terrainverlust der Franzosen.

2.3.1.2 Kanton Bern

Der Tourismus im Kanton Bern verlief 1989 erfreulicherweise noch besser als in der gesamten Schweiz: Bei ungefähr gleichbleibendem Bettenangebot konnten in allen drei Regionen die Ankünfte und Logiernächte in der Hotellerie zwischen acht und zwölf Prozent gesteigert werden. Dabei schnitt das Berner Oberland nicht bloss innerhalb des Kantons, sondern sogar gesamtschweizerisch mit Abstand am besten ab. Dank dieser günstigen Nachfrageentwicklung konnte die durchschnittliche Auslastung der verfügbaren Hotelbetten überall deutlich verbessert werden. Dieser Tatbestand ist insofern bedeutungsvoll, als die bernische Hotellerie – speziell im Oberland – wegen der dringend nötigen Erneuerungswelle gesamtschweizerisch am stärksten verschuldet ist. Trotz dieser Verbesserungen ist jedoch die Bettenbesetzung im Berner Jura mit rund 20 Prozent nach wie vor bedenklich tief. Ein Sorgenkind bleibt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer: Angesichts veränderter Reisegewohnheiten bildet sie sich – mit einzigartiger Ausnahme im Berner Jura – weiter zurück; im Berner Oberland liegt sie ausserdem deutlich hinter jener der beiden Hauptkonkurrenten Graubünden und Wallis.

2.3.1.3 Zukunftsaussichten

Die jüngsten systematischen Gästebefragungen im Rahmen von Tomas II zeigen, dass die Zufriedenheit der Gäste mit unserem Angebot nach wie vor hoch ist und der Anteil an Stammgästen gar leicht gesteigert werden konnte. Erfolgspotentiale im Urteil unserer Gäste sind nach wie vor die Landschaft sowie Bedienung und Qualität im Hotel. Geht man weiter davon aus, dass der Schweizer Franken für die Ausländer auf günstigem Niveau verharrt und dass sowohl die kurzfristigen Konjunkturindikatoren als auch die längerfristige Wirtschaftsentwicklung auf eine «anhaltende Schönwetterlage» schliessen lassen, dann darf mit einem gewissen Optimismus in die Zukunft geblickt werden.

L'année touristique 1989 peut être qualifiée de bonne. Elle a même dépassé les espérances puisque les nuitées dans l'hôtellerie ont augmenté de près de cinq pour cent et celles dans la parahôtellerie d'environ trois pour cent. Si la saison d'hiver 1988/89 a eu des débuts difficiles en raison du manque de neige, les pertes ont pu être compensées grâce aux conditions météorologiques plus favorables par la suite. Mais le moment le plus marquant a été l'été: après des années de forte baisse, 1989 a enregistré une nette augmentation de la fréquentation. Ce résultat inattendu n'est pas seulement un effet du taux de change favorable et d'une saison très bien ensoleillée, mais il est probablement aussi une conséquence de plusieurs problèmes d'environnement survenus à l'étranger (p. ex. prolifération d'algues dans l'Adriatique).

Les Suisses et les étrangers sont à part égale à l'origine de la reprise de la demande. Si les Suisses ont représenté une affluence record en hiver 1988/89, les étrangers ont contribué à la hausse supérieure à la moyenne des fréquentations en été 1989. Il faut relever tout spécialement l'augmentation des nuitées des Allemands, des Espagnols, des Italiens et des Britanniques, tandis que les Français continuent de plus en plus de boudier notre pays.

2.3.1.2 Dans le canton de Berne

Le tourisme cantonal a connu une année 1989 encore meilleure que le tourisme national. Pour une offre de lits à peu près égale aux années précédentes, les trois régions bernoises ont bénéficié d'une hausse de huit à douze pour cent des arrivées et des nuitées dans l'hôtellerie. L'Oberland bernois est d'ailleurs arrivé nettement en tête non seulement à l'échelle cantonale mais aussi nationale. L'essor de la demande a partout apporté une amélioration sensible de l'occupation moyenne des lits d'hôtel disponibles. Cet état de fait est d'autant plus important que l'hôtellerie bernoise, et surtout oberlandaise, est de toute la Suisse celle qui est le plus fortement endettée de par la vague des rénovations qui s'imposaient. Ces résultats favorables n'empêchent pas que l'occupation des lits dans le Jura bernois reste, avec environ 20 pour cent, à un niveau bas plutôt préoccupant. L'autre souci est la durée moyenne des séjours. Les habitudes des voyageurs ayant changé, la durée des séjours continue de reculer, à l'exception singulière du Jura bernois. En outre, dans l'Oberland bernois, la durée des séjours est nettement inférieure à celle qu'enregistrent ses concurrents, les Grisons et le Valais.

2.3.1.3 Perspectives

Les dernières enquêtes systématiques menées dans le cadre de Tomas II ont montré que les clients sont toujours très satisfaits de l'offre et que la part des habitués a même légèrement augmenté. De l'avis de nos touristes, les facteurs du succès restent le paysage ainsi que le service et la qualité dans l'hôtellerie. Si l'on suppose par ailleurs que le franc suisse restera à son niveau favorable pour les étrangers et que les indices conjoncturels à court terme et l'évolution économique à long terme sont signes d'un «beau temps durable», on est alors en droit de regarder l'avenir avec un certain optimisme. Sans pour autant laisser libre cours à l'euphorie: n'oublions pas que trois hivers successifs sans beaucoup de neige confron-

Vor Euphorie sei jedoch nachdrücklich gewarnt: Die drei aufeinanderfolgenden schneearmen Winter stellen unsere Wintersportorte vor ernsthafte Probleme. Ob im Sommertourismus eine hoffnungsvolle Trendwende stattgefunden hat, muss sich erst noch weisen. Der gastgewerbliche Arbeitsmarkt ist nach wie vor ausgetrocknet. Die Inflationsrate ist recht hoch; unser Preis-Image hat sich speziell bei den Ausländern verschlechtert. Und schliesslich bezeichnen unsere Gäste die Freundlichkeit von Bevölkerung und Personal, die Qualität in Restaurants ausserhalb der Unterkunft, den Lärm in Ferienorten sowie Klima und Wetter als Schwachstellen. Es bedarf deshalb auf allen Ebenen weiterhin steter Anstrengungen, um den (positiven) Erlebniswert von Ferien in der Schweiz und im Kanton Bern zu gewährleisten.

2.3.2 Fremdenverkehrsförderungsgesetz

2.3.2.1 Fachkommission für Fremdenverkehrsfragen

Die Kommission traf sich unter der Leitung von Grossrat Dr. Charles Kellerhals zu insgesamt sechs Sitzungen. Schwerpunkte der Beratungen bildeten einerseits das vollständig zu revidierende Gesetz über die Förderung des Fremdenverkehrs, andererseits ein weiteres Pionierwerk des Kantons Bern, nämlich das Touristische Leitbild. Ferner liess sich die Kommission anlässlich einer ganztägigen Sitzung in Münsingen über die Probleme der Wanderwege informieren (Planung, Bau, Markierung und Unterhalt des weitverzweigten Netzes; Organisation der «Berner Wanderwege»). Gleichzeitig formulierte sie zuhanden der Baudirektion Anregungen zum kantonalen Einführungsgesetz der Fuss- und Wanderwege, welches sich zur Zeit in verwaltungsinterner Vorbereitung befindet.

2.3.2.2 Beitragspraxis

Der Fachkommission für Fremdenverkehrsfragen wurden insgesamt 41 Gesuche (Vorjahr: 50) um Beiträge an touristische Anlagen und Massnahmen unterbreitet, davon drei im Sinn einer Voranfrage. Zwei Gesuche mussten mangels ausreichender gesetzlicher Grundlage abgelehnt werden. Einmal mehr standen Beiträge an Wanderwegprojekte mit Abstand an der Spitze (knapp die Hälfte aller Gesuche). Am zweithäufigsten wurden finanzielle Hilfen an Langlaufloipen und Skipistensicherungen bewilligt, gefolgt von Kinderspielflächen und touristischen Signalisationen. Die bewilligten Staatsbeiträge von rund 1,1 Mio. Franken (Vorjahr: 2,2) dürften Investitionen von voraussichtlich 5,4 Mio. Franken (Vorjahr: 8,8) auslösen.

Die geografische Verteilung der zugesicherten Beiträge zeigt folgendes Bild:

Kantonsgebiet	Anzahl Geschäfte	Staatsleistung in Fr. (gerundet)	Investitionssumme in Fr.
Berner Oberland	24	999 000	4 884 000
Berner Mittelland	6	41 000	141 000
Berner Jura/Laufental	6	79 000	397 000
Total	36	1 119 000	5 422 000

Grössere Beiträge von über 50 000 Franken konnten zugesichert werden an:

tent nos stations de sports d'hiver à de sérieux problèmes. Il n'est pas encore prouvé non plus que le tourisme estival a trouvé sa voie vers la réussite. Par ailleurs, le marché du travail pour l'hôtellerie et la restauration est toujours en état de pénurie. Le taux d'inflation est relativement haut. Nos prix paraissent spécialement élevés aux étrangers. Et enfin, notre clientèle touristique déplore le manque d'amabilité de la population et du personnel, la mauvaise qualité des restaurants en dehors du lieu d'hébergement, le bruit dans les stations, sans compter le climat et le mauvais temps. Il est donc nécessaire de poursuivre les efforts à tous les niveaux pour être sûr de la valeur (positive) des vacances que l'on offre en Suisse et dans le canton de Berne.

2.3.2 Loi sur l'encouragement du tourisme

2.3.2.1 Commission d'experts en matière de tourisme

La Commission s'est réunie en six séances sous la présidence de M. Charles Kellerhals, député. Les discussions se sont concentrées d'une part sur la révision totale de la loi sur l'encouragement du tourisme et, d'autre part, sur une nouvelle œuvre de pionnier du canton de Berne, à savoir le Programme touristique. Par ailleurs, réunie en une séance d'un jour à Münsingen, la Commission a pris connaissance des problèmes liés aux chemins de randonnée pédestre (planification, construction, balisage et entretien du réseau; organisation de l'Association bernoise de tourisme pédestre). Elle a en même temps formulé ses suggestions à l'intention de la Direction des travaux publics sur la loi introductive sur les chemins pour piétons et les chemins de randonnée pédestre, qui se trouve actuellement en préparation interne.

2.3.2.2 Pratique appliquée aux subventions

La Commission d'experts en matière de tourisme a examiné 41 demandes de subventions (1988: 50) pour les installations et mesures touristiques, dont trois à titre de demande préalable. Deux demandes ont été rejetées pour manque de bases légales. Une fois de plus, ce sont les subventions en faveur de projets de chemins de randonnée pédestre qui ont été de loin les plus nombreuses (près de la moitié de toutes les demandes). En deuxième position sur la liste des objets subventionnés venaient les pistes de ski de fond et les améliorations de pistes de ski alpin, suivies des aires de jeux pour enfants et de la signalisation touristique. Les subventions cantonales accordées se montent à près de 1,1 million de francs (1988: 2,2) et représentent des investissements de probablement 5,4 millions de francs (1988: 8,8).

La répartition géographique des subventions accordées donne l'image suivante:

Partie du canton	Nombre des affaires	Contribution de l'Etat en fr. env.	Investissement en fr. env.
Oberland bernois	24	999 000	4 884 000
Mittelland bernois	6	41 000	141 000
Jura bernois/Laufonnais	6	79 000	397 000
Total	36	1 119 000	5 422 000

Les contributions supérieures à 50 000 francs apparaissent dans le tableau ci-dessous:

Gemeinde	Art der Anlage/Massnahme	Beitrag in Fr.
Meiringen	Casinoplatz	320 000 ¹
Grindelwald	Skifahrerbrücke «Spisgraben»	155 000
Lenk i. S.	Wander- und Bergweg «Stiegelberg»	100 000
Beatenberg	Wanderweg «Promenadenweg»	80 000
Laufen	Schwimmbad (Verbesserung)	63 000
Adelboden	Wanderweg «Müntiweg»	55 000
Wengen	Wanderweg «Unterer Terrassenweg»	53 000

¹ Durch den Grossen Rat in der November-Session verabschiedet

2.3.2.3 Revision Fremdenverkehrsförderungsgesetz

Das total zu revidierende Gesetz über die Förderung des Fremdenverkehrs (neue Bezeichnung: Gesetz über die Förderung des Tourismus, TFG) wurde im breit angelegten Vernehmlassungsverfahren gut aufgenommen. Die Hauptpunkte der Revision blieben weitgehend unbestritten; einzig die neu vorgesehene Unterstützungsmöglichkeit für bedeutende Veranstaltungen löste kontroverse Reaktionen aus. Bezüglich Mittelherkunft (Beherbergungsabgabe/Staatsmittel) und Mittelverwendung (Anlagen, Schutzmassnahmen, Förderungsmassnahmen, Veranstaltungen, Werbebeiträge) konnte im Anschluss an die Vernehmlassung eine wesentliche Vereinfachung und klarere Abgrenzung vorgenommen werden. Die erste Lesung durch den Grossen Rat in der Novembersession verlief äusserst positiv: Das neue Gesetz wurde mit minimalen Korrekturen und ohne Gegenstimmen für die zweite Lesung verabschiedet.

Eine wesentliche Grundlage für den Vollzug des neuen TFG wird das «Touristische Leitbild des Kantons Bern» sein. Dieses gesamtschweizerische Pionierwerk – kein anderer Kanton verfügt über ein solches Instrument – konnte im August 1989 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Das Leitbild zeichnet ein differenziertes Bild des heutigen bernischen Fremdenverkehrs mit dessen Chancen und Gefahren; Kernstück bildet ein nach Regionen und aktuellen Themenbereichen aufgebauter Ziel- und Massnahmenkatalog. Darin sind vom Bund über den Kanton bis zum Einzelbetrieb alle Vollzugsebenen konkret angesprochen. Für die Kantonsverwaltung wurde das Leitbild als behördenverbindlich oder verwaltungsanweisend bezeichnet. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit waren durchwegs positiv; es musste bereits eine zweite Auflage gedruckt werden.

2.3.3 Gastgewerbesgesetz

2.3.3.1 Gastgewerbekommission

Die Gastgewerbekommission traf sich unter der Leitung von Daniel Frei zu insgesamt vier Sitzungen. Schwerpunkt der Beratungen bildete einerseits das Erarbeiten von Richtlinien für die Unterstützung von Personalunterkünften. Andererseits wurden an mehreren Sitzungen grundsätzliche Fragen der Kommissionsarbeit diskutiert und die Auswirkungen des neues Datenschutzgesetzes auf Umfang und Inhalt der Sitzungsunterlagen untersucht. Anlässlich einer ganztägigen Sitzung in Thun liess sich die Kommission über Fragen der gastgewerblichen Weiterbildung und die Probleme der Schiffsrestauration orientieren.

2.3.3.2 Beitragspraxis

Im Berichtsjahr hatte die Gastgewerbekommission 62 Hotel- und Saalbauförderungsgeschäfte zu beurteilen (Vorjahr 44),

Commune	Type d'installation/mesure	Montant en fr.
Meiringen	Place du casino	320 000 ¹
Grindelwald	Pont pour skieurs «Spisgraben»	155 000
La Lenk	Chemin de randonnée de montagne «Stiegelberg»	100 000
Beatenberg	Chemin de randonnée «Promenadenweg»	80 000
Laufon	Piscine (amélioration)	63 000
Adelboden	Chemin de randonnée «Müntiweg»	55 000
Wengen	Chemin de randonnée «Unterer Terrassenweg»	53 000

¹ Approuvée par le Grand Conseil à la session de novembre

2.3.2.3 Révision de la loi sur l'encouragement du tourisme

La loi totalement révisée sur l'encouragement du tourisme (LET) a été bien accueillie au cours de la consultation qui a porté sur une grande échelle. Les points principaux de la révision ont été largement approuvés; seule la nouvelle possibilité de subvention aux manifestations importantes a donné lieu à quelques objections. Par ailleurs, la consultation a permis de simplifier et de délimiter clairement l'origine des fonds (taxe d'hébergement/fonds publics) et leur utilisation (installations, mesures de protection, mesures d'encouragement, manifestations, publicité). La première lecture au Grand Conseil a eu lieu à la session de novembre et a été très positive. La nouvelle loi a été promulguée avec des corrections minimales à la deuxième lecture à l'unanimité.

Une base essentielle pour exécuter la nouvelle LET est constituée par le «Programme touristique du canton de Berne». C'est à l'échelle nationale une œuvre de pionnier, puisqu'aucun autre canton ne possède pareil instrument. Il a été présenté au public en août 1989. Le programme présente une image différenciée du tourisme bernois actuel avec toutes ses opportunités et ses risques; la partie principale est constituée par un catalogue d'objectifs et de mesures divisé par régions et par thèmes actuels. L'ouvrage décrit concrètement tous les niveaux d'exécution, de la Confédération à l'entreprise en passant par le canton. Le programme a été déclaré obligatoire pour les autorités et l'administration cantonales et constitue donc des directives administratives. Les réactions du public ont été plus que positives; il a déjà fallu faire un deuxième tirage.

2.3.3 Loi sur l'hôtellerie et la restauration

2.3.3.1 Commission de l'hôtellerie et de la restauration

La Commission de l'hôtellerie et de la restauration s'est réunie en quatre séances sous la présidence de M. Daniel Frei. Les discussions se sont concentrées pour une bonne part sur l'élaboration de directives pour les subventions à l'hébergement du personnel. Elle a aussi, au cours de plusieurs séances, discuté des questions de principe du travail de la Commission et analysé comment la nouvelle loi sur la protection des données influera sur l'ampleur et le contenu des documents de séance. Réunie en une séance d'une journée à Thoune, la Commission a pris connaissance des questions concernant le perfectionnement professionnel dans l'hôtellerie et la restauration et des problèmes que pose la restauration sur les bateaux.

2.3.3.2 Pratique appliquée en matière de subventions

La Commission de l'hôtellerie et de la restauration a examiné en 1989 62 demandes pour des subventions à la construction

von denen 60 mit Antrag auf Bewilligung der nachgesuchten Leistungen verabschiedet werden konnten.

Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Kantonsgebiete:

Kantonsgebiet	Anzahl	Förderungsprojekte Hotels	Säle
Berner Oberland	43	42	2 ¹
Berner Mittelland	14	9	7 ¹
Berner Jura/Laufental	3	3	–
Total	60	54	9 ¹

¹ teilweise kombinierte Geschäfte Hotel/Saal

Von den bewilligten Begehren wurden deren 43 gemeinsam mit der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) abgewickelt. Im Bereich Hotellerie standen die Erneuerungen bestehender Betriebe bei weitem im Vordergrund, während bei den Sälen ein Neubau unterstützt werden konnte. Erstmals konnten im Berichtsjahr zudem Personalunterkünfte von Beherbergungsbetrieben gefördert werden. Dies erfolgte in fünf Fällen.

Wie gross der Investitionswille, aber auch der Nachholbedarf in der bernischen Hotellerie nach wie vor sind, zeigt sich aus folgenden Vergleichen: Von allen 1989 durch die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit neu bewilligten Bürgschaften und Darlehen flossen nicht weniger als 28 Prozent (= 18,85 Mio. Fr.) in den Kanton Bern. Damit nahm unser Kanton erneut den Spitzenplatz ein.

Die zugesicherten Staatsleistungen hatten nachstehende Auswirkungen:

Landesteil	Staatsleistung rund Fr.	Investitionssumme rund Fr.
Berner Oberland	2 640 000	99 300 000
Berner Mittelland	1 240 000	16 000 000
Berner Jura/Laufental	265 000	4 700 000
Total	4 145 000	120 000 000

Damit lässt sich auch die volkswirtschaftliche Bedeutung von Investitionen in der Hotellerie und bei Saalbauten dokumentieren. Die Aufträge zur Realisierung der Vorhaben gehen im übrigen regelmässig zu einem erheblichen Teil an das regionale Gewerbe.

Bei den übrigen Förderungsmassnahmen gemäss Gastgewerbegesetz sind zu erwähnen: Massnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs (3), Massnahmen für gastgewerbliche Weiter- und Fortbildung (2) sowie besondere Werbemassnahmen (5).

2.3.3.3 Revidierte Verordnung über den Gastgewerbefonds

Auf Beginn des Berichtsjahres konnte diese revidierte Verordnung in Kraft gesetzt werden. Die Revision brachte im Interesse der bernischen Beherbergungsbetriebe folgende Verbesserungen: Neu können auch Personalunterkünfte unterstützt werden, die maximal möglichen Beitragssätze wurden auf die im Gesetz vorgesehenen Höchstgrenzen angehoben, die erforderliche Mindestinvestitionssumme herabgesetzt, und die Beitragsmöglichkeiten wurden jenen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit angepasst.

d'hôtels et de salles (1988: 44), dont 60 ont été adoptées avec proposition d'octroi des prestations demandées.

Ces demandes se répartissent dans le canton comme suit:

Partie du canton	Nombre	Projets d'encourage- ment Hôtels	Salles
Oberland bernois	43	42	2 ¹
Mittelland bernois	14	9	7 ¹
Jura bernois/Laufonnais	3	3	–
Total	60	54	9 ¹

¹ En partie affaires combinant hôtel et salle

Sur les demandes acceptées, 43 ont été réglées en commun avec la Société suisse de crédit hôtelier (SCH). Dans le domaine de l'hôtellerie, il s'est agi surtout de rénovations d'établissements. Pour les salles, les subventions ont compté une nouvelle construction. C'est la première fois en 1989 que le logement du personnel des établissements d'hébergement a pu bénéficier d'aide. Cinq cas ont été traités.

La volonté d'investir tout comme le besoin de se moderniser de l'hôtellerie bernoise se reflètent dans les chiffres. A preuve, le canton de Berne a reçu rien moins que 28 pour cent (= 18,85 millions fr.) de tous les prêts et cautionnements accordés en 1989 par la Société suisse de crédit hôtelier dans toute la Suisse. Le canton de Berne reste ainsi en tête du classement.

Les prestations accordées par l'Etat ont eu les répercussions suivantes:

Partie du canton	Contribution de l'Etat en fr. env.	Investissement en fr. env.
Oberland bernois	2 640 000	99 300 000
Mittelland bernois	1 240 000	16 000 000
Jura bernois/Laufonnais	265 000	4 700 000
Total	4 145 000	120 000 000

C'est ainsi qu'est confirmée l'importance économique des investissements dans l'hôtellerie et la construction de salles. Les commandes de réalisation des projets sont en outre pour une grande partie régulièrement confiées aux corps de métiers de la région.

Quant aux autres mesures d'encouragement en vertu de la loi sur l'hôtellerie et la restauration, il convient de citer encore des mesures de lutte contre l'abus d'alcool (3), les mesures en faveur de la formation continue et du perfectionnement professionnel dans l'hôtellerie et la restauration (2) ainsi que des actions publicitaires spéciales (5).

2.3.3.3 Révision de l'ordonnance sur le fonds de l'hôtellerie et de la restauration

L'ordonnance révisée est entrée en vigueur au début de 1989. Les améliorations ont été apportées dans l'intérêt des établissements d'hébergement bernois. Il s'agit de l'introduction de l'aide au logement du personnel, du rehaussement des taux maximaux de contribution aux limites supérieures prévues par la loi, du rabaissement de la somme minimale d'investissement et de l'adaptation des possibilités de contributions à celles de la Société suisse de crédit hôtelier.

2.3.4 *Förderung der Fremdenverkehrsnachfrage*

Hier sind zwei Aktionen speziell erwähnenswert: Einerseits wurde dem Verkehrsverband Berner Oberland (VBO) durch einen Beitrag von insgesamt 315 000 Franken ermöglicht, die äusserst erfolgreiche Aktion «Ein bäumiger Sommer» von 1988 in modifizierter Form während drei Jahren (1990–1992) weiterzuführen: Jeder Kurort wird einen markanten «Stammgast-Baum» und ein repräsentatives Stammgäste-Rodel erhalten, in dem langjährige, treue Gäste eingetragen und ausgezeichnet werden. Zusätzlich findet eine spezielle Gästebetreuung statt, verbunden mit einer gezielten Inseratewerbung. Ausserdem wird dem VBO ermöglicht, in Zukunft alljährlich einen Umweltpreis zu vergeben.

Andererseits wurde dem Verkehrsverband Thunersee (VVTS) in Form einer Defizitgarantie von 86 000 Franken (verteilt auf die Jahre 1990 und 1991) ermöglicht, ein umfassendes Reservationssystem einzuführen. Bereits hat sich die Region Brienzsee dem System angeschlossen. Nach Ablauf der Startphase sollte das System selbsttragend betrieben werden können.

2.3.5 *Beratung und Begutachtung*

Neben den unverändert zahlreichen Mitberichten zu Geschäften anderer Direktionen ist ein Vorhaben speziell erwähnenswert: Im Herbst 1989 wurde die beachtenswerte Dissertation «Kennziffern einer harmonisierten touristischen Entwicklung» von Beat Seiler veröffentlicht. Diese Studie wurde 1986 durch das Amt für Fremdenverkehr zusammen mit der Zentralstelle für regionale Wirtschaftsförderung (ZRWF) in Auftrag gegeben. Sie zeigt anhand von 7 sogenannten Schlüssel- und 25 Ergänzungsgrössen auf, wie qualitative und immaterielle Werte der Tourismusentwicklung in quantitativen Grössen dargestellt werden können. Richtwerte sollen dabei auf Chancen und Gefahren aufmerksam machen. Bereits haben die vier Oberländer Bergregionen in Aussicht genommen, bei der bevorstehenden Überarbeitung der regionalen Entwicklungskonzepte die Empfehlungen der Studie anzuwenden und auszutesten.

2.3.6 *Beherbergungsabgabe und Kurtaxen*

Die Einnahmen aus der Beherbergungsabgabe erreichten mit 2,03 Mio. Franken einen neuen Höchststand. Die Steigerung um 6,8 Prozent ist grösstenteils auf die im Berichtsjahr erzielten Mehrfrequenzen bei den Logiernächten zurückzuführen.

Bei den Kurtaxenreglementen hielt sich der Beratungs-, Kontroll- und Prüfungsaufwand zugunsten der Gemeinden im Rahmen des Vorjahres. Verschiedentlich mussten erneut Gemeindebehörden im Hinblick auf die Erarbeitung und Genehmigung der Kurtaxenreglemente durch die Stimmbürger vorgängig eingehend beraten werden (Sonderfragen, Erläuterung der Rechtslage, Argumentationshilfen usw.). Dieser Aufwand hat sich wiederum gelohnt und wurde dementsprechend geschätzt.

Im November 1989 machte das Amt für Fremdenverkehr die Gemeinden und Verkehrsvereine auf verschiedene Probleme und Neuerungen im Zusammenhang mit der Kurtaxe aufmerksam und unterbreitete ihnen gleichzeitig Lösungsvorschläge. Es handelte sich dabei um grundsätzliche Fragen in den Bereichen Kurtaxe und Datenschutz, Kurtaxe für SAC-Hütten und neues Verwaltungsrechtspflegegesetz.

2.3.4 *Développement de la demande touristique*

Deux actions sont ici à mentionner: d'une part, l'Association touristique de l'Oberland bernois (VBO) a reçu une contribution de 315 000 francs, qui lui permettra de poursuivre sous une autre forme son action de 1988 très réussie «Pour chaque hôte, un nouvel arbre» pendant encore trois ans (1990–1992). Chaque station aura un «arbre d'habitues» et un livre d'or dans lequel seront inscrits et distingués les clients fidèles depuis des années. Il est prévu également un encadrement spécial de la clientèle touristique ainsi qu'une publicité ciblée au moyen d'annonces. Enfin, le VBO pourra décerner chaque année un prix écologique.

D'autre part, l'Office du tourisme du lac de Thoue (VVTS) bénéficie d'une garantie en déficit de 86 000 francs (répartie sur 1990 et 1991) qui lui permettra d'introduire un système complet de réservations. La région du lac de Brienz s'est déjà rattachée au système. Au terme de la phase de départ, le système devrait pouvoir être exploité de façon autonome.

2.3.5 *Activités d'expert-conseil*

En plus des avis toujours nombreux sur les affaires des autres Directions, un projet doit être spécialement mentionné. Il s'agit de la thèse de M. Beat Seiler, publiée en automne 1989, «Indices d'un développement harmonisé du tourisme». Cette étude a été mandatée en 1986 par l'Office cantonal du tourisme et la Centrale de l'OFIANT pour le développement économique régional. Elle montre au moyen de 7 chiffres clés et environ 25 grandeurs complémentaires qu'il est possible de chiffrer des grandeurs qualitatives et immatérielles. Les indicateurs doivent mettre en évidence les opportunités et les risques. Les quatre régions de montagne oberlandaises ont déjà envisagé d'appliquer et de tester les recommandations de cette étude pour réviser les programmes de développement régional.

2.3.6 *Taxe d'hébergement et taxes de séjour*

Les recettes tirées de la taxe d'hébergement ont atteint un nouveau record: 2,03 millions de francs. La progression de 6,8 pour cent est en grande partie due aux fréquences accrues des nuitées en 1989.

Pour ce qui est des règlements concernant les taxes de séjour, le travail de conseil, de contrôle et de vérification qui est fait en faveur des communes a été tout aussi important que l'année précédente. Il a fallu à nouveau et à plusieurs reprises conseiller les autorités communales en vue de l'élaboration et de l'approbation des règlements par les citoyens (débattre de questions spéciales, expliquer la situation de droit, fournir des arguments). Tout ce travail n'a pas été vain et a été très apprécié. En novembre 1989, l'Office cantonal du tourisme a signalé divers problèmes et nouveautés concernant la taxe de séjour aux communes et offices du tourisme et leur a proposé des solutions. Il s'agissait de questions de fond dans les domaines de taxes de séjour et de protection des données, de taxes de séjour pour les cabanes de montagne et de la nouvelle loi sur la procédure et la juridiction administratives.

2.3.7 *Gastgewerbe*

2.3.7.1 Allgemeines

Die Geschäftslast war unverändert hoch; es waren über 1300 Geschäfte zu behandeln. Zwar konnte die Behandlungszeit für kompliziertere Fälle dank der Teilzeitbeschäftigung eines weiteren Juristen leicht verkürzt und die Zahl der hängigen Verfahren abgebaut werden. Die Anpassungen an das neue Recht konnten aber noch nicht abgeschlossen werden. Für gegen 250 Umbauten (Vorjahr 200) bestehender Betriebe wurden die Pläne genehmigt; bei 550 Gastgewerbe- und rund 150 Handelsbetrieben wechselten die verantwortlichen Inhaber (Vorjahr 700).

Das Amt für Fremdenverkehr hat auch im abgelaufenen Jahr die Bedürfnisklausel streng gehandhabt, was zu zahlreichen Beschwerden gegen die erstinstanzlichen Entscheide führte.

2.3.7.2 Wirtekurse und Fähigkeitsausweise

Der Wirteverband des Kantons Bern führte wie üblich die Kurse zur Erlangung der Fähigkeitsausweise I und III durch. Aufgrund der eingegangenen Anmeldungen konnte wiederum ein französischer Kurs zur Erlangung des Ausweises III durchgeführt werden. Der Berner Cafetier Verband (früher kantonalbernerischer Verband alkoholfreier Gaststätten) führte 1989 einen Kurs zur Erlangung des Fähigkeitsausweises II (für alkoholfreie Betriebe) durch.

Die folgende Tabelle gibt über die abgelegten Prüfungen Auskunft. Es ist zu beachten, dass nicht Personen, sondern Prüfungen gezählt werden. Bei den Misserfolgen sind somit auch die Personen aufgeführt, die den Fähigkeitsausweis erst im zweiten oder dritten Anlauf erworben haben.

Abgelegte Prüfungen im Jahr 1989 und (1988):

	Prüfung bestanden	1. Prüfung nicht bestanden	2. Prüfung nicht bestanden	3. Prüfung nicht bestanden
Fähigkeitsausweis I (mit Alkohol)	249 (278)	50 (65)	20 (27)	2 (7)
Fähigkeitsausweis II (ohne Alkohol)	17 (22)	8 (7)	1 (4)	– (2)
Fähigkeitsausweis III für Kleinbetriebe	87 (96)	27 (37)	14 (17)	4 (5)
Ausweis eines andern Kantons Ausweis eines andern Kantons (alkoholfrei)	62 (63)	35 (39)	9 (12)	1 (2)
Diplom einer Berufsschule	1 (3)	– (–)	– (–)	– (–)
	35 (37)	5 (9)	1 (1)	– (1)
Total	449 (499)	125 (157)	45 (61)	7 (17)

2.3.8 *Bergführer und Skilehrer*

2.3.8.1 Kommission

Auf den 1. April erfuhr die Kommission eine markante Änderung, galt es doch die langjährigen Mitglieder Dr. Fred Rubi, Adelboden, als Präsident und Theo Romang, Gstaad, zu verabschieden. An ihrer Stelle übertrug der Regierungsrat Karl Eggen, Mürren, den Vorsitz und wählte – neben den bisherigen – als neue Mitglieder Heinz Rubi, Beatenberg, und Oswald Steffen, Saanen (neue Amtsdauer: 1. 4. 1989 bis 31. 3. 1993). Neben der ordentlichen Betreuung des Kurswesens wurden erste Diskussionen für Revisionen der Bergführer- und der Skilehrerverordnung geführt. Angestrebt werden damit vor allem administrative Vereinfachungen. Im übrigen galt das Interesse

2.3.7 *Hôtellerie et restauration*

2.3.7.1 Remarques générales

La charge de travail est restée très forte: il y a eu plus de 1300 cas à traiter. L'engagement à temps partiel d'un nouveau juriste a certes permis de réduire quelque peu le temps de traitement des dossiers compliqués et de diminuer le nombre des dossiers en suspens. Cependant, il n'a pas encore été possible de terminer les adaptations au nouveau droit.

Les approbations de plans ont porté sur près de 250 établissements (1988: 200); les changements de responsables ont concerné environ 550 établissements d'hôtellerie et de restauration et environ 150 commerces (1988: 700).

L'Office cantonal du tourisme a examiné au cours de l'exercice les demandes de patente avec beaucoup de rigueur quant à la clause du besoin, ce qui a amené de nombreux recours contre la décision de première instance.

2.3.7.2 Cours d'aubergistes et certificats de capacité

La Fédération des cafetiers du canton de Berne a organisé comme d'habitude les cours pour certificats de capacité I et III. Le cours en français pour le certificat III a pu de nouveau avoir lieu grâce au nombre suffisant d'inscriptions. La Fédération bernoise des cafetiers (anciennement Association cantonale bernoise des restaurants sans alcool) a organisé en 1989 un cours pour le certificat de capacité II (établissements sans alcool).

Le tableau ci-après donne un aperçu des examens présentés. A noter que les chiffres représentent les examens et non les personnes. Les échecs comptent donc aussi les personnes qui ont obtenu le certificat de capacité au deuxième ou troisième essai.

Examens présentés en 1989 (et 1988):

	Examens réussis	1 ^{er} échec	2 ^e échec	3 ^e échec
Certificat I (avec alcool)	249 (278)	50 (65)	20 (27)	2 (7)
Certificat II (sans alcool)	17 (22)	8 (7)	1 (4)	– (2)
Certificat III (petits établissements)	87 (96)	27 (37)	14 (17)	4 (5)
Certificat d'un autre canton Certificat d'un autre canton (sans alcool)	62 (63)	35 (39)	9 (12)	1 (2)
Diplôme d'une école professionnelle	1 (3)	– (–)	– (–)	– (–)
	35 (37)	5 (9)	1 (1)	– (1)
Total	449 (499)	125 (157)	45 (61)	7 (17)

2.3.8 *Guides de montagne et maîtres de ski*

2.3.8.1 Commission

Le 1^{er} avril, la Commission a connu un grand changement: le départ du président Fred Rubi d'Adelboden et de M. Theo Romang de Gstaad, qui étaient membres depuis de longues années. C'est M. Karl Eggen de Mürren qui a repris la présidence. De nouveaux membres ont été nommés: MM. Heinz Rubi de Beatenberg et Oswald Steffen de Gessenay (période de fonction: 1. 4. 1989 jusqu'au 31. 3. 1993). En plus de l'encadrement normal de l'enseignement, la Commission a entamé les premières discussions sur la révision des ordonnances concernant les guides de montagne et les maîtres de ski. L'objectif principal en est la simplification administrative. Par ail-

weiterhin der sich abzeichnenden BIGA-Anerkennung des Bergführer-Berufs, wie auch dem angestrebten Konkordat unter den Patentkantonen.

2.3.8.2 Kurswesen

Im Berichtsjahr lag die Verantwortung für den Bergführer-Hauptkurs beim Kanton Graubünden; dabei konnten alle 7 Berner Teilnehmer patentiert werden. Bei der Kandidatenausbildung bestanden den Winter Teil acht und den Sommer Teil neun Personen. Nach dem Skilehrer-Hauptkurs in Mürren wurden 26 (Vorjahr 31) neue Skilehrer(innen) ausgezeichnet. Den Vorkurs schlossen 45 (42) Personen als Hilfsskilehrer ab; davon sind 32 (24) für den Hauptkurs vom Frühjahr 1990 qualifiziert. Wie im Vorjahr erhielten 8 Bergsteiger- und 27 Skischulen eine Betriebsbewilligung.

2.3.9 Grundstückerwerb durch Personen im Ausland

Im abgelaufenen Jahr war es in diesem Bereich sehr ruhig. Die folgenden Zahlen lassen sich nur bedingt mit denjenigen des Vorjahrs vergleichen, weil im Jahr 1988 bis zum 1. Dezember, als das kantonale Einführungsgesetz in Kraft trat, nur Gesuche behandelt werden konnten, die sich auf eidgenössische Bewilligungsgründe abstützten. Im Berichtsjahr wurden 80 (66) Einzelfälle behandelt. Insgesamt wurde 29 (8) Personen der Erwerb als Hauptwohnung bewilligt. Bewilligungen für Ferienwohnungen waren 1988 trotz fehlendem Einführungsgesetz möglich, sofern sie sich auf Grundsatzbewilligungen der vorangehenden Jahre abstützten. Im Jahr 1989 erhielten 16 (17) Personen die Bewilligung zum Erwerb einer Ferienwohnung. In 17 (15) Fällen wurde der Erwerb einer Betriebsstätte gestattet. Von den 145 zur Verfügung stehenden Kontingentseinheiten wurden 13 (2) zugeteilt.

2.4 Wohnungswesen

2.4.1 Allgemeines

2.4.1.1 Überblick über die Amtstätigkeit

Das vergangene Jahr stand im Zeichen des Leistungsauftrages. Neben der laufenden Förderungstätigkeit, die unter anderem für 389 Wohnungen neue Verpflichtungen brachte, ging es vor allem um die Überprüfung des Vollzugs nach unternehmerischen Grundsätzen. Gestützt darauf wurden verschiedene Massnahmen realisiert. So wurden diverse Arbeitsabläufe gestrafft, neue Informationsmittel geschaffen, Koordinationsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Wohnbauförderungsmassnahmen verstärkt und die Textverarbeitung eingeführt.

Daneben wurden erste Schritte für eine Weiterentwicklung der Wohnbauförderung eingeleitet. Erwähnt seien die verstärkte Informationstätigkeit für die Unterstützung von Wohnungsverbesserung im Berggebiet, die gut besuchte Pressekonferenz über die mit dem Dekret IV verbilligten Wohnungen in Konolfingen, die Auswertung der Erfahrungen mit den bisherigen Massnahmen (im Hinblick auf die bevorstehenden Dekretsänderungen) und die erstmals durchgeführten Erfa-Tagungen mit den Wohnbauverantwortlichen der Deutschschweizer Kantone.

leurs, l'attention s'est aussi portée sur la prochaine reconnaissance par l'OFIAMT de la profession de guide de montagne, tout comme sur le concordat en projet entre les cantons délivrant la patente.

2.3.8.2 Enseignement

C'était en 1989 le tour du canton des Grisons d'organiser le cours principal pour guides de montagne. Les sept participants bernois ont tous obtenu leur patente. Au cours de candidats, huit ont réussi le cours d'hiver et neuf le cours d'été. Après le cours principal de maîtres de ski à Mürren, 26 nouveaux maîtres(ses) de ski ont été distingués (1988: 31). Le cours préparatoire a été accompli par 45 (42) personnes en tant que maîtres-assistants, dont 32 (24) se sont qualifiés pour le cours principal au printemps 1990. Comme en 1988, 8 écoles d'alpinisme et 27 écoles de ski ont reçu l'autorisation d'exploitation.

2.3.9 Acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger

Dans ce domaine, l'année a été très calme. Les chiffres ci-après ne peuvent se comparer qu'avec beaucoup de précaution à ceux de l'année précédente, puisque en 1988, jusqu'au 1^{er} décembre, date à laquelle la loi d'introduction est entrée en vigueur, seules ont été traitées les demandes qui s'appuyaient sur les motifs fédéraux d'autorisation. En 1989, 80 (66) cas particuliers ont été traités. Au total 29 (8) personnes ont reçu l'autorisation d'acquiescer un domicile principal. Les autorisations pour logements de vacances ont été possibles en 1988 malgré l'absence de loi introductive, dans la mesure où elles étaient fondées sur les autorisations de principe des années précédentes. En 1989, 16 (17) personnes ont reçu l'autorisation d'acquiescer un logement de vacances. 17 (15) acquisitions d'établissements stables ont été autorisées. Sur les 145 unités disponibles du contingent, 13 (2) ont été attribuées.

2.4 Logement

2.4.1 Remarques générales

2.4.1.1 Aperçu des activités de l'Office

L'année était placée sous le signe du mandat de prestations. En plus de l'activité courante d'encouragement, qui a notamment entraîné de nouveaux engagements pour 389 logements, il a fallu surtout contrôler l'exécution d'après les principes d'une entreprise, sur la base de quoi plusieurs mesures ont été mises en œuvre. Ainsi, plusieurs opérations ont été rendues plus rigoureuses, de nouveaux moyens d'information ont été créés, la coordination entre les différentes mesures d'encouragement a été renforcée et le traitement de texte a été introduit.

Par ailleurs, les premières démarches ont été entamées pour élargir l'encouragement à la construction de logements. On citera par exemple l'intensification de l'information pour soutenir l'amélioration de l'habitat dans les régions de montagne, le bon écho rencontré par la conférence de presse sur les logements de Konolfingen subventionnés en vertu de décret IV, l'analyse des expériences faites avec les mesures actuelles (en vue des prochaines modifications des décrets) et la première rencontre de travail avec des responsables de la construction de logements des cantons alémaniques.

2.4.1.2 Die Lage auf dem Wohnungsmarkt

Im Berichtsjahr hat sich im Kanton Bern der Leerwohnungsbestand drastisch verringert. Am 1. Juni 1989 standen noch 1228 Wohnungen leer, also 0,29 Prozent aller Wohnungen. Eine derart tiefe Leerwohnungsziffer wurde seit langem nicht mehr ausgewiesen. Einzig in den Amtsbezirken Büren und Courtelary lag die Ziffer noch über 1 Prozent. Demgegenüber wiesen 17 städtische oder ländliche Amtsbezirke einen Wert von unter 0,3 Prozent aus.

1989 wurden die Hypothekarzinsen deutlich angehoben. Dazu musste auch eine Überhitzung bei den Boden- und Liegenschaftspreisen festgestellt werden. Bei den Baukosten ist ebenfalls eine markante Erhöhung zu verzeichnen. Dies alles hat zu einem deutlichen Anstieg der Mieten geführt. So waren gemäss Bundesamt für Statistik im zweiten Halbjahr 1989 die neuerstellten Wohnungen 17 Prozent teurer als im zweiten Halbjahr 1988. In der zweiten Jahreshälfte führte vor allem die Heraufsetzung der Hypothekarzinsen zu einer Erhöhung der Mieten. Tendenziell über den statistisch ausgewiesenen Mieten dürften die Preise der freigewordenen Wohnungen liegen. Erhebungen des KAW in einer Juni- resp. Novemberwoche des Jahres 1989 im Raum Bern unterstreichen diese Annahme eindrücklich.

Die überdurchschnittliche Verteuerung der Wohnkosten zeigt sich auch anhand des Konsumentenpreisindex des Bundesamtes für Statistik. Danach stieg der Index von November 1988 bis November 1989 um 4,4 Prozent. Für den gleichen Zeitraum wurde demgegenüber für die Wohnungsmieten eine Teuerung von 7 Prozent und für Heizung/Beleuchtung eine solche von 17,4 Prozent ermittelt. Somit darf der Schluss gezogen werden, dass 1989 die gestiegene Wohnkostenbelastung und das rückläufige Wohnungsangebot mehr Mieter- und Eigentümerhaushalte getroffen haben dürften als im Vorjahr.

Die Entwicklung auf dem Boden- und Wohnungsmarkt hat die eidgenössischen Räte veranlasst, im September drei dringlichen Bundesbeschlüssen zum Bodenrecht zuzustimmen. Inwieweit diese zu einer Beruhigung beitragen können, wird sich weisen. Eine Entspannung ist jedenfalls für den preisgünstigen Wohnungsbau nötig.

2.4.2 Förderungstätigkeit

Beim Amt für Wohnungswesen sind im Berichtsjahr 338 Förderungsgesuche eingetroffen. Damit sind wiederum etwas mehr Gesuche als im Vorjahr eingegangen. Die Gesuche betrafen vorwiegend Einfamilienhäuser und Eigentümerwohnungen. Bei den Mietwohnungen ging der Gesuchseingang weiter zurück. Bereits im Rahmen von Voranfragen sind verschiedene Wohnbauförderungsprojekte aufgrund der hohen Bau- oder Landkosten gescheitert.

Der Rückgang bei den Mietobjekten und die starke Zunahme der pendenten Geschäfte bei der Wohnbaulandförderung hatten zur Folge, dass bei den Zusicherungen die gesetzten Ziele nicht erreicht werden konnten. Während es sich bei den noch nicht entscheidungsreifen Baulandgeschäften in manchen Fällen um eine zeitliche Verschiebung handeln dürfte, war die Verflachung des Gesuchseingangs für Mietwohnungen Anlass für die Einleitung einer Verordnungsänderung (Ziff. 2.4.5).

2.4.2.1 Baulandbereitstellung

Gestützt auf das Dekret über die Wohnbaulandsicherung haben vier Gemeinden Gesuche um Zinsübernahme eingereicht. Zusammen mit zwei Geschäften aus den Vorjahren waren somit 86 500 m² Wohnbauland für Unterstützungsleistungen

2.4.1.2 Etat du marché du logement

Le nombre de logements vacants a considérablement diminué au cours de l'exercice. Le 1^{er} juin 1989, 1228 logements étaient encore vides, soit 0,29 pour cent de tous les logements. Il y a déjà bien longtemps que le taux n'avait atteint un niveau aussi bas. Seuls les districts de Büren et de Courtelary ont enregistré un taux supérieur à 1 pour cent contre 17 districts urbains et ruraux avec une proportion inférieure à 0,3 pour cent.

En 1989, les taux hypothécaires ont subi une nette hausse, à laquelle s'est ajoutée une surchauffe des prix immobiliers et fonciers. Les frais de construction ont aussi été marqués par une forte hausse. Tout cela a résulté en une forte augmentation des loyers. Ainsi, selon les chiffres de l'Office fédéral de la statistique, au deuxième semestre de 1989, les nouveaux logements étaient de quelque 17 pour cent plus chers qu'au deuxième semestre de 1988. C'est surtout la hausse des taux hypothécaires qui a amené la hausse des loyers dans la deuxième moitié de 1989. Par ailleurs, les prix des logements devenus vacants auraient tendance à être supérieurs aux loyers relevés par la statistique, tendance que corroborent les enquêtes de l'Office du logement menées en juin et novembre de cette année dans le secteur de Berne.

Ce renchérissement supérieur à la moyenne des frais de logement se retrouve aussi dans l'indice des prix à la consommation de l'Office fédéral de la statistique. Cet indice a augmenté de 4,4 pour cent entre novembre 1988 et novembre 1989. Pendant la même période, le renchérissement a atteint 7 pour cent pour les loyers et 17,4 pour cent pour le chauffage et l'éclairage. Il est ainsi aisé de conclure que la charge accrue que représentent les frais de logement et par ailleurs la diminution du nombre des logements vacants ont certainement touché en 1989 plus de ménages locataires et propriétaires que l'année précédente.

L'évolution du marché des terrains et des logements a été telle que les Chambres fédérales ont approuvé en septembre trois arrêtés fédéraux urgents portant sur le droit foncier. On ne peut pas encore dire dans quelle mesure ces arrêtés calmeront le marché. Il est en tous les cas nécessaire de faire baisser la tension sur le marché de la construction de logements à des prix raisonnables.

2.4.2 Aide au logement

L'Office du logement a enregistré au cours de l'exercice 338 demandes d'aide, soit à nouveau plus que l'année précédente. Les requêtes concernaient principalement des maisons individuelles et des logements en propriété, tandis que celles concernant les logements locatifs continuaient de diminuer. Plusieurs projets d'encouragement à la construction de logements ont échoué dès l'examen préalable, en raison du niveau élevé des frais de construction et des prix de terrains.

La diminution des objets locatifs tout comme la forte augmentation des affaires pendantes en matière d'encouragement à la réservation de terrains à bâtir n'ont pas permis d'atteindre les objectifs fixés pour les promesses de subventions. Tandis que les affaires de réservation de terrains à bâtir encore pendantes ne se traduisent la plupart du temps que par un retard, la stagnation du nombre des demandes pour des logements locatifs a donné lieu à une modification d'ordonnance (cf. ch. 2.4.5).

2.4.2.1 Mise à disposition de terrains à bâtir

En 1989, quatre communes ont présenté des demandes de subvention aux charges d'intérêt en vertu du décret sur la réservation de terrains à bâtir. Si l'on ajoute deux affaires des années précédentes, ce sont donc 86 500 m² de terrain à bâtir

angemeldet (Vorjahr: 42 000 m²). Davon konnte nur ein Gesuch mit einer kleinen Fläche bewilligt werden. Die andern Geschäfte mussten zurückgestellt werden. In den meisten Fällen lag der Grund bei Verzögerungen in der Planung.

2.4.2.2 Sanierung, Erweiterung und Neubau von Wohnungen

Zum Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten und zum kantonalen Anschlussdekret wurden 221 Gesuche eingereicht (213). Abgelehnt werden mussten 38 Gesuche, wovon die Gesuchsteller die finanziellen Voraussetzungen nicht erfüllten. Somit waren praktisch gleich viele Gesuche weiterzubehandeln wie im Vorjahr. Für geplante Wohnungsverbesserungen im Berggebiet konnten aufgrund der örtlichen Abklärungen und der Bauunterlagen für 192 Wohnungen Beiträge zugesichert werden (193), in vielen Fällen aber erst nach grösseren Baukostenreduktionen. Nach Genehmigung der Bauabrechnung wurden für 188 Wohnungen Beiträge ausgerichtet (161).

Gestützt auf das Dekret über die Förderung preisgünstiger Wohnbauten sind 6 Gesuche eingegangen (12). Dieser rückläufige Gesuchseingang kam angesichts der Wohnungsmarktlage und den wenigen Vorabklärungen des Vorjahres wenig überraschend. Im Laufe des Jahres konnten Lastenzuschüsse für 56 Wohnungen (127) zugesichert werden; in praktisch allen Fällen handelte es sich wiederum um Mietwohnungen. In allen Fällen wurde auch eine Bürgschaft zugesichert. 99 Wohnungen kamen aufgrund genehmigter Bauabrechnungen zum erstenmal in den Genuss von Lastenzuschüssen (136).

Bei der Wohnbau- und Eigentümersförderung (WEG) konnte der Bund für 141 Wohnungen im Kanton Bern Zusicherungen abgeben (158). Auch dieser Rückgang ist bei den Mietwohnungen angefallen.

2.4.2.3 Verbilligung von Wohnungen durch Lastenzuschüsse

Im Berichtsjahr konnten 657 Wohnungen durch Lastenzuschüsse verbilligt werden (589). In den meisten Fällen ging es um die Verbilligung von Mietzinsen, vereinzelt um die Senkung von Eigentümerkosten. Die Lastenzuschüsse gingen an 504 Wohnungen gemäss Dekret über die Förderung preisgünstiger Wohnbauten, an 108 Wohnungen der Zuschussaktion 1965/66 sowie 45 Wohnungen gemäss Dekret über die Verbesserung von Altwohnungen. Zur Abklärung der Anspruchsberechtigung mussten 1989 rund 660 Mieterbeurteilungen (360) durchgeführt werden. Diese starke Zunahme ergab sich vor allem wegen der vielen Zweckerhaltungskontrollen.

2.4.3 Zweckerhaltung

Insgesamt 7 Förderungsmaßnahmen mit gegen 9000 Wohnungen und rund 60 Baulandgeschäften sind während und nach der Beitragszeit hinsichtlich der Auflagen zu betreiben. Sind diese Auflagen nicht mehr erfüllt, so sind Beiträge zurückzufordern. Zusammen mit den freiwilligen Rückzahlungen wurden 1989 rund 90 Wohnungen aus der Kontrolle entlassen. Genehmigt wurden ungefähr 120 Handänderungen.

(42 000 m² en 1988) qui font l'objet de demandes de subvention. Mais seule une demande concernant une petite surface a pu être approuvée. Les autres affaires ont dû être mises en suspens, la plupart du temps en raison du retard de la planification.

2.4.2.2 Assainissement, agrandissement et construction de logements

221 (213) demandes ont été déposées dans le cadre des campagnes fondées sur la loi fédérale sur l'amélioration du logement dans les régions de montagne et le décret cantonal y relatif. 38 demandes ont été rejetées principalement parce que les requérants ne remplissaient pas les conditions financières. Il y a donc eu pratiquement autant de dossiers à traiter que l'année précédente. Après enquête sur place et examen des dossiers de construction, une subvention a été promise pour l'amélioration de 192 logements (193), dans beaucoup de cas cependant seulement après réduction radicale des frais de construction. Une fois les décomptes de travaux approuvés, les subventions ont été versées pour 188 logements (161).

Six (12) demandes ont été déposées en vertu du décret sur l'encouragement à la construction de logements à des prix raisonnables. Cette diminution du nombre des demandes était peu surprenante vu l'état du marché du logement et compte tenu du petit nombre des examens préalables de l'année précédente. Au cours de l'année, les avances sur charges ont été promises pour 56 (127) logements. Il s'agit dans presque tous les cas de logements locatifs. Tous les projets ont reçu cautionnement. Enfin, 99 logements ont pour la première fois bénéficié des contributions aux charges versées après l'approbation des décomptes de travaux (136).

En ce qui concerne la loi fédérale encourageant la construction et l'accession à la propriété de logements, la Confédération a garanti l'aide fédérale pour 141 logements, contre 158 en 1988. Encore une baisse qui a touché les logements locatifs.

2.4.2.3 Abaissement du prix des logements par des contributions aux charges

Au cours de l'exercice, le loyer de 657 (589) logements a pu être abaissé par des contributions aux charges. Dans la plupart des cas, il s'agit d'abaissement du loyer, plus rarement de la réduction des charges du propriétaire. Les contributions aux charges ont été octroyées à 504 logements en vertu du décret sur l'encouragement à la construction de logements à des prix raisonnables, à 108 logements dans le cadre de la campagne 1965/66 et à 45 logements en vertu du décret sur l'amélioration de logements anciens. L'examen du droit aux prestations a entraîné en 1989 près de 660 enquêtes sur les locataires. Cette forte hausse par rapport à l'année précédente (360) vient surtout des nombreux contrôles du maintien de l'affectation.

2.4.3 Maintien de l'affectation

Pendant et après le subventionnement, le maintien de l'affectation est contrôlé pour les quelque 9000 logements et 60 transactions sur du terrain à bâtir que représentent les 7 campagnes d'encouragement. Si les conditions et charges ne sont pas observées, les subventions doivent être remboursées. Ces remboursements ajoutés aux restitutions volontaires ont exclu du contrôle près de 90 logements en 1989. Enfin, 120 changements de propriétaires environ ont été approuvés.

2.4.4 *Finanzielle Konsequenzen*

Die Geschäftstätigkeit des Amtes hat zu Zusicherungen des Kantons im Umfang von 3,8 Mio. Franken geführt. Ein Überblick dazu und zu den erfolgten Zahlungen (nur Kantonsanteil) zeigt folgendes Bild (in Mio. Fr.):

Massnahmen	Förderungsart	Zusicherungen 1985-1989 (Mittel)	1989	Zahlungen 1989	Rückstellungen 1989
Subventionsaktionen 1942 bis 1949 ¹	Baukostenbeiträge	-	-	-	0,206
Zuschussaktion 1965/66 ¹	Lastenzuschüsse	-	-	0,057	-
Verbesserung von Altwohnungen 1978	Zinskostenbeiträge	-	-	0,048	-
Wohnbaulandsicherung	Darlehenszinsbeiträge	0,463	0,400	0,404	0,082
Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ¹	Baukostenbeiträge	1,322	1,393	1,267	0,036
Förderung preisgünstiger Wohnbauten	Lastenzuschüsse	3,251	1,996	1,969	-
Total¹	Beiträge	5,036	3,789	3,745	0,324
Förderung preisgünstiger Wohnbauten	Bürgschaften	2,896	1,484		

¹ Ohne Gemeinde- und Bundesanteil

Aufgrund der abgerechneten Geschäfte ergab sich 1989 für das Gebiet des Kantons Bern ein Förderungsvolumen von über 13 Mio. Franken (4,7 Mio. Kantonsbeiträge, 5,2 Mio. Bundesbeiträge, 2,8 Mio. Bundesvorschüsse, 0,6 Mio. Gemeindebeiträge). Die Kantons- und Bundesbürgschaften machten zusammen etwas mehr als 6 Mio. Franken aus.

2.4.5 *Ausblick*

Zu Besorgnis Anlass gibt derzeit die Entwicklung der Hypothekenzinsen. Sie wird vom Amt für Wohnungswesen im Jahr 1990 insbesondere hinsichtlich Auswirkungen auf die Wohnbauförderung aufmerksam zu verfolgen sein. Aus der Sicht des Leistungsauftrages ergibt sich 1990 eine bedeutende Gewichtsverschiebung. Das Schwergewicht der Arbeiten wird (neben der Förderungstätigkeit) bei der Überprüfung der bernischen Wohnbauförderung liegen:

- Praktisch beschlussbereit ist eine Verordnungsänderung zum Dekret über die Förderung preisgünstiger Wohnbauten. Mit neuen Erstellungskostengrenzen und Belegungsvorschriften soll die Attraktivität des Dekrets verbessert werden, insbesondere auch für die Altbauerneuerung. Damit soll auf den nicht befriedigenden Gesuchseingang für die Förderung preisgünstiger Mietwohnungen reagiert werden.
- Im kommenden Jahr muss die Revision des Dekrets über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten dem Grossen Rat unterbreitet werden. Dieses Dekret ist wie das entsprechende Bundesgesetz auf Ende Dezember 1990 befristet. Die parlamentarische Behandlung des Bundesgesetzes dürfte in den eidgenössischen Räten in der Frühjahrsession anlaufen.
- Die Vorarbeiten für die Revision des Wohnraumerhaltungsgesetzes werden gemäss ursprünglicher Planung weitergeführt.

2.4.4 *Répercussions financières*

L'activité de l'Office a porté sur des obligations, des paiements et des remboursements représentant 3,8 millions de francs. Un aperçu des versements effectifs (seulement la part cantonale) donne le tableau suivant (en millions de francs):

Mesures	Type d'aide	Promesses 1985-1989 (moyenne)	1989	Paie-ments 1989	Rembourse-ments 1989
Campagnes 1942 à 1949 ¹	Subventions aux frais de construction	-	-	-	0,206
Campagne 1965/66 ¹	Contributions aux charges	-	-	0,057	-
Amélioration logements anciens 1978	Subventions aux charges d'intérêts	-	-	0,048	-
Réservation terrains à bâtir	Subventions aux charges d'intérêts d'emprunts	0,463	0,400	0,404	0,082
Amélioration habitat régions montagne ¹	Subventions aux frais de construction	1,322	1,393	1,267	0,036
Aide construction logements à des prix raisonnables	Contributions aux charges	3,251	1,996	1,969	-
Total¹	Subventions contributions	5,036	3,789	3,745	0,324
Aide construction logements à des prix raisonnables	Cautionnements	2,896	1,484		

¹ Sans part ni communale ni fédérale

Les affaires qui sont reprises dans les décomptes représentent pour le territoire du canton de Berne en 1989 un volume d'aide financière dépassant les 13 millions de francs (4,7 millions de subsides cantonaux, 5,2 millions de subsides fédéraux, 2,8 millions d'avances fédérales, 0,6 million de subsides communaux). Les cautionnements fédéraux et cantonaux totalisaient plus de 6 millions de francs.

2.4.5 *Perspectives*

Les taux hypothécaires représentent actuellement la plus grande préoccupation. Leur évolution en 1990 sera suivie avec la plus grande attention par l'Office, surtout quant à ses effets sur l'encouragement à la construction de logements. Pour ce qui est du mandat de prestations, l'attention sera portée en 1990 (outre l'activité d'encouragement) sur la vérification de l'encouragement bernois à la construction de logements:

- La modification de l'ordonnance sur l'encouragement à la construction de logements à des prix raisonnables est pratiquement prête. Les nouvelles limites de frais de construction et prescriptions relatives aux occupants devraient rendre le décret plus attractif, en particulier aussi pour les rénovations d'immeubles anciens. Cette amélioration devrait porter ses effets sur le nombre actuellement insatisfaisant de demandes d'encouragement de logements locatifs à des prix raisonnables.
- La révision du décret sur l'amélioration de l'habitat dans les régions de montagne sera soumise au Grand Conseil en 1990. Ce décret est limité à fin décembre 1990 comme la loi fédérale dont il est tiré. Les débats parlementaires sur la loi fédérale devraient commencer à la session de printemps aux Chambres fédérales.
- Les préparatifs de la révision de la loi sur le maintien des locaux d'habitation seront poursuivis selon le programme initial.

– Gleichfalls laufen die Vorarbeiten für die Revision des Dekrets über die Wohnbaulandsicherung und des Dekrets über die Förderung preisgünstiger Wohnbauten an.

– Sont également en cours les préparatifs de la révision du décret sur la réservation de terrains à bâtir et du décret sur l'encouragement à la construction de logements à des prix raisonnables.

2.5 Industrie, Gewerbe und Arbeit

2.5 Industrie, arts et métiers et travail

2.5.1 Überblick

2.5.1 Résumé

Wie schon im Vorjahr hat sich das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) auch 1989 sehr eingehend mit Gesetzgebungsarbeiten befasst. Im Bereich der Luftreinhaltung konnte, dank der positiven Mitwirkung aller Beteiligten, die Vernehmlassung schon früh im Jahr durchgeführt werden. Der Gesetzesfahrplan, welcher vorsah, nebst dem neuen Gesetz über die Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung (AVUG), auch die Totalrevision der Lufthygienegesetzgebung (LHG) dem Grossen Rat noch 1989 unterbreiten zu können, ist mit der Verabschiedung des AVUG durch das Parlament am 20. August und des LHG in der November-Session somit eingehalten und das wichtige Ziel erreicht. Die Inkraftsetzung der beiden Gesetze dürfte gegen Mitte des Jahres 1990 erfolgen. Dann werden die jeweiligen schon im Berichtsjahr in die Vernehmlassung geschickten Verordnungen vorliegen.

Comme l'année précédente, l'Office cantonal de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OCIAMT) s'est de nouveau abondamment occupé de travaux législatifs. Dans le domaine de la protection de l'air, la procédure de consultation a pu être achevée tôt dans l'année grâce à l'active collaboration de tous les intéressés. Le calendrier 1989 des lois prévoyait de soumettre au Grand Conseil non seulement la nouvelle loi sur le service de l'emploi, l'assurance-chômage et l'aide aux chômeurs (LSAC), mais aussi la loi totalement révisée sur la protection de l'air (LPair). Elles ont été adoptées par le Parlement respectivement le 20 août et à la session de novembre. Donc, le calendrier a été tenu et l'objectif principal atteint. Les deux lois devraient entrer en vigueur au milieu de 1990. Ensuite, ce sera le tour des ordonnances qui ont été envoyées en consultation avant la fin de l'année.

Mit diesen beiden neuen Gesetzen wurden zwei Meilensteine gesetzt. Zur Lösung der teilweise leider schon akuten Probleme im Bereich der Luftreinhaltung durfte aber nicht allein das Inkrafttreten des neuen kantonalen Gesetzes abgewartet werden, geboten doch die in den Regionen Bern, Biel, Thun und Langenthal festgestellten übermässigen Immissionsbelastungen ein rasches Handeln. So konnte, dank dem vom Grossen Rat in der Mai-Session bewilligten Nach- und Verpflichtungskredit, die Ausarbeitung von Massnahmenplänen unverzüglich an die Hand genommen werden.

Avec les deux nouvelles lois, deux nouveaux jalons ont été posés. Cependant, pour résoudre les problèmes souvent déjà graves de pollution atmosphérique, l'entrée en vigueur de la nouvelle loi cantonale à elle seule ne suffirait pas, puisque les immissions excessives constatées dans les régions de Berne, Bienne, Thoune et Langenthal ont exigé une action rapide. Ainsi, grâce au crédit d'engagement et au crédit supplémentaire accordés par le Grand Conseil à la session de mai, on a pu entamer immédiatement l'élaboration des plans de mesures. La conjoncture favorable, qui dure déjà depuis un certain temps, a certes eu des effets très positifs dans l'exécution des tâches relevant du marché du travail, mais elle n'a en revanche apporté aucune amélioration pour certains autres problèmes. Au contraire: la pénurie de main-d'œuvre sur le marché du travail a conduit, malgré les efforts intenses de l'OCIAMT, à une situation très tendue dans le domaine des contingents d'étrangers.

Die schon länger andauernde gute Konjunkturlage brachte im Vollzug der arbeitsmarktlichen Aufgaben zwar sehr erfreuliche Tatsachen zutage, hingegen schuf sie keine Erleichterung bei gewissen anderen Problemen. Im Gegenteil, der ausgetrocknete Arbeitsmarkt führte, trotz grosser Anstrengungen des KIGA, zu einer sehr angespannten Lage im Bereich der Ausländerkontingente.

D'une part, le taux de chômage a atteint en octobre son niveau le plus bas depuis 1982, mais d'autre part, les contingents d'étrangers sont tellement insuffisants que, malgré les attributions postérieures provisoires de la Confédération, l'exécution dans ce domaine n'a pu se faire qu'à grand-peine. La situation a contraint l'Office à appliquer des critères d'attribution extrêmement restrictifs, ce qui a plus d'une fois mis à mal la patience et la compréhension des entreprises bernoises. Comme prévu, le Conseil-exécutif est intervenu auprès des autorités fédérales pour demander que l'attribution au canton de Berne soit adaptée aux données actuelles et que la clef de répartition soit revue. Le premier résultat positif a été la nomination par le Conseil fédéral d'un groupe de travail, où l'OCIAMT est représenté, et qui est chargé d'élaborer une nouvelle clef de répartition pour les contingents d'étrangers.

Erfreulich ist einerseits die Feststellung, dass im Oktober die seit 1982 tiefste Arbeitslosenquote ausgewiesen werden konnte, andererseits war, angesichts der völlig ungenügenden Anzahl von Ausländerkontingenten und trotz behelfsmässiger Nachzuteilungen vom Bund, der korrekte Vollzug in diesem Bereich nur mit Mühe zu bewältigen. Zwangsläufig mussten daher äusserst restriktive Zuteilungskriterien angewandt werden, was die Geduld und das Verständnis der bernischen Wirtschaft zeitweilig stark strapazierte. Wie vorgesehen, intervenierte der Regierungsrat bei den Bundesbehörden und verlangte die Anpassung der Zuteilung an den Kanton Bern gemäss den heutigen Gegebenheiten und eine Neufassung des Verteilschlüssels. Als erster Erfolg durfte gewertet werden, dass der Bundesrat eine Arbeitsgruppe einsetzte, unter Mitwirkung des KIGA und mit dem Auftrag, einen neuen Verteilschlüssel für die Ausländerkontingente auszuarbeiten.

2.5.2 Arbeitnehmerschutz

2.5.2 Protection des travailleurs

2.5.2.1 Statistik der industriellen Betriebe

2.5.2.1 Statistiques des établissements industriels

Wie aus dem Verzeichnis über die industriellen Betriebe im Kanton Bern zu entnehmen ist, halten sich Abgänge und Zuwachs in etwa die Waage (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 1).

La liste des établissements industriels du canton de Berne montre qu'il y a à peu près compensation des radiations par l'augmentation (cf. ch. 2.5.11, tabl. 1).

2.5.2.2 Arbeitssicherheit

Bei den 2015 durchgeführten Betriebsbesuchen (Vorjahr: 1959), einschliesslich der Inspektionen der Vollzugsorgane der Gemeinden Bern, Biel und Thun, mussten wiederum etliche Einrichtungen beanstandet werden, die Gefahrenquellen in sich bergen, welche nur allzuoft unterschätzt werden und häufig zu Berufsunfällen und Gesundheitsschädigungen führen können.

Von den durchgeführten Betriebsbesuchen entfielen 273 auf industrielle Betriebe (Vorjahr: 259).

2.5.2.3 Arbeitszeitbewilligungen

Die seit Dezember 1989 eingeführte Bekanntmachung der diesbezüglichen Gesuche und Bewilligungen im Amtsblatt führte zu keinen wesentlichen Schwierigkeiten im Verfahrensablauf und zu keinen nennenswerten Beanstandungen. Die Anzahl der Bewilligungen und der bewilligten Stunden hielt sich im Rahmen der Vorjahre.

2.5.2.4 Plangenehmigungen

Auch dieses Jahr wurden aufgrund der anhaltend guten Wirtschaftslage wiederum mehr Gutachten erstellt als im Vorjahr (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 2).

2.5.2.5 Chauffeurwesen

Wie in den Vorjahren nahm die Nachfrage nach Strassentransportleistungen weiter zu. Total 240 Fahrzeuge wurden neu in Verkehr gesetzt (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 3).

Zur Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung konnten Vorträge und Instruktionen bei Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie bei einzelnen Betrieben durchgeführt werden, die überall gute Aufnahme fanden.

2.5.3 *Arbeitsmarkt*

2.5.3.1 Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Mit 1175 gemeldeten Arbeitslosen sank die Arbeitslosenquote im Oktober auf den tiefsten Stand seit 1982. Damit lag die kantonale Quote (0,27%) deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt (0,5%).

Hinsichtlich der regionalen Verteilung kann festgestellt werden, dass die Uhrenregion mit 0,43 Prozent nach wie vor immer noch wesentlich über dem kantonalen, im Gegensatz zum Vorjahr hingegen unter dem schweizerischen Durchschnitt lag. Den geringsten Anteil wies erneut die Region Oberaargau-Emmental (0,11%) aus. Der Anteil der weiblichen Ganzarbeitslosen bildete sich gesamtkantonal leicht zurück und betrug noch 43 Prozent (Vorjahr 47%); derjenige der Jugendlichen (bis 24 Jahre) ist auf rund 18 Prozent gesunken. Auch der Anteil der teilweise Arbeitslosen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent und betrug noch 27 Prozent der Gesamtzahl der Arbeitslosen.

Als Folge des anhaltend ausgetrockneten Arbeitsmarktes sind im Berichtsjahr rund 20 Prozent mehr offene Stellen gemeldet worden als im Vorjahr (Monatsdurchschnitt 906 bzw. 748).

2.5.2.2 Sécurité du travail

2015 inspections d'entreprises (1988: 1959), comprenant les visites par les organes d'exécution des communes de Berne, Bienne et Thoun, ont à nouveau donné lieu à plusieurs contestations contre des installations comportant des risques trop souvent sous-estimés qui sont sources fréquentes d'accidents du travail et d'affections de la santé.

Sur les 2015 inspections, 273 ont été effectuées dans des entreprises industrielles (1988: 259).

2.5.2.3 Autorisation de dépassement des heures de travail

Depuis décembre 1989, les demandes et autorisations de dépasser les heures de travail sont publiées dans la feuille d'avis officielle. Il n'en a résulté aucune difficulté importante de procédure ni d'objection significative. Le nombre des autorisations et des heures autorisées est resté au même niveau que l'année précédente.

2.5.2.4 Approbations de plans

Cette année encore, le maintien de la bonne conjoncture s'est traduit par un nombre d'expertises de nouveau plus grand que l'année précédente (cf. ch. 2.5.11, tabl. 2).

2.5.2.5 Chauffeurs professionnels

La demande de transport routier professionnel a continué d'augmenter. Le nombre de véhicules en circulation a augmenté de 240 unités en 1989 (cf. ch. 2.5.11, tabl. 3).

Des conférences et des cours d'instruction ont été organisés chez les associations d'employeurs et de travailleurs, ainsi que dans diverses entreprises, pour améliorer la formation et le perfectionnement professionnels. L'écho rencontré a partout été bon.

2.5.3 *Marché du travail*

2.5.3.1 Evolution

Le mois d'octobre n'a compté que 1175 chômeurs inscrits, niveau le plus bas jamais atteint depuis 1982. Le taux cantonal de 0,27 pour cent s'est situé nettement en-dessous de la moyenne suisse (0,5%).

La répartition régionale met en évidence que c'est toujours la région horlogère qui, avec 0,43 pour cent, dépassait encore nettement la moyenne cantonale, mais contrairement à l'année précédente, se situait en-deçà de la moyenne nationale. Le taux le plus bas a été de nouveau enregistré dans la région Haute-Argovie/Emmental (0,11%). Le nombre des femmes au chômage a légèrement diminué à l'échelle cantonale mais atteignait encore 43 pour cent (1988: 47%). Le chômage des jeunes de moins de 25 ans est descendu à près de 18 pour cent. Le nombre des chômeurs partiels a diminué de 25 pour cent par rapport à l'année précédente, mais représentait encore 27 pour cent de l'ensemble des chômeurs.

La pénurie persistante de main-d'œuvre sur le marché du travail est une des raisons de la progression de près de 20 pour cent du nombre des offres d'emploi par rapport à l'année précédente (moyenne mensuelle 906 resp. 748).

2.5.3.2 Arbeitsvermittlung

Obwohl das Stellenangebot sehr gut war, gestaltete sich die Vermittlung einzelner Arbeitsloser äusserst schwierig. Trotz nochmals verstärkter Betreuung durch die Arbeitsmarktbehörden konnte in einigen Fällen, vor allem wegen problematischer persönlicher Voraussetzungen dieser Stellenlosen, kein bleibender Vermittlungserfolg erzielt werden.

Im Berichtsjahr verabschiedete der Grosse Rat das neue Gesetz über die Arbeitsvermittlung, die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenunterstützung (AVUG). Damit konnte auch die Grundlage für die Verstärkung der regionalen Arbeitsvermittlung geschaffen werden. Bestehende Gemeindearbeitsämter können nun mit einer entsprechenden Infrastrukturverbesserung zu regionalen Arbeitsvermittlungsstellen ausgebaut werden.

Der ausgetrocknete Arbeitsmarkt hat im Berichtsjahr nochmals zu einer hohen Nachfrage nach Dienstleistungen der privaten, gewerbmässigen Arbeitsvermittlung geführt. Per Ende 1989 waren 109 Unternehmen dieser Branche im Kanton tätig.

2.5.3.3 Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Präventivmassnahmen

Die intensiven Bemühungen, insbesondere schwer vermittelbaren Arbeitslosen zu einer geregelten Arbeit zu verhelfen, wurden durch die behördlich organisierte Durchführung von Beschäftigungsprogrammen unterstützt. So sind von vier Gemeinden und der Caritas insgesamt Gesuche um Beiträge für 40 Programme eingereicht worden. An die anrechenbaren Gesamtkosten von 5,1 Mio. Franken konnten Kantonsbeiträge im Umfang von 45 Prozent zugesichert werden; der Anteil aus dem Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung betrug, wie im Vorjahr, 37 Prozent.

Bei den Individual- und Kollektivkursen standen vornehmlich Anmeldungen für Sprach- und Informatikkurse im Vordergrund. Die Finanzierung erfolgt in diesen Fällen jeweils vollständig über die Arbeitslosenversicherung.

2.5.4 Ausländische Erwerbstätige

Wie im Überblick (2.5.1) kurz dargestellt, konnte der Vollzug in diesem Bereich nur mit Mühe sichergestellt werden. Die sich schon seit einiger Zeit abzeichnende, problematische Lage im Kontingentswesen wird künftig nur über eine Erhöhung der dem Kanton Bern zukommenden Ausländerkontingente zu bewältigen sein.

Um der nochmals gestiegenen Nachfrage nach Fachkräften einigermaßen gerecht werden zu können, sah sich das KIGA gezwungen, sämtliche Gesuche zugunsten von Hilfskräften abzulehnen. Prekär wurde daher auch die Situation im Gesundheitswesen. Ob die neue Regelung hinsichtlich der Zeitgut-schriften für Nachtarbeit die in diesem Bereich tätigen schweizerischen Angestellten wiederum vermehrt auf dem angestammten Beruf verbleiben lässt oder ob trotz allem eine weiter steigende Nachfrage nach ausländischen Erwerbstätigen zu beobachten sein wird, muss noch abgewartet werden. Es bleibt zu hoffen, dass mit der regierungsrätlichen Intervention beim Bund und den daraus hervorgegangenen Massnahmen für die nächste Kontingentsperiode mit einer Entspannung gerechnet werden darf (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 4).

Angesichts der Arbeitsmarktlage mussten die Voraussetzungen zur Erteilung von Stellenantrittsbewilligungen an Asylbewerber gelockert werden. Dadurch konnten insgesamt 4289 Arbeitsbewilligungen (Vorjahr: 2593) erteilt werden. Der speziellen Situation im Berner Jura wurde durch eine Ausdehnung

2.5.3.2 Service de l'emploi

Bien que l'offre en matière d'emplois ait été très bonne, le placement de certains chômeurs s'est révélé extrêmement difficile. L'encadrement renforcé, dont les autorités ont entouré ces chômeurs, n'a malheureusement pas permis un placement durable dans quelques cas, ce surtout pour des raisons de difficultés personnelles.

Au cours de l'exercice, le Grand Conseil a adopté la nouvelle loi sur le service de l'emploi, l'assurance-chômage et l'aide aux chômeurs (LSAC) qui fournit notamment la base pour renforcer le service de l'emploi à l'échelle régionale. Les offices communaux du travail peuvent désormais, avec une amélioration appropriée de l'infrastructure, être développés en services régionaux de placement.

La pénurie sur le marché de l'emploi a de nouveau conduit au cours de l'exercice à une demande accrue des services des bureaux privés de placement à fin lucrative. A la fin de l'année, 109 entreprises de cette branche étaient en activité dans le canton.

2.5.3.3 Lutte contre le chômage et mesures préventives

Les efforts accrus, en particulier pour aider les chômeurs difficiles à placer à trouver un travail régulier, ont été soutenus par les programmes d'occupation organisés par les autorités. Quatre communes ainsi que Caritas ont déposé des demandes de contribution à 40 programmes d'occupation. Ces programmes ont représenté un coût total de 5,1 millions de francs pour lesquels le canton a assuré une contribution de 45 pour cent et le fonds de compensation de l'assurance-chômage, une contribution de 37 pour cent comme en 1988.

Les inscriptions aux cours individuels et collectifs concernaient principalement des cours de langue et d'informatique. Le financement des cours se fait entièrement par l'assurance-chômage.

2.5.4 Main-d'œuvre étrangère

Comme déjà précisé dans le résumé (2.5.1), l'exécution dans ce domaine a été très difficile. Les difficultés qui se dessinent déjà depuis quelques années en matière de contingents ne pourront se résoudre que par une augmentation des contingents d'étrangers accordés au canton de Berne.

L'OCIAMT a été contraint de rejeter toutes les demandes de main-d'œuvre auxiliaire pour pouvoir faire face, un tant soit peu, à la demande encore accrue de main-d'œuvre qualifiée. La situation est devenue également assez précaire dans le secteur de la santé. On ne sait pas encore si la nouvelle réglementation sur les bonus pour le travail de nuit maintiendra davantage les employés suisses dans ce métier ou si, malgré tout, la demande de main-d'œuvre étrangère continuera de croître. On peut espérer que l'intervention du Gouvernement auprès de la Confédération et les mesures prises par la suite pour la prochaine période de contingent détendront ce domaine du marché du travail (cf. ch. 2.5.11, tabl. 4).

La situation sur le marché du travail a également obligé à assouplir les conditions d'autorisation de prise d'emploi applicables aux demandeurs d'asile. Il a ainsi été délivré 4289 autorisations de travail, contre 2593 en 1988. C'est pour améliorer la situation spéciale que connaît le Jura bernois que la zone frontalière a été étendue et qu'un nombre accru d'autorisations ont été accordées, à la condition stricte que les frontaliers aient l'obligation de rentrer chaque jour à leur domicile. Il

der Grenzzone und einer vermehrten Bewilligungserteilung, unter strenger Berücksichtigung des Erfordernisses der täglichen Rückkehr der Grenzgänger, Rechnung getragen. Dies führte in der Folge zu einer Erhöhung der im Kanton im Dezember beschäftigten Grenzgänger (1455, Vorjahr: 881). Dabei muss aber präzisiert werden, dass trotz dieser massiven Erhöhung im Kanton Bern – gesamtschweizerisch gesehen – relativ wenig Grenzgänger beschäftigt werden (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 5).

2.5.5 *Arbeitslosenversicherung*

2.5.5.1 Allgemeines

Das vom Parlament im August verabschiedete Gesetz (AVUG) enthält nebst der Regelung der Arbeitslosenversicherung auch eine Neufassung der bisherigen kantonalen Krisenhilfe. Auf Bundesebene wurde eine Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) in Gang gesetzt. Die Vorschläge des Regierungsrats hinsichtlich des Miteinbezugs des Tourismusgewerbes in die Schlechtwetterentschädigung wurden teilweise mitberücksichtigt. Voraussichtlich werden daher die Arbeitnehmer dieser Branche in Zukunft auch Entschädigungen erhalten. Das revidierte AVIG wird jedoch vermutlich erst 1992 in Kraft gesetzt werden.

2.5.5.2 Kurzarbeit

Der Rückgang der Kurzarbeit war im Berichtsjahr beträchtlich. Seit Bestehen dieser Entschädigungsart der Arbeitslosenversicherung wurden noch nie so wenig Voranmeldungen eingereicht (103, Vorjahr: 270).

2.5.5.3 Wetterbedingte Arbeitsausfälle

Einmal mehr hat der ausgesprochen milde Winter seinen Einfluss ausgeübt. Dies führte zu einem markanten Rückgang der Meldungen von 4440 im Jahre 1988 auf 1147 im Berichtsjahr.

2.5.5.4 Krisenhilfe

Wegen der guten Arbeitsmarktlage wurde die Krisenhilfe per Ende 1989 eingestellt. Genaue Angaben über Bezüger, Kosten und Höhe der Entschädigungen liegen, aufgrund des Abrechnungsmodus, für das Berichtsjahr noch nicht vor. Mit der Einführung der neugefassten Krisenhilfe, künftig «Arbeitslosenunterstützung» genannt, ist die vierteljährliche Abrechnung vorgesehen, und es werden aktuellere Daten zur Verfügung stehen (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 6).

2.5.6 *Arbeitslosenkasse*

Die für den Betrieb der Arbeitslosenkasse benötigten finanziellen Mittel stammen aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung, der durch das BIGA verwaltet wird. Massgebend für die Zuteilung dieser Mittel ist bis zu einem gewissen Grad auch die vorherrschende Arbeitslosigkeit.

Bei laufend sinkender Arbeitslosenquote stehen somit, nach einer bestimmten Übergangszeit, der Arbeitslosenkasse jeweils weniger Mittel zur Verfügung. Die stetige Verringerung der Arbeitslosenquote, wie sie auch 1989 beobachtet wurde, führte nun dazu, dass die kantonale Arbeitslosenkasse im Berichtsjahr gezwungen war, organisatorische Restrukturierung

s'en est suivi une augmentation des frontaliers employés dans le canton de Berne en décembre (1455, 1988: 881). Il faut cependant préciser ici que malgré cette forte augmentation, le canton de Berne emploie relativement peu de frontaliers par rapport au reste de la Suisse (cf. ch. 2.5.11, tabl. 5).

2.5.5 *Assurance-chômage*

2.5.5.1 Remarques générales

La loi adoptée par le Parlement au mois d'août contient non seulement les règles sur l'assurance-chômage mais aussi une nouvelle conception du Fonds de crise cantonal. A l'échelle fédérale, une révision partielle de la loi sur l'assurance-chômage (LACI) est en cours. Il a été d'ailleurs tenu compte en partie de la proposition du Conseil-exécutif d'inclure le secteur du tourisme aux industries ayant droit à l'indemnité en cas d'intempéries. Les travailleurs du tourisme obtiendraient donc probablement des indemnités. La LACI révisée n'entrera cependant en vigueur qu'en 1992.

2.5.5.2 Réduction de l'horaire de travail

Ce chômage dit partiel a considérablement diminué pendant l'exercice. Depuis qu'existe l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail, on n'a encore jamais reçu aussi peu de préavis (103 contre 270 en 1988).

2.5.5.3 Pertes de travail dues aux intempéries

Une fois de plus, la douceur de l'hiver a eu ses effets, à savoir en l'occurrence, une baisse marquante des avis: 1147 contre 4440 en 1988.

2.5.5.4 Secours de crise

L'état satisfaisant du marché du travail a amené la suspension du secours de crise à fin 1989. Le mode de paiement du secours de crise est tel que les chiffres exacts sur les bénéficiaires, les coûts et le montant des indemnités ne sont pas encore disponibles pour l'exercice. L'introduction de la nouvelle version du secours de crise, qui s'appellera désormais «secours aux chômeurs», prévoit des décomptes trimestriels ce qui permettra d'avoir des chiffres plus actuels (cf. ch. 2.5.11, tabl. 6).

2.5.6 *Caisse de chômage*

Les moyens financiers nécessaires pour exploiter la caisse de chômage sont issus du Fonds de l'assurance-chômage géré par l'OFIAMT. La répartition des ressources se fait, dans une certaine mesure, en fonction du chômage qui sévit.

Si le taux de chômage baisse constamment, il est évident qu'au bout d'un certain temps, la caisse de chômage dispose de moins de ressources. La diminution du chômage, qui a persisté aussi en 1989, a ainsi contraint la caisse cantonale de chômage à procéder à une réorganisation, qui s'est d'abord traduite par une vérification des frais de personnel et de locaux. Compte tenu du taux de chômage extrêmement bas

rungsmassnahmen zu treffen, wobei vor allem bei den Personal- und Raumkosten eine Überprüfung notwendig wurde. Angesichts der sehr niedrigen Arbeitslosenquote in der Region Langenthal-Oberaargau und einiger Personalabgänge bei der in Langenthal selbst domizilierten Kassenzweigstelle wurde – nach Anhörung aller Betroffenen – diese Zweigstelle aufgehoben. Die noch verbleibenden Fälle sind der Zweigstelle Burgdorf-Emmental zur Betreuung und Bearbeitung übergeben worden. Gegen Ende des Jahres zeigte sich, dass weitere Einschränkungen unumgänglich waren. Nach Konsultation der Behörden in Burgdorf und weiterer interessierter Kreise konnte auch die Schliessung der Zweigstelle Burgdorf-Emmental per Ende Februar 1990 ins Auge gefasst werden. Mit dem Personal sind beiderseits befriedigende Lösungen gefunden worden. Ansonsten war die Tätigkeit der Arbeitslosenkasse im Jahr 1989 von keinen nennenswerten Schwierigkeiten begleitet. Einen Überblick über die Leistungen und Leistungsarten vermittelt die Tabelle im Anhang (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 7).

2.5.7 *Vorbereitung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung*

Zum Jahresende waren im Kanton Bern 910 (Vorjahr: 943) Landwirte im Besitz einer gültigen Dispensation. Die Zahl der für die Beurlaubung während der Aktivdienstzeit vorgemerkten Wehrmänner (Landwirte) reduzierte sich auf 437 (Vorjahr: 477).

2.5.8 *Handel und Gewerbe*

Die Berufe des Immobilien-Treuhänders und des Immobilien-Verwalters erfreuen sich weiterhin einer gewissen Beliebtheit. Gesamthaft konnten im Berichtsjahr 67 neue Bewilligungen erteilt werden, wovon 52 Bewilligungen auf Immobilien-Treuhänder entfielen (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 8).

Im Rahmen der Aufsicht über das Mass- und Gewichtswesen sind 334 statistische Kontrollen von Fertigpackungen vorgenommen worden. Dabei wurde geprüft, ob diese bezüglich Volumen oder Gewicht innerhalb der von der Deklarationsverordnung festgelegten Toleranzen lagen. 15 Produkte mussten beanstandet werden.

Sehr gut eingespielt hat sich die Eichung der Abgasprüfgeräte für Benzinmotoren in den Garagenbetrieben. Trotz anfänglicher Skepsis seitens des Autogewerbes gegen die obligatorische Abgasprüfung verfügt heute ein Grossteil der Garagen über die entsprechende technische Apparatur. Die Zahl der sich im Einsatz befindenden Geräte erhöhte sich von 1016 im Jahre 1987 auf 1126 per Ende des Berichtsjahres.

2.5.9 *Uhrenbeobachtungsbüro*

Das von der für die Überwachung der Chronometerkontrolle zuständigen Stelle (COSC) im letzten Jahr zusätzlich bewilligte elektronische Kontrollsystem «Captétangle», ist 1989 in Betrieb genommen worden. Damit kann die Kontrolle der Chronometer im Normalfall nun vollumfänglich mit EDV-unterstützten Systemen erfolgen. Die Anschaffung des zweiten «Captétangle» war nötig gewesen, um die laufend steigende Anzahl von zu kontrollierenden Chronometern arbeitstechnisch zu bewältigen.

Im Berichtsjahr sind 239 532 Chronometer der Prüfung unterzogen worden, was, im Vergleich zum Vorjahr, einer mengenmässigen Zunahme von 6 Prozent entspricht.

dans la région Langenthal/Haute-Argovie et suite à quelques départs de collaborateurs, la succursale de la caisse de Langenthal a été fermée, après consultation de tous les intéressés. Les quelques cas encore à traiter ont été confiés à la caisse de Berthoud-Emmental. Vers la fin de l'année, il s'est avéré qu'il était indispensable de procéder à d'autres restrictions. Ainsi, après entente avec les autorités de Berthoud et d'autres milieux concernés, on envisage de fermer aussi la succursale de Berthoud vers la fin du mois de février 1990. Des solutions qui satisfont toutes les parties ont été trouvées pour le personnel.

Pour le surplus, l'activité de la caisse de chômage n'a été marquée par aucune difficulté spéciale en 1989. Le tableau en annexe donne un aperçu des prestations et des types d'indemnisations (cf. ch. 2.5.11, tabl. 7).

2.5.7 *Affectation de la main-d'œuvre agricole dans le cadre de l'approvisionnement économique*

A la fin de l'année, le canton de Berne comptait 910 (943) agriculteurs en possession d'une dispense valable. Le nombre des soldats (agriculteurs) pouvant être mis en disponibilité au cours du service actif s'est réduit à 437 (477).

2.5.8 *Commerce et artisanat*

Les professions de fiduciaires et de gérants immobiliers jouissent toujours d'une certaine popularité. Au cours de l'exercice, 67 nouvelles autorisations ont été délivrées, dont 52 pour des fiduciaires immobilières (cf. ch. 2.5.11, tabl. 8).

La surveillance des poids et mesures s'est concrétisée par 334 contrôles statistiques de produits emballés, aux fins de vérifier qu'ils ne dépassaient pas les tolérances de poids et de volume fixées par l'ordonnance sur les déclarations. Quinze produits ont fait l'objet d'une contestation.

Pas de problème en ce qui concerne la vérification des instruments de mesure de gaz d'échappement des moteurs à essence. Malgré quelques réserves émises par les garagistes sur le contrôle anti-pollution obligatoire, la plupart des garages possèdent aujourd'hui l'équipement technique nécessaire. D'ailleurs le nombre des instruments utilisés, qui était de 1016 en 1987, était passé à 1126 à la fin de l'exercice.

2.5.9 *Contrôle des chronomètres*

L'organe responsable de la surveillance du contrôle des chronomètres (COSC) a autorisé en 1988 l'acquisition d'un système supplémentaire de contrôle électronique «Captétangle». Il a été mis en service en 1989 de sorte que, désormais, le contrôle des chronomètres peut normalement se faire tout entier sur des systèmes électroniques. Il était nécessaire d'ailleurs d'acquiescer ce deuxième système, puisque le nombre des chronomètres à contrôler ne cesse d'augmenter.

Ainsi au cours de l'exercice, 239 532 chronomètres ont été contrôlés, ce qui par rapport à l'année précédente correspond à une progression quantitative de six pour cent.

2.5.10 *Umweltschutz*

2.5.10.1 Luftreinhaltung

Die Vernehmlassung zur Totalrevision des kantonalen Gesetzes zur Reinhaltung der Luft, fiel, wie vorne erwähnt, gesamt-haft gesehen äusserst positiv aus. Die Absicht, dass nicht nur die Luftverschmutzung aus stationären Quellen reduziert werden soll, sondern auch den luftverunreinigenden Tätigkeiten, die in der eidgenössischen Gesetzgebung nicht berücksichtigt werden, künftig mehr Beachtung zu schenken, fand eine breite Zustimmung. Besonders begrüsst wurde, dass im Gesetzesentwurf klare, aber auch flexible Vollzugsstrukturen festgelegt sind, damit die Luftreinhaltung im Kanton Bern effizient und nachhaltig vollzogen werden kann.

Die erste Lesung des Lufthygienegesetzes (LHG) in der Septembersession brachte neben kleineren Korrekturen folgende bemerkenswerte Ergänzung: Mit Artikel 14 wurde die Rechtsgrundlage geschaffen, dass im Kanton Bern künftig auch marktwirtschaftliche Steuerinstrumente zur Verbesserung der Situation eingesetzt werden können. In der November-Session wurde das totalrevidierte LHG vom Parlament einstimmig verabschiedet. Im Anschluss ging man daran, zwei Ausführungsverordnungen auszuarbeiten:

- die Verordnung über den Vollzug des Gesetzes zur Reinhaltung der Luft (Lufthygieneverordnung, LHV)
 - die Verordnung über die Kontrolle der Feuerungsanlagen mit Heizöl «extra leicht» und Gas mit einer Feuerungswärmeleistung bis zu einem Megawatt (Feuerungsverordnung, VKF).
- Diese Zweiteilung drängte sich vor allem aus Gründen der Verständlichkeit und Übersichtlichkeit auf.

Die Ausarbeitung der Massnahmenpläne (= regionale Sanierungskonzepte) konnte im Berichtsjahr an die Hand genommen und zügig vorangetrieben werden, so dass mit der Fertigstellung der wichtigsten Massnahmenpläne im kommenden Jahr gerechnet werden kann. Dies ist in Anbetracht der vom Bund vorgesehenen, äusserst kurzen Fristen von grosser Bedeutung.

Mit dem personellen und instrumentellen Weiterausbau der kantonalen Fachstelle Luftreinhaltung, wie ihn der Grosse Rat im Mai 1987 beschlossen hatte, war es im Berichtsjahr möglich, weitere Schritte in Richtung eines systematischen Vollzugs vorzunehmen. Beispielsweise konnten 1989 alle Tankstellen im Kanton Bern (mehr als 1000 Anlagen) erfasst werden, so dass die notwendigen Sanierungen schrittweise in die Wege geleitet werden können. Dies betrifft im vorliegenden Fall die Einrichtung von Pendelleitungen zur Verminderung der Benzindämpfe beim Betanken von Fahrzeugen. Des weiteren sind grosse Anstrengungen unternommen worden, damit die Anforderungen und Auflagen der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes bei Neuanlagen systematisch in die bestehenden Bewilligungsverfahren miteinbezogen werden.

2.5.10.2 Feuerungsanlagen

In der Heizperiode 1988/89 wurden rund 39 000 Feuerungsanlagen, die mit Heizöl «extra leicht» betrieben werden, kontrolliert. Dies entspricht ungefähr 40 Prozent des Gesamtbestandes. Die lufthygienischen und energetischen Kontrollen ergaben eine Beanstandungsquote von 14,9 Prozent (5800 Anlagen), die in der Folge einreguliert oder saniert werden mussten. Etwa 250 Ölfeuerungskontrolleure führten diese Kontrollen aus. Wie das nachstehende Balkendiagramm zeigt, sind seit der Einführung von verschärften Vorschriften in der Heizperiode 1985/86 erhebliche Fortschritte erzielt worden. Die Feuerungskontrolle leistet damit nicht nur einen ansehnlichen Beitrag zur Reinhaltung der Luft, sie hilft auch mit, im Energiebereich erkleckliche Summen einzusparen.

2.5.10 *Protection de l'environnement*

2.5.10.1 Protection de l'air

La consultation sur la loi cantonale entièrement révisée sur la protection de l'air a été extrêmement positive, comme exposé plus haut. C'est presque à l'unanimité qu'a été approuvée la volonté d'une part de réduire la pollution atmosphérique produite par des sources stationnaires et d'autre part de faire plus attention désormais à ces activités polluant l'atmosphère, qui ne sont pas prévues dans la législation fédérale. Ont été bien accueillies aussi les structures d'exécution claires et néanmoins flexibles fixées dans le projet de loi, afin que la protection de l'air dans le canton de Berne soit non seulement efficace mais aussi durable.

La première lecture de la loi sur la protection de l'air (LPair) à la session de septembre n'a donné que quelques corrections minimes, mais aussi le complément important que voici: l'article 14 crée la base légale pour mettre en œuvre des instruments d'incitation relevant de l'économie de marché aux fins d'amélioration de la qualité de l'air. A la session de novembre, la LPair a été approuvée à l'unanimité au Parlement. Par la suite, deux ordonnances d'exécution ont été mises au point, dont voici les intitulés:

- ordonnance d'exécution de la loi sur la protection de l'air (ordonnance sur la protection de l'air, OcPair)
- ordonnance sur le contrôle des installations de combustion alimentées à l'huile «extra-légère» et au gaz d'une puissance calorifique ne dépassant pas un mégawatt (OCIC).

C'est pour des raisons de clarté et de compréhension que l'exécution a été divisée en deux ordonnances.

On a pu entamer et bien avancer l'élaboration des plans de mesures (= programmes régionaux d'assainissements), de sorte que les principaux travaux devraient être achevés au cours de l'année 1990. C'est là chose extrêmement importante si l'on considère les délais très courts qu'avait fixés la Confédération.

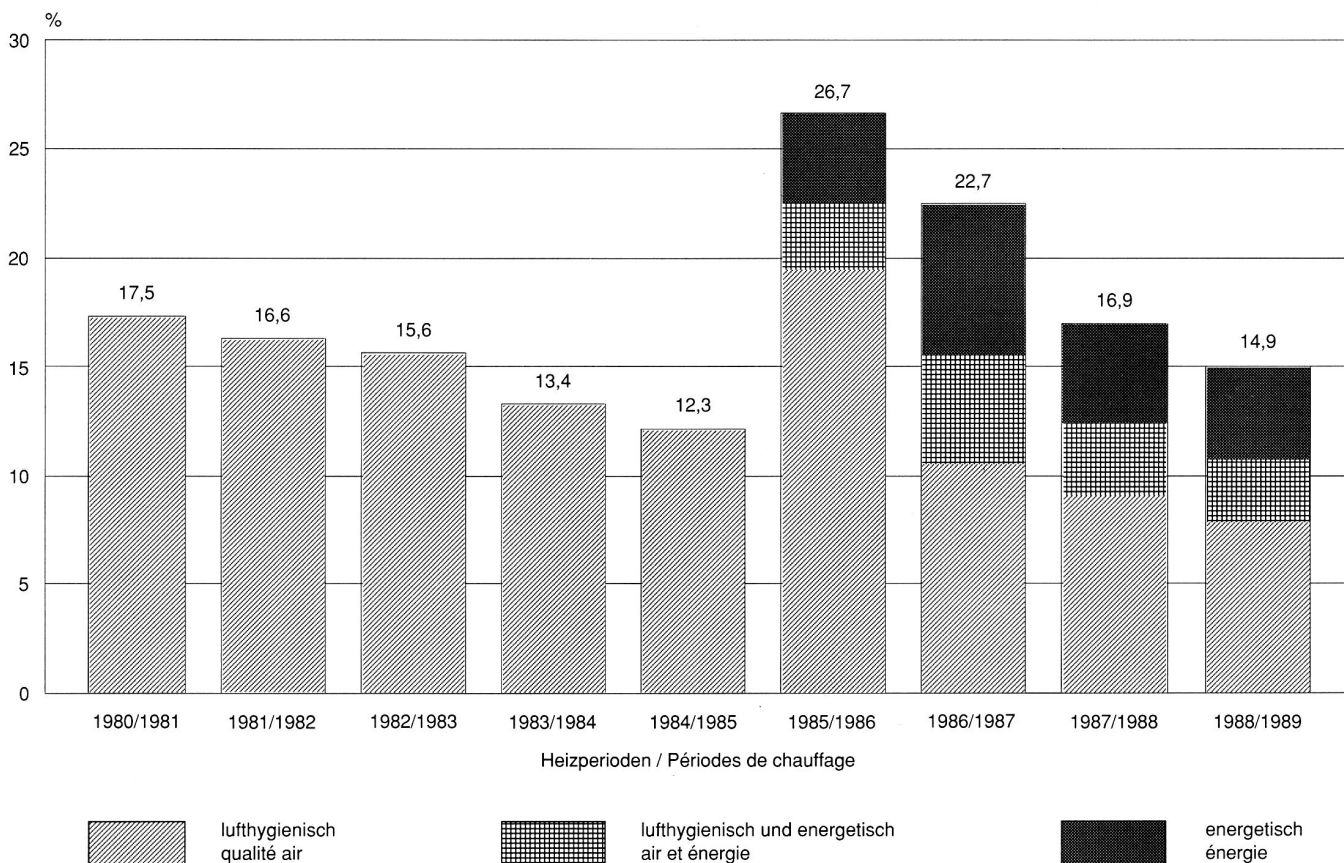
L'extension du service cantonal spécialisé en protection de l'air (engagement de personnel, acquisition d'instruments), décidée par le Grand Conseil en mai 1987, a permis en 1989 de progresser vers une exécution systématique. Par exemple, le recensement de toutes les stations-service du canton de Berne (plus de 1000) afin d'entamer progressivement les assainissements nécessaires. Il s'agit en l'occurrence d'installer des systèmes de récupération des vapeurs d'essence à la pompe au moment de la distribution. Par ailleurs, des efforts importants sont déployés pour inclure systématiquement dans l'actuelle procédure d'autorisation les exigences et charges de la protection de l'air et de la protection contre le bruit applicables aux nouvelles installations.

2.5.10.2 Installations de combustion

Près de 39 000 installations de combustion exploitées à l'huile «extra-légère» ont été contrôlées pendant la période de chauffage 1988/89, ce qui représente environ 40 pour cent du nombre total d'installations. Les contrôles portant sur la qualité de l'air et sur l'énergie ont donné 14,9 pour cent de contestations, soit 5800 installations, qu'il a fallu ensuite régler ou assainir. Quelque 250 contrôleurs ont réalisé ces contrôles. Le diagramme ci-dessous montre les progrès considérables qui ont été accomplis malgré les prescriptions plus sévères introduites en 1985/86. Le contrôle des installations de combustion n'est pas seulement une contribution remarquable à la protection de l'air, c'est aussi une façon d'économiser des sommes considérables sur les dépenses d'énergie.

Total Beanstandungen

Total des contestations



Weniger erfreulich war die Situation bei den Feuerungsanlagen mit anderen Brennstoffen, insbesondere bei den Holzfeuerungen. Hier mussten mehr als 50 Prozent der gemessenen Anlagen beanstandet und saniert werden.

La situation était nettement moins satisfaisante en ce qui concerne les installations de combustion alimentées avec d'autres combustibles, le bois en particulier. Il a en effet fallu contester et faire assainir plus de 50 pour cent des installations vérifiées.

2.5.10.3 Lärmschutz

Aufgrund der eidgenössischen Lärmschutzverordnung (LSV) müssen den verschiedenen Nutzungszonen innerhalb einer Ortsplanung Empfindlichkeitsstufen bezüglich des tolerierten Lärmpegels (Grenzwerte) zugeordnet werden. Dies geschieht in der Regel im Rahmen einer Ortsplanungsrevision. Erst diese Zuordnung, die in vielen Gemeinden des Kantons nur zögernd an die Hand genommen wird, lässt gezielte und systematische Sanierungen im Lärmbereich zu. Trotzdem konnten im letzten Jahr allein im Bereich von Industrie und Gewerbe 616 Problemfälle gelöst werden.

2.5.10.3 Protection contre le bruit

En vertu de l'ordonnance fédérale sur la protection contre le bruit (OPB), il faut dans les plans d'aménagement local attribuer à chaque zone d'affectation un degré de sensibilité relatif au niveau de bruit toléré (valeurs limites). Cela se fait en général lors de la révision du plan d'aménagement local. Ce n'est que cette attribution (qui dans beaucoup de communes du canton n'est abordée qu'avec réticence) qui permet d'entreprendre des assainissements ciblés et systématiques dans le domaine de la pollution par le bruit. On a pourtant en 1989 résolu 616 cas dans le seul secteur de l'industrie et de l'artisanat.

2.5.11 *Anhang Industrie, Gewerbe und Arbeit*2.5.11 *Annexe industrie, arts et métiers et travail*Tabelle 1: *Industrielle Betriebe*

	1986	1987	1988	1989
Stand 1. Januar				
nach gesetzlicher Bereinigung	1215	1233	1235	1232
Abgänge durch:				
Betriebseinstellung	11	19	12	7
Sinken der Arbeitnehmerzahl	4	2	11	8
Betriebszusammenschluss	-	1	-	-
Betriebsverlegung	-	-	1	5
Total Abgänge	15	22	24	20
Zuwachs	33	24	21	24
Stand 31. Dezember	1233	1235	1232	1236
Veränderung absolut	+ 18	+ 2	- 3	+ 4
Veränderung in Prozent	+ 1,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3
Schweiz. Durchschnitt in Prozent	+ 0,8	- 0,1	- 0,3	- 0,3

Tabelle 2:
Plangenehmigungen und Betriebsbewilligungen

Plangenehmigungen	1986	1987	1988	1989
Anzahl	178	177	173	174
Umbaute m ³	1 339 362	1 256 901	1 280 843	1 323 695
Umbaute m ³ pro Objekt	7 525	7 101	7 404	7 607
Veränderungen der m ³ gegenüber dem Vorjahr	+ 77%	- 6%	+ 2%	+ 3%
Betriebs- und Einrichtungs- bewilligungen	142	104	177	125
Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr	+ 14%	- 27%	+ 70%	- 29%
Gutachten (Auflagen) für Baubewilligungsverfahren	288	270	367	428

Tabelle 3:
Unternehmen und Fahrzeuge (Chauffeurverordnung)

	1986	1987	1988	1989
Zahl der Unternehmer	2629	2702	2694	2705
Bestand an Lastwagen	5437	5533	5701	5893
Bestand an schweren Motorwagen ¹	-	-	4	54
Bestand an Sattelschleppern	451	478	497	544
Bestand an Sattel-motorfahrzeugen ¹	-	-	11	16
Bestand an Gesellschaftswagen	731	754	781	784
Bestand an Taxis	549	625	594	530
Bestand an gewerblichen Traktoren	96	99	108	115
Total Fahrzeuge	7264	7489	7696	7936

¹ ab 1988 andere Kategorie, bzw. BezeichnungTabelle 4:
Übersicht Ausländerkontingente, Zuteilungen 1989
(Kontingentsperiode: 1. 11. 1988–31. 10. 1989)

Kontingent	Branchen	Anzahl Kontingents-einheiten
Jahresaufenthalter	Industrie, Gewerbe, Verwaltung, Gastgewerbe und Hausdienst	362

Tableau 1: *Entreprises industrielles*

	1986	1987	1988	1989
Etat au 1 ^{er} janvier				
après mise à jour de la liste	1215	1233	1235	1232
Motifs de radiation:				
Cessation d'exploitation	11	19	12	7
Diminution du nombre des travailleurs	4	2	11	8
Fusion d'entreprises	-	1	-	-
Transfert d'entreprises	-	-	1	5
Total des radiations	15	22	24	20
Augmentation	33	24	21	24
Etat au 31 décembre	1233	1235	1232	1236
Différence en chiffres absolus	+ 18	+ 2	- 3	+ 4
Différence en %	+ 1,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3
Moyenne nationale en %	+ 0,8	- 0,1	- 0,3	- 0,3

Tableau 2:
Approbations de plans et autorisations d'exploiter

Approbations de plans	1986	1987	1988	1989
Nombre	178	177	173	174
Travaux de construction en m ³	1 339 362	1 256 901	1 280 843	1 323 695
Volume moyen en m ³ par objet	7 525	7 101	7 404	7 607
Différence du volume par rapport à l'exercice précédent	+ 77%	- 6%	+ 2%	+ 3%
Autorisations d'exploiter et d'équiper	142	104	177	125
Différence par rapport à l'exercice précédent	+ 14%	- 27%	+ 70%	- 29%
Expertises (charges) dans la procédure d'octroi du permis de construire	288	270	367	428

Tableau 3: *Entreprises et véhicules*
(ordonnance concernant les chauffeurs)

	1986	1987	1988	1989
Nombre d'entrepreneurs	2629	2702	2694	2705
Nombre de camions	5437	5533	5701	5893
Nombre de voitures automobiles lourdes ¹	-	-	4	54
Nombre de tracteurs à sellette	451	478	497	544
Nombre de véhicules à sellette ¹	-	-	11	16
Nombre de cars	731	754	781	784
Nombre de taxis	549	625	594	530
Nombre de tracteurs	96	99	108	115
Total des véhicules	7264	7489	7696	7936

¹ autres catégories ou désignations à partir de 1988Tableau 4:
Aperçu des contingents d'étrangers, attributions 1989
(période de contingent: 1. 11. 1988–31. 10. 1989)

Kontingent	Branches	Nombre d'unités du contingent
Résidents annuels	Industrie, artisanat, administration, hôtellerie, restauration, économie domestique	362

Kontingent	Branchen	Anzahl Kontingents- einheiten
	Gesundheits- und Fürsorgewesen, Erziehungswesen, Landwirtschaft	388
		750
Saisonniers	Baugewerbe Baunebengewerbe Hotel- und Gastgewerbe Übrige Wirtschaftszweige mit Saisoncharakter	4737 1202 7499 2009
		15 447
Kurzaufenthalter	Industrie, Handwerk und Handel Gastgewerbe Au-pair	245 201 89
		535

Tabelle 5:
Übersicht der erwerbstätigen Ausländer im Kanton Bern

Datum	Niederlasser	Jahres- aufenthalter	Saison- arbeiter	Grenzgänger	Total
31. 8. 1987	34 757	11 663	11 311	632	58 363
31. 8. 1988	35 543	13 163	12 257	747	61 710
31. 8. 1989	36 694	14 823	12 554	1 352	65 423
31. 12. 1987	35 085	12 331	1 290	661	49 367
31. 12. 1988	35 840	13 685	1 209	881	51 615
31. 12. 1989	36 869	15 176	685	1 455	54 185

Tabelle 6: Krisenhilfe

Für 1989 liegen noch keine genauen Zahlen vor

	1987	1988
Anzahl Bezüger von Krisenhilfe	494	326
Anzahl beteiligte Gemeinden	61	53
Anzahl entschädigte Tage	23 339,9	14 548,4
Entschädigungen an Versicherte	Fr.	Fr.
– zulasten Gemeinden	800 063.10	535 043.70
– zulasten Kanton	800 063.25	535 043.75
Beitrag des Kantons an die Gemeinden für Verwaltungskosten	4 940.–	3 260.–
Total Aufwendungen	1 605 066.35	1 073 347.45

Tabelle 7: Leistungen der kantonalen Arbeitslosenkasse
(Auszug)

Art der Entschädigung	Jahr	Anzahl Abrech- nungen	Anzahl Bezüger	Total
Ganzarbeitslosigkeit	1985	28 104	10 548	38 873 969.80
	1986	21 408	6 742	30 725 744.95
	1987	23 718	5 615	26 424 203.60
	1988	14 128	4 312	22 111 266.95
	1989	9 028	3 751	15 469 649.40
Kurzarbeit	1985	535	2 893	2 152 277.60
	1986	265	3 605	1 926 684.60
	1987	355	3 836	1 882 896.10
	1988	209	3 535	2 889 738.–
	1989	63	704	417 589.35
Schlechtwetter- entschädigung	1985	966	6 074	4 493 474.80
	1986	807	5 200	3 596 772.15
	1987	777	4 595	3 530 880.80
	1988	416	2 102	1 327 306.85
	1989	162	906	348 939.50

Contingent	Branches	Nombre d'unités du contingent
	Hygiène publique et œuvres sociales, instruction publique, agriculture	388
		750
Saisonniers	Construction Branches annexes de la construction Hôtellerie et restauration Autres secteurs économiques à caractère saisonnier	4 737 1 202 7 499 2 009
		15 447
Résidents temporaires	Industrie, artisanat et commerce Hôtellerie et restauration Au-pair	245 201 89
		535

Tableau 5: Aperçu des travailleurs étrangers dans le canton
de Berne

Date	Etablis	Annuels	Saisonniers	Frontaliers	Total
31. 8. 1987	34 757	11 663	11 311	632	58 363
31. 8. 1988	35 543	13 163	12 257	747	61 710
31. 8. 1989	36 694	14 823	12 554	1 352	65 423
31. 12. 1987	35 085	12 331	1 290	661	49 367
31. 12. 1988	35 840	13 685	1 209	881	51 615
31. 12. 1989	36 869	15 176	685	1 455	54 185

Tableau 6: Secours de crise

Aucun chiffre n'existe encore pour 1989

	1987	1988
Nombre de bénéficiaires	494	326
Nombre de communes participantes	61	53
Nombre de jours indemnisés	23 339,9	14 548,4
Allocations aux assurés	en francs	en francs
– à charge des communes	800 063.10	535 043.70
– à charge du canton	800 063.25	535 043.75
Contributions du canton aux communes pour frais de gestion	4 940.–	3 260.–
Total des dépenses	1 605 066.35	1 073 347.45

Tableau 7: Prestations de la Caisse cantonale de chômage
(extrait)

Types d'indemnités	Année	Nombre de décomptes	Nombre de bénéficiaires	Total
Chômage complet	1985	28 104	10 548	38 873 969.80
	1986	21 408	6 742	30 725 744.95
	1987	23 718	5 615	26 424 203.60
	1988	14 128	4 312	22 111 266.95
	1989	9 028	3 751	15 469 649.40
Réduction horaire de travail	1985	535	2 893	2 152 277.60
	1986	265	3 605	1 926 684.60
	1987	355	3 836	1 882 896.10
	1988	209	3 535	2 889 738.–
	1989	63	704	417 589.35
Indemnités pour intempéries	1985	966	6 074	4 493 474.80
	1986	807	5 200	3 596 772.15
	1987	777	4 595	3 530 880.80
	1988	416	2 102	1 327 306.85
	1989	162	906	348 939.50

Tabelle 8:
Immobilien-Treuhänder und Immobilien-Verwalter

Immobilien-Treuhänder	1987	1988	1989
Bestandene Prüfungen	106	140	172
Neu erteilte Bewilligungen	51	69	52
Bestand der Immobilien-Treuhänder 31. Dezember	393	462	514
Immobilien-Verwalter	1987	1988	1989
Bestandene Prüfungen	152	203	205
Neu erteilte Bewilligungen	25	22	15
Bestand der Immobilien-Verwalter am 31. Dezember	209	231	246

Tableau 8:
Régisseurs et courtiers en immeubles et gérants d'immeubles

Régisseurs et courtiers	1987	1988	1989
Examens réussis	106	140	172
Nouvelles autorisations	51	69	52
Effectif au 31 décembre	393	462	514
Gérants	1987	1988	1989
Examens réussis	152	203	205
Nouvelles autorisations	25	22	15
Effectif au 31 décembre	209	231	246

2.6 Wirtschaftliche Landesversorgung

Die Vorarbeiten für die ständige Bereitschaft der Organe der wirtschaftlichen Landesversorgung schreiten nur harzig voran. Einerseits fehlen auf Bundesebene teilweise die erforderlichen definitiven Grundlagen oder Konzepte (z. B. im Bereich Arbeitsdienst und -einsatz). Andererseits nehmen vor allem auf Gemeindeebene die Rekrutierungsprobleme zu. Dies ist unter andern auf die rechtliche Benachteiligung gegenüber andern Partnern der Gesamtverteidigung zurückzuführen. So ist etwa im Gegensatz zum Zivilschutz eine angemessene Reduktion des Militärpflichtersatzes für Dienstleistungen im Interesse der wirtschaftlichen Landesversorgung nicht möglich.

Die Ausbildung der Leiter der Gemeindestellen wurde fortgesetzt. Im Berner Jura wurden zwei Kurse und im übrigen Kantonsteil acht Kurse (im Vorjahr 5) durchgeführt. Im weitern nahmen Vertreter der Zentralstelle an Ausbildungsveranstaltungen der Gesamtverteidigung und des Kantonalen Führungsstabs teil.

Überarbeitet und den neuesten Erkenntnissen angepasst wurde der Bereich Ernährungsplanung. Ausserdem wurde eine Erhebung der Sägereien, Schreinerereien und Zimmereien durchgeführt. Gleichzeitig wurde dafür gesorgt, dass das erforderliche Sägereipersonal für den Fall einer Kriegsmobilmachung freigestellt wird. Bei einer derart prekären Situation müsste die Kapazität der Sägereien nämlich verdreifacht werden. Nur so können Armee und Zivilschutz mit dem erforderlichen Holz versorgt werden.

2.7 Sozialversicherung

2.7.1 Ausgleichskasse des Kantons Bern (AKB)

Die AKB erbrachte im Rechnungsjahr 1989 an die Bezüger aus allen Sozialversicherungsbereichen Leistungen von insgesamt 1,52 Mrd. Franken (1,48 Mrd. Fr.) Im gleichen Zeitraum wurden Beiträge von total 850 Mio. Franken (792 Mio. Fr.) verbucht. Die Beträge der einzelnen Versicherungszweige befinden sich in der Übersichtstabelle unter Ziffer 2.7.5.

2.7.2 Durchführung von Bundesaufgaben

Mit der Verordnung 90 vom 12. Juni 1989 über Anpassungen an die Lohn- und Preisentwicklung hat der Bundesrat die AHV- und IV-Renten um durchschnittlich 6,66 Prozent erhöht. Trotz der grossen Anzahl Rentner konnten die neuen Leistungen dank dem Einsatz entsprechender EDV-Mittel fristgerecht ausbezahlt werden.

2.6 Approvisionnement économique

Les travaux en vue d'assurer un état de préparation permanent des organes de l'approvisionnement économique ont progressé péniblement. D'une part, la Confédération n'a pas encore fourni toutes les bases ou conceptions définitives requises (p. ex. dans le domaine de l'engagement et de l'affectation de la main-d'œuvre). D'autre part, le recrutement à l'échelon communal pose des problèmes. L'approvisionnement économique est également désavantagé sur le plan juridique par rapport aux autres partenaires de la défense générale. Une réduction appropriée de la taxe militaire en échange de tâches qui seraient effectuées pour l'approvisionnement économique n'est entre autres pas possible, au contraire de la protection civile.

L'activité de formation des chefs des offices communaux s'est poursuivie. Deux cours ont été organisés au Jura bernois et huit cours (1988: 5) dans le reste du canton. En outre, les responsables de l'Office cantonal ont participé à des cours de formation organisés par la défense générale et l'état-major cantonal de conduite.

La planification alimentaire a été remanié et adapté aux données actuelles. Une enquête sur les scieries, les entreprises de charpenterie et de menuiserie a été réalisée. Il faut notamment veiller à ce que les scieries puissent disposer du personnel requis en cas de mobilisation de guerre. En effet, dans une situation aussi précaire, la capacité des scieries devrait tripler pour pouvoir fournir à l'armée et à la protection civile le bois nécessaire.

2.7 Assurance sociale

2.7.1 Caisse de compensation du canton de Berne (CCB)

Durant l'exercice comptable 1989, la CCB a versé aux ayants droit de toutes les branches de l'assurance sociale des prestations d'un montant global de 1,52 (1,48) milliard de francs. Durant le même exercice comptable, les cotisations comptabilisées se sont élevées à 850 (792) millions de francs. Les montants afférents à chaque branche de l'assurance sociale sont énumérés dans le tableau figurant sous le chiffre 2.7.5.

2.7.2 Exécution des tâches fédérales

Le Conseil fédéral a arrêté l'ordonnance 90 du 12 juin 1989 sur les adaptations à l'évolution des prix et des salaires dans le régime de l'AVS et de l'AI et augmenté les rentes AVS/AI de 6,66 pour cent en moyenne. Grâce à un système électronique approprié, les nouvelles prestations ont pu être versées à temps, malgré le grand nombre de rentiers.

Durch eine Änderung von Artikel 52^{bis} AHVV hat der Bundesrat eine Erleichterung bei der Anrechnung fehlender Beitragsjahre geschaffen. Die bereits im Sommer 1989 publizierte Änderung – sie tritt auf den 1. Januar 1990 in Kraft – wurde von vielen Rentnern falsch verstanden und führte zu unzähligen Anfragen und unnötigen Neuberechnungen von laufenden Renten. Die systematische Überprüfung der bisherigen Teilrenten wird die AKB noch weit ins Jahr 1990 beschäftigen.

Bei den Ergänzungsleistungen sind durch eine Verordnung vom 12. Juni 1989 die bundesrechtlichen Einkommensgrenzen, der höchstmögliche Mietzinsabzug und die Nebenkostenpauschale auf den 1. Januar 1990 neu festgelegt worden. Eine Neuregelung erfuhren auch die Bestimmungen über Vermögenswerte, auf die von Leistungsansprechern verzichtet wurde.

2.7.3 Durchführung kantonaler Aufgaben

Der Regierungsrat hat mit Verordnung vom 20. Januar 1989 über Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV die Einkommensgrenzen, den höchstmöglichen Mietzinsabzug und die Nebenkostenpauschale mit Wirkung auf den 1. Januar 1990 den neuen Höchstansätzen des Bundesrechts angepasst. Gleichzeitig wurden die maximalen Heimgewerbesteuererhöht.

Am 16. November 1989 verabschiedete der Grosse Rat des Kantons Bern in zweiter Lesung die Totalrevision des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELVG). Die Revision bezweckt die Entfernung sämtlicher zwingender Vorschriften des Bundes aus dem kantonalen Recht sowie die Aufnahme der vom Kanton festzulegenden Grenzwerte in eine Verordnung (vorher im Gesetz). Die entsprechende Verordnung über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (ELVK) erliess der Regierungsrat am 20. Dezember 1989. Beide Erlasse werden voraussichtlich am 1. Juli 1990 in Kraft treten. Die Anspruchsvoraussetzungen und die Durchführungsorganisation erfahren dadurch keine Änderung.

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat mit Dekret vom 20. November 1989 den Mindestansatz der Kinderzulage für Arbeitnehmer ab 1. Januar 1990 von bisher 115 Franken auf 125 Franken angehoben.

Die Arbeitgeber werden ab 1. Januar 1990 an die Familienausgleichskasse des Kantons Bern weniger bezahlen müssen. Durch Beschluss vom 20. Dezember 1989 hat der Regierungsrat den Arbeitgeberbeitrag von 1,8 auf 1,6 Lohnprozente herabgesetzt.

Durch ein weiteres Dekret hat der Grosse Rat am 23. Februar 1989 beschlossen, die massgebende Einkommensgrenze zum Bezug von Prämienbeiträgen an die Krankenversicherung und die Beiträge an die einzelnen Versicherungssparten zu erhöhen.

2.7.4 Verschiedene Aktivitäten

In der Folge der zweiten IVG-Revision ist die Bezügerzahl von sogenannten kleinen IV-Taggeldern erheblich angestiegen. Zur künftigen Bewältigung des Arbeitsanfalls wurde eine EDV-Lösung getestet, die Anfang 1990 in Betrieb genommen wird.

Beim Sekretariat der IV-Kommission erfolgten umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für eine EDV-Anwendung, die der Beschleunigung der Verfahrensabläufe dienen soll.

Für die Einführung und die Weiterbildung des Personals der Gemeindeausgleichskassen sind in allen Kantonsteilen mehrere Kurse in deutscher und französischer Sprache durchgeführt worden.

Par une modification de l'article 52^{bis} RAVS, le Conseil fédéral a créé une prise en compte facilitée des années de cotisations manquantes pour le calcul des rentes. Cette modification, entrant en vigueur au 1^{er} janvier 1990 et publiée durant l'été 1989 déjà, a été mal interprétée par de nombreux rentiers. Elle a provoqué des demandes innombrables et des recalculs inutiles de rentes en cours. La vérification systématique des rentes partielles versées préoccupera la CCB pendant toute l'année 1990.

Par l'ordonnance du 12 juin 1989 sur les prestations complémentaires, les limites de revenu du droit fédéral, la déduction maximale pour loyer et les montants forfaitaires pour les frais accessoires ont été nouvellement fixés avec effet au 1^{er} janvier 1990. Ont également été modifiées les dispositions réglant les parts de fortune dont se sont dessaisi des ayants droit.

2.7.3 Exécution des tâches cantonales

Par l'ordonnance du 20 janvier 1989 sur l'adaptation des prestations complémentaires (PC) à l'AVS/AI, le Conseil-exécutif a adapté, avec effet au 1^{er} janvier 1990, les limites de revenu, la déduction maximale pour loyer et les montants forfaitaires pour frais accessoires aux nouveaux taux maximaux du droit fédéral. En même temps, les taxes journalières de homes ont été relevées de 16 pour cent.

Le 16 novembre 1989, le Grand Conseil a arrêté (2^e lecture) la révision totale de la loi sur les PC à l'AVS/AI (LPCC). Cette révision avait pour but d'exclure de la loi cantonale les dispositions fédérales de nature impérative et d'édicter par voie d'ordonnance les valeurs limites à fixer par le canton. L'ordonnance y relative sur les PC a été arrêtée le 20 décembre 1989 par le Conseil-exécutif. Les deux dispositions entreront probablement en vigueur le 1^{er} juillet 1990. Les conditions de droit et l'organisation d'exécution ne subissent aucun changement.

Avec effet au 1^{er} janvier 1990, le Grand Conseil a relevé le taux minimal de l'allocation pour enfant aux salariés de 115 francs à 125 francs, selon décret du 20 novembre 1989.

Dès le 1^{er} janvier 1990, la cotisation des employeurs à la Caisse d'allocations familiales du canton de Berne sera diminuée. Par l'arrêté du 20 décembre 1989, le Conseil-exécutif a réduit la cotisation de 1,8 à 1,6 pour cent des salaires.

Le 23 février 1989, le Grand Conseil a décrété le relèvement des limites de revenu pour les contributions aux primes de l'assurance-maladie et les contributions aux différentes prestations de l'assurance-maladie.

2.7.4 Activités diverses

Suite à la 2^e révision de la loi sur l'assurance-invalidité, le nombre des bénéficiaires de la petite indemnité journalière s'est accru d'une façon telle que l'accomplissement des tâches a nécessité une application TED. Le nouveau système sera introduit au début de l'année 1990.

Le secrétariat de la commission AI a été chargé fortement par les travaux préparatoires d'une application TED, qui devrait permettre une accélération des affaires.

Des cours d'introduction et de perfectionnement du personnel des offices communaux de compensation ont été organisés dans toutes les parties du canton en langues allemande et française.

42 Gemeindeausgleichskassen erhielten eine neue Leitung. Die Regierungsstatthalter führten bei 166 Zweigstellen die Kontrollen im Sinne von Artikel 45 der Verordnung über die Ausgleichskasse des Kantons Bern und ihre Zweigstellen durch.

Die Beratende Kommission für das Kinderzulagengesetz trat zu einer Sitzung zusammen. Zur Behandlung stand eine Motion, die eine Erhöhung des Mindestansatzes der Kinderzulage verlangte.

42 nouveaux préposés à un office communal de compensation ont été nommés. Les préfets ont effectué le contrôle, au sens de l'article 45 de l'ordonnance sur la Caisse de compensation du canton de Berne et ses agences, de 166 offices communaux de compensation.

La commission consultative pour la loi sur les allocations pour enfants a siégé pour traiter une motion concernant l'augmentation du taux minimal de l'allocation pour enfant.

2.7.5 Tabellarische Übersicht¹

2.7.5 Aperçu statistique¹

2.7.5.1 Abrechnungspflichtige und Beiträge

2.7.5.1 Assujettis à décompte et à cotisations

	1988 Anzahl Nombre	Fr.	1989 Anzahl Nombre	Fr.	
Abrechnungspflichtige Arbeitgeber, Selbständigerwerbende und Nichterwerbstätige	73 299		74 690		Employeurs assujettis à décompte, indépendants et non actifs
Beiträge AHV/IV/EO/ALV		731 520 601		782 762 131	Cotisations AVS/AI/APG/AC
Beiträge für landwirtschaftliche Familienzulagenordnung Bund		1 119 505		1 255 239	Cotisations pour les allocations familiales dans l'agriculture (droit fédéral)
Beiträge für landwirtschaftliche Familienzulagenordnung Kanton		289 396		317 583	Cotisations pour les allocations familiales dans l'agriculture (droit cantonal)
Beiträge für die Familienausgleichs- kasse des Kantons Bern		59 322 066		65 747 032	Cotisations pour la Caisse d'al- locations familiales du canton de Berne
Total verbuchte Beiträge		792 251 568		850 081 985	Total des cotisations comptabilisées
Mahnungen	22 414		18 019		Sommations
Betreibungen	6 193		6 746		Poursuites
Arbeitgeberkontrollen	2 458		3 008		Contrôles d'employeurs

¹ Parlamentarier und Behörden erhalten auf Wunsch den ausführlichen Jahresbericht der Ausgleichskasse des Kantons Bern

¹ Les parlementaires et autorités peuvent se faire adresser, sur demande, le rapport annuel détaillé de la Caisse de compensation du canton de Berne

2.7.5.2 Sozialversicherungsleistungen

2.7.5.2 Prestations de l'assurance sociale

	1988 Anzahl Nombre	Fr.	1989 Anzahl Nombre	Fr.	
<i>Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)</i>					<i>Assurance-vieillesse et survivants (AVS)</i>
AHV-Renten	67 406		67 882		Rentes de vieillesse
Hilflosenentschädigungen an AHV-Rentner	1 624		1 704		Allocations pour impotents AVS
Ausgerichtete Leistungen		985 006 478		995 732 829	Prestations payées
<i>Invalidenversicherung (IV)</i>					<i>Assurance-invalidité (AI)</i>
IV-Renten	14 339		14 651		Rentes de l'AI
Hilflosenentschädigungen an IV-Bezüger	1 784		1 882		Allocations pour impotents AI
Ausgerichtete Leistungen		162 245 881		167 775 412	Prestations payées
<i>Erwerbsersatzordnung</i>					<i>Régime des allocations pour perte de gain</i>
Anzahl Bezüger	72 650		72 843		Ayants droit
Ausgerichtete Leistungen		52 150 211		51 446 133	Prestations payées
<i>Ergänzungsleistungen zur AHV/IV</i>					<i>Prestations complémentaires AVS/AI</i>
Ergänzungsleistungen	21 060		21 227		Ayants droit
Ausgerichtete Leistungen		196 471 306		209 013 237	Prestations payées
<i>Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Kleinbauern</i>					<i>Allocations familiales pour salariés et petits paysans</i>
Familienzulagen nach kantonalem Recht	6 163		6 033		Allocations familiales selon le droit cantonal
Ausgerichtete Leistungen		6 286 507		7 026 808	Allocations payées
Familienzulagen nach Bundesrecht	14 944		14 564		Allocations familiales selon le droit fédéral
Ausgerichtete Leistungen		21 607 597		21 756 596	Allocations payées
<i>Kinderzulagen für Arbeitnehmer; Familienausgleichskasse des Kantons Bern (FKB)</i>					<i>Allocations pour enfants aux salariés; Caisse d'allocations familiales du canton de Berne (CAB)</i>
Kinderzulagen	45 138		45 971		Allocations pour enfants
Ausgerichtete Leistungen		56 372 661		59 419 876	Allocations payées
<i>Krankenversicherung</i>					<i>Assurance-maladie</i>
Berechtigte	45 519		45 761		Ayants droit
Ausgerichtete Leistungen		7 640 835		7 847 261	Prestations payées
Total der Sozialversicherungs- leistungen		1 487 781 476		1 520 018 152	Prestations totales de l'assurance sociale

2.8 Kantonales Laboratorium2.8.1 *Allgemeine Bemerkungen*

Gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 8. Dezember 1905 sind die kantonalen Lebensmittelkontrollen gehalten, den eidgenössischen Aufsichtsbehörden jährlich Bericht zu erstatten über den Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen und über die dabei gemachten Beobachtungen. Dieser ausführliche Bericht, der namentlich auch viele fachtechnische Informationen an die Abteilung Lebensmittelkontrolle des Bundesamtes für Gesundheitswesen sowie über die Gift- und Badewasserkontrolle enthält, kann beim Kantonschemiker von interessierten Parlamentariern und Behörden angefordert werden. Es wird daher nachfolgend nur über einige Schwerpunktprobleme des Kantonalen Laboratoriums im Berichtsjahr informiert.

2.8.2 *Überblick über die Tätigkeit der kantonalen Lebensmittelkontrolle im Jahr 1989*

Die Arbeit der Lebensmittelkontrolle umfasst im wesentlichen die Inspektionstätigkeit im Aussendienst sowie chemische und mikrobiologische Untersuchungen im Laboratorium. Die Inspektionen im Aussendienst werden durch fünf kantonale Lebensmittelinspektoren wahrgenommen; ihnen stehen die haupt- oder nebenamtlichen Ortsexperten der Gemeinden zur Seite. Durch die Lebensmittelinspektoren wurden 1989 3411 (1988: 4036) Lebensmittelbetriebe (Gastwirtschaften, Fabrikationsbetriebe, Verkaufslokale usw.) auf vorschriftsgemässe Ordnung, Sauberkeit und Anpreisung von Lebensmitteln kontrolliert. Dabei mussten 1556 (1988: 1903) Beanstandungen ausgesprochen werden, insbesondere wegen mangelhaften Zustandes von Räumlichkeiten und Gerätschaften, unsachgemässer Lagerung sowie fehlerhafter Bezeichnung von Lebensmitteln. Zudem mussten die Lebensmittelinspektoren insgesamt 145 Tonnen verdorbene oder mit Rückständen verunreinigte Lebensmittel beschlagnahmen. Im Kantonalen Laboratorium wurden 1989 18 040 (1988: 17 891) Proben von Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen und Trinkwasser untersucht; dabei mussten deren 1933 (1988: 2023) beanstandet werden, hauptsächlich wegen Überschreitung der chemischen und insbesondere der mikrobiologischen Toleranzwerte.

Da die Lebensmittelkontrolle gezielt Schwachstellen im Lebensmittelverkehr zu erfassen versucht, sind die relativ hohen Beanstandungsquoten keineswegs repräsentativ für die effektive Qualitätssituation auf dem Markt.

2.8.3 *Atrazin und Nitrat im Trinkwasser*

Seit 1987 untersucht das Kantonale Laboratorium systematisch das Trinkwasser auf Verunreinigungen mit Atrazin. Dieser chemische Stoff wurde seit Jahren zur Unkrautbekämpfung in der Landwirtschaft, auf Bahnschottern und an Strassenrändern eingesetzt. Er ist im Boden schwer abbaubar und kann dadurch auch ins Trinkwasser gelangen. Nicht zuletzt nach Interventionen der Berner Regierung bei den zuständigen Bundesbehörden sind in den letzten Jahren die Atrazinanwendungen beim Gleisunterhalt und in der Landwirtschaft stark eingeschränkt oder gar eingestellt worden. Es liegen jetzt auch schon erste Erfolge vor. Im Jahre 1989 gingen die Atrazingehalte im Trinkwasser im allgemeinen leicht zurück. So zeigen

2.8 Laboratoire cantonal2.8.1 *Remarques générales*

Conformément aux dispositions de la loi fédérale du 8 décembre 1905 sur le commerce des denrées alimentaires et de divers objets usuels, les services cantonaux de contrôle des denrées alimentaires sont tenus de présenter aux autorités fédérales de surveillance un rapport annuel sur l'application des dispositions légales et sur les observations faites dans ce domaine. Ce rapport circonstancié, qui comporte notamment des renseignements concernant les contrôles des toxiques et des piscines ainsi que de nombreuses informations techniques à l'intention de la division du contrôle des denrées alimentaires de l'Office fédéral de la santé publique, peut être demandé au chimiste cantonal par les autorités et par les députés qui s'y intéressent. Le présent commentaire se limite par conséquent à évoquer quelques problèmes importants traités par le Laboratoire cantonal au cours de l'année.

2.8.2 *Aperçu des activités du Laboratoire cantonal de contrôle des denrées alimentaires en 1989*

Le travail du Laboratoire se subdivise pour l'essentiel en deux catégories: les inspections (service extérieur) et les examens chimiques et microbiologiques effectués dans le Laboratoire cantonal. Les inspections sont assurées par les cinq inspecteurs cantonaux des denrées alimentaires, qui sont aidés dans cette tâche par les experts locaux des communes travaillant à titre principal ou accessoire. En 1989, les inspecteurs des denrées alimentaires ont visité 3411 (1988: 4036) établissements (hôtels et restaurants, fabriques, magasins, etc.) afin de vérifier que sont respectées les dispositions légales d'ordre, de propreté et de désignation publicitaire applicables aux denrées alimentaires. Il a fallu établir 1556 (1988: 1903) contestations, portant notamment sur l'état insatisfaisant des locaux et des ustensiles, le stockage inadéquat ainsi que l'appellation non conforme de denrées alimentaires. Outre cette activité, les inspecteurs ont dû mettre sous séquestre 145 tonnes de denrées alimentaires avariées ou contaminées par des résidus. En 1989, le Laboratoire cantonal a analysé 18 040 (1988: 17 891) échantillons de denrées alimentaires, d'objets usuels et d'eau potable; 1933 (1988: 2023) d'entre eux ont fait l'objet d'une contestation, principalement en raison du dépassement des tolérances chimiques et microbiologiques.

Comme le Laboratoire s'efforce le plus souvent de faire porter ses contrôles sur les points faibles du commerce des denrées alimentaires, le taux relativement élevé des contestations n'est nullement représentatif de la qualité effective des produits proposés sur le marché.

2.8.3 *Atrazine et nitrate dans l'eau potable*

Depuis 1987, le Laboratoire cantonal analyse systématiquement l'eau potable afin de déceler toute pollution par atrazine. Cette substance chimique a été pendant des années employée comme herbicide dans l'agriculture et pour l'entretien des voies ferrées et des bords de routes. Or, l'atrazine est difficilement dégradable dans le sol et peut donc aussi contaminer l'eau potable. Les interventions du Gouvernement bernois auprès des autorités fédérales ne sont pas étrangères à la réduction et même à la suppression ces dernières années de l'atrazine pour l'entretien des voies ferrées et dans l'agriculture. On note déjà les premiers résultats. Ainsi en 1989, les teneurs en atrazine relevées dans l'eau potable ont en général

regelmässige Untersuchungen des Trinkwassers von 26 ausgewählten Trinkwasserfassungen mit erhöhten Atrazingehalten, dass die jeweils im Spätsommer aufgetretenen Maximalwerte der Atrazingehalte in den Jahren 1987 bis 1989 in 20 Fassungen um durchschnittlich 46 Prozent abgenommen haben. Bei den restlichen 6 Fassungen mussten entweder unverändert oder in 2 Fällen gar steigende Atrazingehalte beobachtet werden. Heute beziehen noch rund 5 Prozent der Bevölkerung des Kantons Bern Trinkwasser mit zuviel Atrazin. Dabei sind ausschliesslich Trinkwasserfassungen im Mittelland und im Berner Jura betroffen; im Berner Oberland ist das Trinkwasser bezüglich Atrazin von einwandfreier Qualität. Bei den im Kanton Bern geringfügigen Überschreitungen des Toleranzwertes für Atrazin besteht keine gesundheitliche Gefährdung für den Konsumenten. Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigen jedoch, dass die endgültige Lösung des Atrazinproblems beim Trinkwasser bedeutend mehr Zeit erfordern wird als ursprünglich von den Bundesbehörden angenommen.

Die Nitratbelastung des Trinkwassers war 1989 generell geringer als in den Vorjahren. So musste nur noch in 10 (1988: 19) Gemeinden das Trinkwasser der öffentlichen Versorgung beanstandet werden, weil der Toleranzwert von 40 Milligramm Nitrat pro Liter Trinkwasser nicht eingehalten werden konnte. Die deutlich reduzierte Nitratauswaschung in verschiedenen Grundwassergebieten dürfte in erster Linie auf die warme und trockene Witterung zurückzuführen sein, welche geringere Sickerwassermengen zur Folge hatte. Im übrigen ist Anfang 1989 in neun Testgebieten ein Programm zur Ursachenbekämpfung der Nitratauswaschung mit intensiver landwirtschaftlicher Beratung angelaufen. Schlüssige Resultate werden hier aber erst nach Ablauf einer ersten Versuchsphase in rund drei Jahren erwartet.

2.8.4 *Betriebshygienekontrollen in Restaurants und Gemeinschaftsverpflegungsküchen*

Mikrobielle Lebensmittelvergiftungen haben eine grosse gesundheitliche wie auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt. Die durch Mikroorganismen in Lebensmittel verursachten Erkrankungen respektive Vergiftungen und die dadurch bedingten Arbeitsausfälle haben in den letzten Jahren nämlich ein beträchtliches Ausmass angenommen. Dabei liegt der Grund für diese Erkrankungen nicht etwa in einer abnehmenden Resistenz der Bevölkerung, sondern vor allem bei den veränderten Essgewohnheiten. Früher verpflegte man sich im engeren Kreis der Familie mit jeweils frisch zubereiteten Lebensmitteln. Heute essen immer mehr Personen zumindest über den Mittag in einem Restaurant, einer Kantine oder Mensa, und die Lagerhaltung an vorgekochten und vorbereiteten Speisen gewinnt immer mehr an Bedeutung. So treten Lebensmittelvergiftungen häufiger auf, und sie betreffen oftmals einen grösseren Personenkreis.

Durch die Neueinstellung einer dritten Mikrobiologie-Laborantin konnten im Berichtsjahr 179 (1988: 120) Gastwirtschafts- und Gemeinschaftsverpflegungsbetriebe einer eingehenden Betriebshygienekontrolle unterzogen werden. Dabei werden nebst einer Inspektion der Räume und Einrichtungen auch Proben von leicht verderblichen Lebensmitteln aus Kühlschränken und Lagerräumen erhoben und im Labor untersucht. Wie schon im Vorjahr entsprachen nur in einem Drittel der überprüften Betriebe alle Proben den gesetzlichen Anforderungen. In den übrigen Betrieben mussten eine oder gar mehrere Lebensmittelproben wegen ungenügender mikrobiologischer Qualität beanstandet werden. Dabei ist zu beachten, dass vor allem sogenannte Problembetriebe erfasst wurden, weshalb die vorerwähnte Beanstandungsquote nicht repräsentativ ist für alle Restaurants im Kanton Bern. In der jeweils mit den Betriebsver-

légèrement diminué. De fait, les analyses faites régulièrement sur une sélection de 26 captages d'eau potable accusant des taux élevés d'atrazine montrent que les teneurs maximales en atrazine relevées à la fin de l'été des années 1987 à 1989 ont en moyenne baissé de 46 pour cent dans 20 captages, tandis que dans les 6 autres captages, on notait des teneurs inchangées, ou même croissantes dans 2 cas. Il reste encore aujourd'hui près de 5 pour cent de la population du canton de Berne qui est alimentée avec une eau potable contenant trop d'atrazine. Les captages concernés se situent exclusivement sur le Plateau et dans le Jura bernois. L'eau potable de l'Oberland est absolument irréprochable en ce qui concerne l'atrazine. Il faut néanmoins relever que les dépassements minimes de la tolérance d'atrazine dans le canton de Berne ne constituent aucun danger pour la santé des consommateurs. Les résultats des analyses tendent cependant à prouver que la solution du problème de l'atrazine dans l'eau potable prendra beaucoup plus de temps que les autorités fédérales ne le croyaient au départ.

La charge de nitrate dans l'eau potable a été en 1989 généralement plus faible que les années précédentes. Il n'y avait plus par exemple que 10 communes (1988: 19) où l'eau potable des alimentations publiques a dû être contestée, parce que la tolérance de 40 milligrammes de nitrate par litre était dépassée. La pollution par le nitrate nettement réduite dans les différentes zones de nappes phréatiques est certainement l'effet du temps chaud et sec et par là même de quantités moindres d'eau d'infiltration. En outre, début 1989, un programme de lutte contre la pollution par le nitrate a été mis en œuvre dans neuf régions tests, assorti d'une intense activité de conseils au secteur agricole. Les résultats probants ne sont toutefois pas attendus avant le terme d'une première phase d'essai, c'est-à-dire dans à peu près trois ans.

2.8.4 *Contrôles d'hygiène dans les restaurants et les cuisines d'établissements de restauration communautaire*

Les intoxications alimentaires d'origine microbienne ont acquis une grande importance dans le domaine de la santé mais aussi dans l'économie publique. Les affections et les intoxications dues aux micro-organismes dans les aliments, et les arrêts de travail qui s'ensuivent, ont pris une dimension considérable ces dernières années. La raison de ces affections n'est sans doute pas une diminution de la résistance des consommateurs, mais bien plutôt un changement des habitudes alimentaires. Jadis, on mangeait en famille des aliments frais et préparés à la maison. Aujourd'hui, les gens mangent de plus en plus, au moins le midi, dans un restaurant, une cantine ou autre, et la conservation d'aliments pré-cuits ou préparés devient chose de plus en plus courante. C'est ainsi qu'il y a plus fréquemment des intoxications alimentaires qui touchent souvent un assez grand nombre de personnes.

L'engagement d'une troisième laborantine en microbiologie a permis en 1989 d'augmenter le nombre des contrôles hygiéniques approfondis à 179 restaurants et établissements communautaires de restauration (1988: 120). Ce contrôle ne consiste pas seulement à inspecter les locaux et les installations, mais aussi à prélever dans les réfrigérateurs ou les entrepôts des échantillons de denrées alimentaires vite périssables qui sont ensuite analysés au Laboratoire. Comme l'année précédente, c'est seulement dans un tiers des établissements inspectés que les échantillons répondaient tous aux exigences légales. Dans les autres établissements, un ou plusieurs échantillons ont dû être contestés pour qualité microbiologique insuffisante. Il faut néanmoins rappeler ici que ce sont surtout les établissements dits problématiques qui ont été inspectés, c'est pourquoi le pourcentage de contestations n'est pas représentatif de tous les restaurants du canton de Berne. Dans

antwortlichen durchgeführten Ursachenanalyse konnte in fast allen Fällen ein Fehlverhalten im Umgang mit Lebensmitteln eruiert werden: Zu lange Lagerung oder mangelhafte Kühlung verderblicher Lebensmittel, ungenügende Personalhygiene usw. Die Ursachen für dieses Fehlverhalten liegen oftmals in der ungenügenden Ausbildung und im häufigen Wechsel des Küchenpersonals, wobei auch die Fremdsprachigkeit ein wesentliches Erschwernis darstellen kann. Diese heute unbefriedigende Situation liesse sich wesentlich verbessern, wenn dem Kantonalen Laboratorium Instruktionspersonal für eine gezielte Beratungs- und Weiterbildungstätigkeit im Gastgewerbe zur Verfügung stünde.

2.8.5 *Badewasserhygiene in Beckenbädern*

Im Kanton Bern gibt es heute 310 kontrollpflichtige Beckenbäder, davon 100 öffentliche Badeanlagen, 75 Bäder in Spitälern und Heimen, 70 in Hotels, 40 in Schulen, 15 in Wohnüberbauungen sowie 10 in Fitness- und Erholungszentren. Gemäss der Verordnung über die Schwimmbäder vom 12. November 1985 müssen sie über eine leistungsfähige Wasseraufbereitungsanlage verfügen, damit das Badewasser in chemischer und mikrobiologischer Hinsicht den hygienischen Anforderungen entsprechen kann. Diese Forderung ist in vielen älteren Badeanlagen, die für erheblich kleinere Benützerfrequenzen und geringere Hygieneansprüche gebaut wurden, nicht mehr erfüllt. Dies führt dazu, dass das Badewasserinspektorat jährlich rund ein Dutzend Anlagensanierungen anordnen und durchsetzen muss.

Wie bereits in früheren Jahren musste wiederum etwa jede fünfte Badewasserprobe wegen zu hoher Keimzahlen oder aufgrund eines übermässigen Harnstoffgehaltes beanstandet werden. Diese hohe Beanstandungsquote ist in Anbetracht der Fortschritte auf dem Gebiete der Badewasseraufbereitung nur schwer verständlich. Aber offenbar wird die durch leistungsfähigere Filter- und Entkeimungsanlagen erzielte Verbesserung durch erhöhte Belastungen (Zunahme der Badefrequenzen, starkes Aufkommen von Warmwasserbädern usw.) wieder aufgehoben.

Der aus Urin und Schweiß der Badegäste stammende Harnstoff kann entweder mit aufwendigen Spezialanlagen entfernt oder durch Verdünnung mit Frischwasser reduziert werden. Diese kostspieligen Massnahmen könnten erspart bleiben, wenn jeder Badende die einfachsten Hygienegrundsätze (vor jedem Bad gründlich duschen, das Bad niemals als WC benutzen) befolgen würde. Die diesbezüglich bisher gemachten Aufklärungsanstrengungen haben jedenfalls noch nicht zu einem durchschlagenden Erfolg geführt.

Zu hohe Bakterienzahlen im Badewasser deuten auf einen ungenügenden Zusatz von Desinfektionsmitteln hin, was meist auf eine schlechte Regulierung oder gar einen Defekt an der Dosierautomatik zurückzuführen ist. Der seriösen Überwachung der Anlageinstallationen und der regelmässigen Durchführung von Wasserkontrollen durch einen gründlich ausgebildeten Bademeister kommen daher entscheidende Bedeutung zu. Dies bedingt eine dauernde Weiterbildung dieser Badewasser-Fachleute.

2.9 **Wirtschafts- und Kulturausstellungen**

2.9.1 *Allgemeines*

Aufgrund der Ergebnisse der EFFISTA-Detailanalyse vom 30. Januar 1989 beantragte die Volkswirtschaftsdirektion

presque tous les cas, un entretien avec le responsable de l'établissement, visant à rechercher la cause des défauts, a permis de cerner une erreur de manipulation ou de stockage des aliments. Il s'agissait soit d'une conservation trop longue ou d'une réfrigération défectueuse d'aliments périssables, ou bien d'une hygiène insuffisante du personnel, etc. De telles erreurs de comportement sont souvent imputables à une formation insuffisante et au changement fréquent de personnel, difficultés probablement accrues par le problème des langues étrangères. On pourrait nettement améliorer cette situation aujourd'hui insatisfaisante en mettant à la disposition du Laboratoire cantonal du personnel d'instruction chargé de fournir conseils et perfectionnement professionnel au personnel de l'hôtellerie et de la restauration.

2.8.5 *Hygiène des eaux de bain dans les piscines*

Le canton de Berne compte aujourd'hui 310 piscines soumises à contrôle, dont 100 piscines publiques, 75 dans des hôpitaux et des foyers, 70 dans des hôtels, 40 dans des écoles, 15 dans des habitations collectives et 10 dans des centres de fitness et de convalescence. Aux termes de l'ordonnance du 12 novembre 1985 concernant les bains et les piscines, l'installation de traitement de l'eau doit être suffisamment efficace pour que l'eau de baignade soit d'une qualité chimique et microbiologique conforme aux normes d'hygiène. Cette exigence n'est plus remplie dans nombre de bains plutôt anciens, construits pour des fréquentations bien moindres et pour des conditions d'hygiène moins strictes. C'est pourquoi, l'inspection des piscines doit chaque année ordonner et faire exécuter près d'une douzaine d'assainissements d'installations.

Comme les années précédentes, il y a eu contestation d'environ un échantillon d'eau de bain sur cinq soit pour nombre de germes trop élevé soit pour teneur en urée trop forte. C'est un fort pourcentage de contestations qui est difficilement compréhensible si l'on considère les progrès réalisés dans le domaine du traitement de l'eau. Mais apparemment, l'amélioration apportée par les dispositifs de filtrage et de désinfection plus efficaces est annulée par d'autres facteurs de charge (augmentation de la fréquentation, gros succès des piscines thermales).

L'urée dans l'eau de baignade, dont l'urine et la sueur des baigneurs est à l'origine, peut soit être supprimée par de coûteuses installations spéciales, soit réduite par un apport d'eau fraîche. Ces mesures onéreuses pourraient être évitées si chaque baigneur se conformait aux principes élémentaires d'hygiène (se doucher avant chaque bain et utiliser les WC au lieu de la piscine). Tous les efforts d'information déployés en ce sens jusqu'à présent n'ont en tout cas pas encore amené de succès marquant.

Le nombre élevé de bactéries dans l'eau de baignade traduit un apport insuffisant de désinfectants, ce qui peut être imputable à un mauvais réglage ou même à un défaut du système de dosage. C'est là que ressort l'importance d'une surveillance sérieuse des installations et de contrôles réguliers de l'eau par un maître de piscine ayant une formation suffisante. Cela exige naturellement une formation professionnelle continue de techniciens des eaux de baignade.

2.9 **Expositions en matière économique et culturelle**

2.9.1 *Remarques générales*

Ayant pris connaissance des résultats de l'analyse détaillée EFFISTA du 30 janvier 1989, la Direction de l'économie publi-

dem Gesamtprojektausschuss EFFISTA, das AWK mit neuen Funktionen unter der Bezeichnung «Amt für Ausstellungen und Öffentlichkeitsarbeit» in die Staatskanzlei zu integrieren. Die sofort in Angriff genommenen Koordinationsgespräche zwischen den Direktbeteiligten führten dazu, dass das neu strukturierte Amt im Dekret über die Organisation der Staatskanzlei Aufnahme fand. Im Vortrag der Staatskanzlei an den Regierungsrat wurde dabei unter anderem auch auf die unterschiedlichen Leistungsaufträge für das Amt für Information und das Amt für Ausstellungen und Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen. Am 19. September 1989 hat die vorberatende Kommission des Grossen Rats das Organisationsdekret mit folgenden Überarbeitungsaufträgen zurückgewiesen:

- a) die beiden Ämter (Amt für Information und Amt für Ausstellungen und Öffentlichkeitsarbeit) sind in einem Amt zusammenzufassen,
- b) das neue Amt für Information und Öffentlichkeitsarbeit erhält eine einheitliche Führung,
- c) das neue Amt übernimmt von den bisherigen Aufgaben des Amtes für Ausstellungen und Öffentlichkeitsarbeit nur den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für den Kanton. Darunter fallen auch Ausstellungen, welche über die Leistungen der Staatsverwaltung orientieren oder im Interesse des Kantons Bern liegen.

Der Regierungsrat beantragte hingegen mit Bericht vom 29. September 1989 der Staatskanzlei den Verzicht auf eine Zusammenlegung der beiden Ämter und bestätigte gleichzeitig seinen Willen, die Aufgaben des Amtes für Wirtschafts- und Kulturausstellungen hinsichtlich der Gründung einer Trägerschaft für den Bereich Sammlung angewandte Kunst/Bibliothek zu überprüfen.

Die vorberatende Kommission entschied sich gegen die Regierung und wies den Antrag zurück. Der Grosse Rat beschloss am 6. November 1989 im Verhältnis von 84 zu 65 Stimmen im Sinne der Kommission. Die Debatte brachte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Wirtschafts- und Kulturausstellungen die Erkenntnis, dass die unkonventionellen und kostengünstigen Leistungen, die das Amt im Interesse des Gesamtkantons vollbringt, zu wenig bekannt waren.

Der Studienauftrag an vier Architekturbüros zur Renovation und teilweisen Umnutzung des Kornhauses Bern wurde am 9. Juni 1989 durch ein Beurteilungsgremium begutachtet. Der Gemeinderat der Stadt Bern beschloss aufgrund der Empfehlungen, die Projekte der Architekten Prof. Dolf Schnebli, Zürich, und Frank Geiser, Bern, weiterbearbeiten zu lassen. Gleichzeitig verlangte die Stadt Bern vom Regierungsrat eine verbindliche Aussage über die zukünftige Nutzung und Finanzierung durch das AWK. Bis zur Lösung dieser Fragen wird das weitere Vorgehen sistiert.

2.9.2 *Ausstellungstätigkeit*

Die mehrheitlich auf Jahre zurückgehende Planung des Veranstaltungskalenders berücksichtigt mit wenigen Ausnahmen die Bedürfnisse von kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Anliegen des Kantons und der Stadt Bern. In Verbindung mit diplomatischen Kontakten zwischen dem Regierungsrat und der Schweizer Botschaft in Finnland konnte ein Austauschprogramm festgelegt werden. Das Kornhaus erlebte eine finnische Designer-Ausstellung mit arktischem Hintergrund, und im Gegenzug wurden die organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um nächstes Jahr zwei Veranstaltungen mit schweizerischen Textilkünstlern zu präsentieren. Die von der Stiftung Pro Helvetia ermöglichte Darstellung über Schweizer Textilkunst sowie die von der kantonalen Kommission für angewandte Kunst finanzierte und erstmals in der Schweiz durchgeführte Papierkunst-Schau verzeichnete eine erfreulich hohe Beteiligung von Berner Künstlern. Alle drei Veranstaltungen stiessen auch auf

que a proposé à l'ensemble du comité de projet EFFISTA d'intégrer à la Section présidentielle l'Office des expositions en matière économique et culturelle, avec de nouvelles fonctions, et de le rebaptiser «Office des expositions et des relations publiques». Les négociations entre les intéressés ont été entamées immédiatement et ont conduit à modifier le décret d'organisation pour y intégrer l'Office. Le rapport présenté au Conseil-exécutif par la Section présidentielle faisait mention notamment des différences de cahiers de charges entre l'Office de l'information et l'Office des expositions et des relations publiques.

Le 19 septembre 1989, la commission consultative du Grand Conseil a rejeté le décret d'organisation et mandé les révisions suivantes:

- a) réunir les deux offices (information/expositions et relations publiques) en un seul office,
- b) placer le nouvel Office de l'information et des relations publiques sous un régime de direction unique,
- c) confier au nouvel office, parmi les anciennes tâches de l'Office des expositions et des relations publiques, seulement le domaine des relations publiques pour le canton, ce qui comprend aussi les présentations des activités de l'administration cantonale ou dans l'intérêt du canton de Berne.

Le Conseil-exécutif a proposé en revanche dans son rapport du 29 septembre 1989 de la Section présidentielle d'abandonner l'idée de fusionner les deux offices et confirmé également sa volonté d'étudier les tâches de l'Office des expositions en matière économique et culturelle en vue de la création d'un organe responsable du secteur Collection des arts appliqués/Bibliothèque.

La commission consultative a pris une décision contraire et rejeté la proposition du Conseil-exécutif. Le 6 novembre 1989, le Grand Conseil a tranché dans le même sens que la commission par 84 voix contre 65. Les collaborateurs de l'Office des expositions en matière économique et culturelle ont appris, par les débats, que les prestations originales et peu coûteuses que l'Office offre dans l'intérêt du canton entier, étaient par trop peu connues.

L'étude mandée à quatre bureaux d'architectes sur la rénovation et le changement partiel d'affectation de la Grenette de Berne a été examinée le 9 juin 1989 par un organe d'appréciation. Le Conseil de la Ville de Berne a suivi les recommandations et décidé de confier les projets au professeur Dolf Schnebli de Zurich et à M. Frank Geiser de Berne, tous deux architectes. La Ville de Berne a également demandé au Conseil-exécutif une déclaration avec force obligatoire sur l'utilisation future et le financement par l'Office. La suite est en suspens jusqu'à ce que réponse à ces questions soit trouvée.

2.9.2 *Expositions*

Les expositions sont programmées le plus souvent depuis des années de façon à tenir compte, à quelques rares exceptions près, des besoins culturels, économiques et politiques du canton et de la Ville de Berne. Par exemple, un programme d'échanges a été mis au point grâce aux contacts diplomatiques entre le Conseil-exécutif et l'ambassade suisse en Finlande. La Grenette a abrité une exposition de design finlandais avec arrière-plan arctique, et en retour, les premières démarches ont été entamées pour présenter l'année prochaine deux expositions d'artistes suisses du textile. Par ailleurs, la présentation d'art textile suisse, qui a été possible grâce à Pro Helvetia, ainsi que la première exposition d'art en papier en Suisse financée par la Commission cantonale des arts appliqués, ont bénéficié de la participation de nombreux artistes suisses. Ces trois expositions ont sans exception rencontré un écho supérieur à la moyenne dans les media suisses, alors que le taux de

ein überdurchschnittlich grosses Echo in den Schweizer Medien, wenn auch der Besucheraufmarsch unter den Erwartungen blieb. Im Gegensatz dazu erzielten die Galerie-Ausstellungen, deren Thematik auf die gleicherorts gezeigte Sammlung angewandte Kunst eingeht, ein überaus gutes Resultat. In angenehmer Zusammenarbeit mit Sachbearbeitern des Polizeikommandos und des Strassenverkehrs- und Schiffsamts entstand eine spektakuläre und didaktisch anspruchsvolle Ausstellung über das heikle Thema «Sicherheit im Strassenverkehr». Von Anfang an wurde berücksichtigt, dass Teile der Präsentation bei verschiedenen Gelegenheiten wieder verwendet werden können. Die erfolgreichen Käfigturm-Serien mit der Vorstellung eines Berner Regionalmuseums sowie einer Region vermitteln den Besuchern – sowie über die Medien einer hohen Zahl von Kantonsbürgern – weitgehend unbekanntes kulturelle, wirtschaftliche und geographische Eigenheiten unseres Kantons.

	Durchschnittliche tägliche Besucherzahl
<i>Ausstellungen Kornhaus grosser Saal</i>	
Arctic Design aus Finnland	88
Papier wird Kunst	122
Schweizer Textilkunst	128
Eidgenössisches Stipendium für angewandte Kunst	89
92. Weihnachtsausstellung des bernischen Kunstgewerbes	423
<i>Ausstellungen Kornhaus Galerie</i>	
Internationale Textile Spitzen	103
Der Weg zur modernen Landkarte	82
Sammlung Schweizer Keramik	100
Schenkung Brügger – Der Keramiker Jakob Stucki	75
Crafts Ireland	98
<i>Ausstellung Käfigturm</i>	
Museum Chüechlihus Langnau	116
Region Brienzersee–Haslital	121
Schweizer Textilkunst	116
Sicherheit erleben	142
Neue Bücher – Sonderschau «Wilhelm Tell»	90
<i>Auswärtige Ausstellungen</i>	
Bern BEA (Konsumerschutz)	

Weiterverwendung von Ausstellungen

Folgende Produktionen des AWK wurden durch Drittpersonen weiterverwendet:
 Berner Wald (Spiez, Biel), Landkarten (Zürich, Luzern), Region Seeland (Ins), Naturschutz (Langnau, Innertkirchen, Schmiten).

2.9.3 Gewerbebibliothek

Die Zahl der Benutzer wie auch der Bestand an ausgeliehenen Büchern, Zeitschriften und Vorlagen konnte auf dem Vorjahresstand gehalten werden. Als Thema einer Diplomarbeit ist mit der Reorganisation der umfangreichen und nicht katalogisierten Plakatsammlung begonnen worden. Eine massvolle Redimensionierung dieses aus der Frühzeit des Amtes stammenden Bestandes soll dazu führen, in Zukunft nur noch das bernische Zeitgeschehen mit Beispielen aus Kultur, Wirtschaft und Politik zu dokumentieren und eine praktikable Nutzung zu ermöglichen.

2.9.4 Öffentlichkeitsarbeit

Das Jubiläumsjahr 1991 wirft seine langen Schatten voraus. So ist das AWK neben der Arbeitsgruppe 700 Jahre Eidgenossenschaft und dem Stiftungsrat BE 800 in folgenden Projektgruppen an vorderster Front vertreten: Vision BE 800, High Tech BE 800, Sponsoring BE 800, Jubiläum 1891, Medizin in

visiteurs est resté en-dessous de toutes les espérances. En revanche, c'est un plus grand succès public qu'ont rencontré les expositions de la Galerie, dont les thèmes sont liés à la Collection des arts appliqués qui y est présentée. La collaboration très agréable avec le Commandement de la police et l'Office de la circulation routière et fluviale a permis de mettre sur pied une exposition spectaculaire et didactique à la fois sur le thème délicat de la sécurité dans la circulation routière. L'exposition a été conçue de sorte que certaines parties pourraient être réutilisées à différentes occasions. Les séries très réussies de la Tour des Prisons, soit autour d'un musée régional bernois soit d'une région, font connaître aux visiteurs tout comme, par le biais des media, à bon nombre de citoyens du canton, des particularités culturelles, économiques et géographiques pratiquement inconnues de notre canton.

	Moyenne quotidienne des visiteurs
<i>Expositions dans la grande salle de la Grenette</i>	
Arctic Design de Finlande	88
L'art en papier	122
Art textile suisse	128
Bourse fédérale des arts appliqués	89
92 ^e exposition-vente de Noël des arts décoratifs bernois	423
<i>Expositions à la Galerie de la Grenette</i>	
Exposition internationale de dentelles	103
Naissance des cartes topographiques modernes	82
Collection de céramique suisse	100
Donation Brügger – le céramiste Jakob Stucki	75
Artisanat d'art irlandais	98
<i>Expositions à la Tour des Prisons</i>	
La Musée «Chüechlihus» de Langnau	116
Région du lac de Brienz et du Haslital	121
Art textile suisse	116
Vivre la sécurité	142
Les nouveautés du livre – «Tell au quotidien»	90
<i>Autres expositions</i>	
Berne BEA (protection des consommateurs)	

Continuation des expositions

Des tiers ont utilisé les productions suivantes de l'Office:
 La forêt bernoise (Spiez, Bienne), Cartes topographiques (Zürich, Lucerne), Seeland (Anet), Protection de la nature (Langnau, Innertkirchen, Schmiten).

2.9.3 Bibliothèque des arts et métiers

Le nombre des utilisateurs tout comme l'effectif des livres, revues et documents prêtés sont restés au même niveau que l'année dernière. La réorganisation de la très riche collection d'affiches, qui n'est pas encore inventoriée, a été entamée en même temps qu'elle constitue le sujet d'une thèse. En redimensionnant avec modération cette collection qui date des débuts de l'Office, on doit arriver à documenter une chronique bernoise au moyen d'exemples de la culture, de l'économie et de la politique et à en permettre une utilisation pratique.

2.9.4 Relations publiques

1991, année du 700^e anniversaire, s'approche à grands pas. L'Office non seulement fait partie du groupe de travail 700 ans de Confédération et du conseil de la fondation BE 800, mais il est aussi à l'avant-scène des groupes de projets suivants: Vision BE 800, High Tech BE 800, Sponsoring BE 800, Jubi-

Bern, Bärner Visite, Ausstellungen Kanton Uri, Karikaturen 700 Jahre CH und Bern-Aargau-Ausstellung.

Die in den letzten Jahren konsequent ausgebaute Dia-Sammlung über den Kanton wird regelmässig für Pressedokumentationen und Publikationen benützt. Folgende Regionalmuseen erfuhren Detailberatungen: Meiringen, Spiez, Erlenbach, Thun (Gastronomiemuseum, Vaporama), Langnau und Schwarzenburg.

Publikationen: Papier wird Kunst, Textilkunst Schweiz, Der Weg zur modernen Landkarte, Der Keramiker Jakob Stucki.

2.9.5 Rahmenveranstaltungen

Das AWK wurde vom Verband der Museen der Schweiz als Instruktionsbeispiel für die laufende Ausbildung von Konservatoren im Themenbereich «Wechselausstellungen» ausgewählt. Dieser Kurs soll in den nächsten Jahren wiederholt werden.

2.9.6 Sammlung angewandte Kunst

Das Amt für Wirtschafts- und Kulturausstellungen verfügt über keinen Ankaufskredit. Der Sammlungsbestand kann nur mit Hilfe der kantonalen Kommission für angewandte Kunst, über den von Privaten gespiesenen privatrechtlichen Fonds oder durch Schenkungen aktualisiert und vergrössert werden, wobei die Kunstobjekte ins Eigentum des Staates übergehen. Aus dieser Sicht muss die umfangreiche und wertvolle Schenkung des Ehepaares Vreni und Fritz Brügger-Scherz mit einer Keramiksammlung des Künstlers Jakob Stucki, Langnau, als ausserordentlich wichtiges Ereignis eingestuft werden. Jakob Stucki gilt als einer der bedeutendsten Keramiker der Schweiz. Insgesamt konnte die Sammlung angewandte Kunst um 52 Objekte im Wert von 400 000 Franken angereichert werden.

2.9.7 Besucherstatistik

	1989	1988
<i>Kornhaus</i>		
Grosser Saal	28 575	50 262
Galerie (Sammlung)	21 959	15 190
<i>Käfigturm</i>		
Informationszentrum	17 535	16 611
Konferenzräume	14 037	14 602
Ausstellungsräume	26 671	26 394
<i>Gewerbebibliothek</i>		
Benutzer	17 930	18 847
Ausgeliehene Bücher	8 013	8 371
Ausgeliehene Zeitschriften	1 510	1 506
Ausgeliehene Vorlagen	1 591	863

2.10 Berufsberatung

Drei Entwicklungen im Bereich der Berufsberatung sollen diesmal dargestellt werden:

a) Bürgernähe der Berufsberatung

Die vielfältigen Dienstleistungen müssen möglichst bürgernah erbracht werden. Dazu ist nebst der dezentralen Organisation unbedingt erforderlich, die Bedürfnisse der Ratsuchenden möglichst klar zu erkennen und die Beratungsmethoden und

leum 1891, Médecine à Berne, Visite bernoise, Expositions du canton d'Uri, Caricatures 700 ans de CH et Exposition Berne-Argovie.

La collection de diapositives sur le canton montée avec constance depuis des années a été utilisée régulièrement pour de la documentation de presse et des publications. Les musées régionaux suivants ont bénéficié de conseils détaillés: Meiringen, Spiez, Erlenbach, Thoun (Musée de la gastronomie, Vaporama), Langnau et Schwarzenbourg.

Publications: L'art en papier, Art textile suisse, Naissance des cartes topographiques modernes, Le céramiste Jakob Stucki.

2.9.5 Autres manifestations

L'Office a été choisi par l'Association des musées suisses pour servir de modèle d'instruction à la formation courante de conservateurs dans le secteur des «expositions alternantes». Ce cours sera répété ces prochaines années.

2.9.6 Collection des arts appliqués

L'Office ne dispose d'aucun crédit d'achat. La collection ne peut donc être actualisée et augmentée qu'avec l'aide de la Commission cantonale des arts appliqués, par le Fonds de droit privé alimenté par des particuliers et au moyen de donations. Les œuvres d'art acquises deviennent propriété de l'Etat. C'est pourquoi, ce fut un événement extrêmement important que la donation des époux Vreni et Fritz Brügger-Scherz qui ont offert la précieuse et vaste collection de céramiques de Jakob Stucki de Langnau, un des artistes céramistes suisses les plus connus. La Collection des arts appliqués s'est ainsi enrichie de 52 objets pour une valeur de 400 000 francs.

2.9.7 Statistique des visiteurs

	1989	1988
<i>La Grenette</i>		
Grande salle	28 575	50 262
Galerie (collection)	21 959	15 190
<i>Tour des Prisons</i>		
Centre d'information	17 535	16 611
Salles de conférence	14 037	14 602
Salles d'exposition	26 671	26 394
<i>Bibliothèque des arts et métiers</i>		
Utilisateurs	17 930	18 847
Livres prêtés	8 013	8 371
Revue prêtées	1 510	1 506
Documents prêtés	1 591	863

2.10 Orientation professionnelle

L'orientation professionnelle a connu trois développements importants:

a) L'orientation professionnelle accessible à tous

L'offre de prestations doit le plus possible répondre aux attentes de chacun. Pour ce faire, il est nécessaire de disposer d'une structure décentralisée, de déceler avec clarté les besoins des consultants et d'adapter les méthodes et les moyens de

-mittel sowie die Informationsmöglichkeiten rasch dem Wandel der Zeit anzupassen. Dieses Ziel wird durch die enge Zusammenarbeit mit Schule, Eltern und der Wirtschaft angestrebt. Erwachsenen werden Kurse angeboten, die sie in die Lage versetzen, ihre beruflichen Veränderungswünsche und -zwänge bewusster zu erfassen und auszudrücken. Schülern ab dem siebten Schuljahr wird berufswahlvorbereitender Unterricht erteilt. Die Lehrer werden dafür im Rahmen der Lehrerfortbildung und in Zusammenarbeit mit der Berufsberatung ausgebildet und in der Praxis unterstützt. Die vom KABB herausgegebenen Informationsmittel (vgl. Ziff. 2.10.1.3) bilden die Brücke zwischen Wirtschaft und Berufs- bzw. Laufbahnwählenden.

b) *Dezentrale Organisation*

Das Netz der regionalen Berufsberatungsstellen ist bewusst recht breit gefächert angelegt, d.h. dezentralisiert. Mehrere der insgesamt 18 Organisationseinheiten (Gemeinden oder Gemeindeverbände als Träger) unterhalten aus demographisch oder verkehrstechnisch zwingenden Gründen noch Zweigstellen, welche permanent oder teilzeitlich besetzt sind. So ist es jedem Jugendlichen und Erwachsenen möglich, seine Berufsberatungsstelle in der Nähe seines Wohnortes aufzusuchen.

c) *Berufsinformationszentren (BIZ)*

Seit Jahren kann das zunehmende Bedürfnis der Bevölkerung nach sachlicher, möglichst umfassender, beratungsunabhängiger Information über Berufe, Fortbildung, Laufbahnmöglichkeiten usw. festgestellt werden. Das betrifft schulaustretende Jugendliche, aber auch Erwachsene, Arbeitslose, Wiedereinsteigerinnen, Veränderungswillige. Im einen oder andern Fall genügt diese Information, um zu einem Berufswahlentscheid zu kommen. Die persönliche Beratung wird damit nicht aufgehoben, sondern auf eine bessere Basis gestellt.

Im Beruflichen Informationszentrum (BIZ) stehen dem Ratsuchenden generelle Unterlagen zur Berufswahl, berufskundliche Schriften, spezielle Ordner für schulische Ausbildungen für Erwachsene, Arbeitslose usw., dazu Abspielgeräte für Tonbildschauen und Videofilme zur Auswahl. Während der Öffnungszeiten der BIZ ist immer ein Berater oder ein Dokumentalist anwesend, um im Bedarfsfall zu helfen oder zusätzliche Informationen zu vermitteln.

Bei den Schulaustretenden ist eine neue Entwicklung klar zu erkennen und zu fördern. Erfolgte früher der erste Kontakt mit dem Berufsberater anlässlich eines Schulbesuchs, finden sich heute viele Lehrer mit ihren Schülern zu einer ersten Information im BIZ ein. Die meisten Berufsberatungsstellen verfügen bereits über ein BIZ. Es ist die klare Zielsetzung, dass jede Stelle damit ausgerüstet werden soll. Durch diese dezentralisierte Einrichtung der BIZ bei den Berufsberatungsstellen werden die Bürgernähe gefördert und Schwellenängste abgebaut. Die Wichtigkeit der BIZ wird auch belegt durch die Zahl der Besucher: ganzer Kanton: 32 454, Stadt Bern: 10 296, Thun: 4 356, Tavannes: 2 391.

2.10.1 *Tätigkeit des KABB*

Das KABB und einzelne regionale Stellen begannen mit einem neuen Angebot in Form von Abendkursen in Gruppen für Erwachsene unter dem Thema «beruflich verändern». Die ersten Erfahrungen sind sehr ermutigend. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligten sich an Projekt- und Arbeitsgruppen innerhalb des KABB, aber auch überregional und teils

consultation ainsi que les possibilités d'information aux exigences actuelles. La poursuite de ces objectifs implique une étroite collaboration avec les écoles, les parents et l'économie. Les adultes ont la possibilité de suivre des cours qui les aident à prendre conscience de leurs désirs et éventuellement de la nécessité de changer de profession de même qu'à verbaliser leurs problèmes. A partir de la 7^e année de scolarité obligatoire, les élèves sont préparés au choix professionnel dans le cadre de l'enseignement ordinaire. Les maîtres suivent dans ce but des cours de perfectionnement organisés avec la participation de l'orientation professionnelle et sont encadrés dans cette activité pratique. Les documents publiés par l'OCOP (cf. ch. 2.10.1.3) assurent le lien entre le monde de l'économie et ceux et celles qui sont placés devant le choix d'une profession ou d'une carrière.

b) *Une organisation décentralisée*

Le réseau des offices régionaux d'orientation professionnelle a été sciemment élargi, voire décentralisé. Plusieurs parmi les 18 unités d'organisation (communes ou syndicats de communes en tant qu'organes responsables) gèrent en outre des bureaux fonctionnant en permanence ou à temps partiel pour des raisons liées à l'aspect démographique ou aux moyens de transport. Ainsi, jeunes et adultes ont la possibilité de s'adresser à l'office qui se trouve à proximité de leur lieu de domicile.

c) *Centres régionaux d'information professionnelle (CRIP)*

Depuis des années déjà, la population demande de plus en plus d'informations objectives, si possible complètes, en dehors de toute consultation, sur les professions, le perfectionnement, les carrières possibles, etc. Ce ne sont pas seulement les jeunes quittant l'école obligatoire mais aussi les adultes, les chômeurs, les personnes en quête de réinsertion professionnelle ou d'un changement de profession. Cette information suffit parfois pour une prise de décision. La consultation individuelle n'en est pas pour autant inutile mais elle repose sur une base plus solide.

Le centre met à disposition une documentation générale concernant le choix d'une profession, une information spécifique sur des professions, des classeurs conçus spécialement pour des formations destinées aux adultes, aux chômeurs, etc. sans omettre les séries de diapositives et les vidéos. Un conseiller ou un documentaliste est toujours présent durant les heures d'ouverture pour pouvoir, si nécessaire, donner des conseils ou des informations supplémentaires.

Une nouvelle tendance se dessine parmi les jeunes quittant l'école obligatoire, tendance qu'il faut encourager. Alors qu'auparavant le premier contact avec le conseiller n'avait lieu que lors de sa visite à l'école, bon nombre de maîtres se rendent actuellement avec leurs élèves dans un centre pour une première séance d'information. La plupart des offices d'orientation professionnelle sont équipés d'un centre d'information. L'objectif avoué est d'équiper chaque office d'un tel centre. La décentralisation de l'information en matière de professions permet d'aller à la rencontre de chacun et de diminuer la crainte de devoir faire le premier pas. L'importance des centres est aussi prouvée par le nombre des visiteurs: total du canton: 32 454, Ville de Berne: 10 296, Thoun: 4 356, Tavannes: 2 391.

2.10.1 *Activités de l'OCOP*

L'OCOP et certains offices régionaux ont lancé une nouvelle formule qui consiste à offrir des cours du soir en groupes pour adultes sur le thème «changement d'orientation». Les premières expériences sont très encourageantes. Tous les collaborateurs et collaboratrices ont pris part à des groupes de projet ou de travail au sein de l'OCOP, à l'échelon suprarégional ou natio-

gesamtschweizerisch. Durch interne Umstellung konnte – nicht zuletzt durch den beachtlichen Informatisierungsstand – das Schwergewicht im Bereich Dokumentation/Information ohne Zusatzstellen personell verstärkt werden. Die Detailanalyse des KABB gemäss EFFISTA-Bericht wurde mit der Erhebung des Ist-Zustandes in Angriff genommen. Der Sollzustand soll aufgrund eines Leitbildes «Berufsberatung 2000» zukunfts ausgerichtet festgelegt und im Frühjahr 1990 als Bericht vorgelegt werden.

2.10.1.1 Fortbildung des Personals/der Fachkräfte (Berufsberater, Berufsinformatoren usw.)

Die fachliche Kompetenz muss nicht nur erhalten, sondern ständig erweitert und vertieft werden. Ergänzend zur externen Fortbildung der Berufsberater führte das KABB zahlreiche eigene Kurse und Fortbildungsveranstaltungen durch.

2.10.1.2 Rechnungswesen

Das Neue Rechnungsmodell (NRM) ist bei allen Trägergemeinden und Gemeindeverbänden eingeführt und hat sich gut bewährt. Die Auszahlung der Staatsbeiträge wurde damit ebenfalls erleichtert. Der Budgetrahmen konnte eingehalten werden.

2.10.1.3 Berufsinformation

Für das schweizerische Informatisierungsprojekt für Berufs- und Schulkunde CH-OR, an welchem sich sämtliche Kantone beteiligen, konnte die Voranalyse abgeschlossen werden. Das Vernehmlassungsverfahren zum Vorbericht ist bei den Kantonen und beim Bund im Gang.

Für die Schulen und die ganze Bevölkerung wurden zahlreiche Informationsmittel erstellt, wie z.B.: «Schulische Bildungswege», «Weiterbildung für Automechaniker», «Gewerbliche und industrielle Schneiderberufe».

2.10.2 Berufsberatungsstatistik

Im Berichtsjahr suchten rund 10 000 Ratsuchende die Berufsberatung auf. Mit dem Langschuljahr 88/89 wurde vom Frühjahr- auf den Spätsommerschulbeginn umgestellt. Die Berufsberatungsstatistik bezieht sich neu auf einen Erfassungszeitraum von 15 Monaten. Direkte Vergleiche zu den Zahlen des Vorjahres sind nicht möglich.

Vergleichen lassen sich einzig die relativen Anteile der einzelnen Altersgruppen am Total der Beratungen. Hier zeigt sich, dem Trend der letzten Jahre folgend, eine weitere Abnahme des Anteils der 14- bis 16jährigen und eine verstärkte Zunahme bei den über 20jährigen.

2.11 Berufsbildung

2.11.1 Allgemeines

2.11.1.1 Kantonale Berufsbildungskommission

Die Kantonale Berufsbildungskommission (BBK) als beratendes Organ behandelte im Berichtsjahr wiederum zahlreiche

nal. Par le biais d'une réorganisation interne, il a été possible – grâce aussi à l'informatisation – de renforcer le domaine de la documentation/information sans avoir recours à du personnel supplémentaire. Recommandée dans le rapport EFFISTA, l'analyse du cahier des charges de l'OCOP et de la situation actuelle a débuté. La conception à élaborer sur «l'orientation professionnelle à l'horizon 2000» devrait permettre d'esquisser les données futures. Elle fera l'objet d'un rapport qui paraîtra au printemps 1990.

2.10.1.1 Perfectionnement du personnel (conseillers, informateurs professionnels)

Il ne s'agit pas seulement de maintenir les compétences professionnelles des conseillers et conseillères mais aussi de les élargir. Aussi, l'OCOP a-t-il organisé, pour compléter l'offre de cours de perfectionnement externes, un certain nombre de cours et de manifestations.

2.10.1.2 Aspect financier

Le nouveau modèle de compte (NMC) a été introduit au sein de tous les organes responsables (communes et syndicats de communes) et a fait ses preuves. Il a aussi permis de faciliter le versement des subventions cantonales. Les limites fixées dans le budget ont été respectées.

2.10.1.3 Information professionnelle

L'analyse préliminaire en vue de la mise au point du projet suisse d'informatisation des données relatives aux professions et aux voies scolaires (CH-OR) à laquelle tous les cantons participent est terminée. Le rapport est en consultation auprès des cantons et de la Confédération.

De nombreuses brochures d'information ont été rédigées à l'intention des écoles et de la population. Citons notamment: «Schulische Bildungswege», «Weiterbildung für Automechaniker», «Gewerbliche und industrielle Schneiderberufe».

2.10.2 Statistiques de l'orientation professionnelle

En 1989, quelque 10 000 personnes ont eu recours aux services de l'orientation professionnelle. L'année scolaire prolongée 1988/89 a débuté à la fin de l'été. Les statistiques de l'orientation professionnelle couvrent dorénavant une période de 15 mois. Une comparaison directe avec les chiffres de l'année précédente est donc impossible.

Il est seulement possible d'établir une comparaison entre différents groupes d'âge par rapport au total des consultations. Il apparaît que la demande des «plus de 20 ans» a tendance à augmenter plus nettement encore, comme les années précédentes, alors que celle des jeunes de 14 à 16 ans continue de baisser.

2.11 Formation professionnelle

2.11.1 Généralités

2.11.1.1 Commission cantonale pour la formation professionnelle

La commission a traité, en tant qu'organe consultatif, bon nombre de questions et de problèmes relevant des compéten-

Fragen und Probleme aus dem vom Amt für Berufsbildung zu betreuenden Vollzugsbereich. Eindeutige Schwerpunkte bildeten der Bericht über die Schulorganisation im Berufsschulwesen (vgl. Ziff. 2.11.3) und die Revision der Verordnung über das Personalwesen an Schulen und Institutionen der Berufsbildung (VPB).

2.11.1.2 Verordnungen

Bei der erwähnten Teilrevision der VPB sind als Neuerungen die Senkung der Pflichtlektionenzahlen für die Lehrkräfte an Berufsschulen, Lehrwerkstätten, Werkjahren, Handelsmittelschulen und Verkehrsschulen, der Einbau ausführlicher Bestimmungen für die nebenamtlichen Lehrkräfte sowie Verbesserungen bzw. Präzisierungen in den Anstellungs- und Besoldungsbedingungen für einzelne Lehrerkategorien zu nennen. Die revidierten Vorschriften traten auf den 1. April bzw. den 1. August in Kraft. Im Zuge der Realloohnerhöhungen für das Staatspersonal waren auch die Besoldungen für die Berufsschullehrer anzupassen. Dies geschah durch eine entsprechende Revision von Anhang 1 zur VPB, welche auf 1. Juli in Kraft gesetzt wurde.

Die Teilrevision der Verordnung über die Berufslehre (VBL) stand im Zeichen von Reorganisationsmassnahmen im Amt für Berufsbildung (Abteilung Berufslehre) als Folge der Einführung des Informatikprojektes LEON. Hinzu kam die notwendige Neuordnung der Entschädigungen für die Mitglieder der Lehraufsichtskommissionen (LAK) und Prüfungskommissionen sowie für die Prüfungsexperten. Schliesslich war die Verordnung auch entsprechend der Änderung des kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung in bezug auf die Wahl der LAK-Mitglieder anzupassen.

2.11.1.3 Informatikprojekt LEON

Die Einführung des neuen Systems konnte trotz einiger Verzögerungen in Zusammenarbeit mit der Lieferfirma vorangetrieben werden. Seit Sommer 1989 steht die Büroautomation (Textverarbeitung und Bürokommunikation) für einen Teil der Amtsmitarbeiter zur Verfügung. Die Produktivität konnte dadurch erheblich gesteigert werden. Die gesamte EDV-Lösung soll bis spätestens im September 1990 vollumfänglich produktiv eingesetzt werden können.

2.11.2 Berufslehre

Im Hinblick auf die Einführung der EDV sind die Verwaltungsabläufe und die interne Organisationsstruktur überprüft worden. Die Abteilung Berufslehre musste reorganisiert werden. Im Vordergrund steht die fachtechnische Unterstellung der nebenamtlich geführten LAK unter die regionalen Aussenstellen (neu als Kreisleitungen bezeichnet). Es handelt sich dabei um die bereits bekannten fünf Prüfungskreise für gewerblich-industrielle Berufe mit den bestehenden hauptamtlichen Sekretariaten in Thun, Bern, Burgdorf, Biel und Malleray. Die nebenamtlich geführten LAK-Sekretariate werden gleichzeitig von verschiedenen Verwaltungsaufgaben entlastet, welche in Zukunft von den Kreisleitungen EDV-unterstützt erledigt werden können. Dadurch werden sich die LAK noch intensiver ihrer zentralen Aufgabe, der Betreuung der einzelnen Lehrverhältnisse vor Ort, widmen können. Qualität und Effizienz der Lehraufsicht können damit noch gesteigert werden.

ces de l'Office de la formation professionnelle (OFFP). Les faits les plus marquants ont été la rédaction du rapport sur l'organisation de l'enseignement professionnel (2.11.3) et la révision de l'ordonnance sur le personnel des écoles et institutions de la formation professionnelle (OPFPr).

2.11.1.2 Ordonnances

La révision partielle de l'OPFPr a apporté des éléments nouveaux: réduction du programme de cours obligatoire pour le corps enseignant des écoles professionnelles, des écoles de métiers, des classes préprofessionnelles, des écoles supérieures de commerce et des écoles des transports, insertion de dispositions détaillées concernant les maîtres à titre accessoire et améliorations ou précisions concernant les conditions d'engagement et les traitements pour diverses catégories de maîtres. Les dispositions révisées sont entrées en vigueur respectivement le 1^{er} avril et le 1^{er} août. Il a fallu adapter les traitements des maîtres aux écoles professionnelles par suite de l'augmentation des salaires réels du personnel de l'Etat. Cette adaptation s'est faite par le biais d'une modification de l'annexe 1 de l'OPFPr, mise en vigueur le 1^{er} juillet.

La révision partielle de l'ordonnance sur l'apprentissage (OA) était nécessaire dans le cadre des mesures de réorganisation prises au sein de l'Office (service des apprentissages) qui font suite à l'introduction du projet informatique LEON. Il a aussi fallu réexaminer la réglementation des indemnités à verser aux membres des commissions de surveillance des apprentissages (CSA) et des commissions d'examens ainsi qu'aux experts aux examens. Il était également nécessaire d'adapter les dispositions relatives à la nomination des membres des CSA pour les rendre conformes aux modifications apportées dans la loi cantonale sur la formation professionnelle.

2.11.1.3 Projet informatique LEON

La mise en place du nouveau système avec la participation du fournisseur a pu avancer malgré quelques contre-temps. Depuis l'été 1989, une partie des collaborateurs peuvent bénéficier de l'informatisation bureautique (traitement de texte et communication). La productivité s'en est ainsi considérablement améliorée. Le nouveau système TED sera entièrement performant d'ici fin septembre 1990.

2.11.2 Apprentissages

En prévision de l'informatisation, un réexamen du déroulement des travaux administratifs et de la structure interne de l'Office s'imposait. Il a fallu réorganiser le service des apprentissages. Tout d'abord, les CSA gérées à temps partiel sont désormais subordonnées administrativement aux responsables d'arrondissement régional. Il s'agit en l'occurrence des cinq arrondissements d'examens pour les professions industrielles et artisanales déjà connus dont les secrétariats à plein temps ont leur siège à Thoun, Berne, Berthoud, Bienne et Malleray. Les secrétariats des CSA gérés à temps partiel sont en même temps déchargés de certaines tâches administratives qui seront accomplies par les responsables d'arrondissement régional à l'aide de l'informatique. Les CSA pourront par là-même se consacrer davantage à leur tâche essentielle, qui est de veiller sur place au bon déroulement des apprentissages. La qualité et l'efficacité de la surveillance des apprentissages s'en trouveront encore améliorées.

2.11.2.1 Lehraufsicht

In die 52 LAK hat der Regierungsrat für die neue Amtsdauer 1989 bis 1992 insgesamt 730 Mitglieder gewählt. An elf regionalen Instruktionstagungen sind 225 neugewählte Mitglieder auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe vorbereitet worden. Zudem mussten neun nebenamtliche LAK-Sekretariate neu besetzt werden. Das bisher nebenamtlich geführte Sekretariat der gewerblichen LAK Burgdorf wurde aufgehoben und auf den 1. Januar 1989 dem vollamtlichen Sekretariat der Kreisleitung Burgdorf übertragen. Somit werden noch 26 oder genau die Hälfte der LAK von nebenamtlichen Sekretären bzw. Sekretärinnen geführt.

2.11.2.2 Lehrverhältnisse

1989 wurden im Kanton Bern 9260 Lehrverträge (Vorjahr 9442) in Berufen, die dem Bundesgesetz über die Berufsbildung unterstehen (sogenannte BIGA-Berufe) abgeschlossen. Davon entfallen 5308 auf Knaben und 3952 auf Mädchen. Zum Rückgang der Neuabschlüsse trugen die Jungen mit einem Minus von 63, die Mädchen mit einem Minus von 119 Lehrverträgen bei. Ende 1989 bestanden 26 899 Lehrverhältnisse, gegenüber noch 27 132 im Vorjahr.

Jahr	Knaben	%	Mädchen	%	Total
1975	17 029	70,2	7 255	29,8	24 284
1980	17 135	65,6	8 999	34,4	26 134
1985	17 998	64,4	9 958	35,6	27 956
1986	17 858	63,6	10 205	36,4	28 063
1987	17 345	63,1	10 170	36,9	27 515
1988	17 042	62,8	10 090	37,2	27 132
1989	16 880	62,8	10 019	37,2	26 899

Im Lauf des Berichtsjahrs wurden 1230 Lehrverhältnisse (im Vorjahr 1437) aufgelöst. Die Mehrzahl der von einem Lehrabbruch betroffenen Jugendlichen setzen die Ausbildung in einem andern Lehrbetrieb oder andern Beruf fort.

2.11.2.3 Besondere Probleme

Im Hinblick auf die ersten Lehrabschlussprüfungen für die Kaufmännischen Angestellten gemäss Reglement vom 20. Mai 1986 sind ausserordentliche Probleme aufgetreten, die erst zum Teil gelöst worden sind. Für die Durchführung der Prüfungen ist der Schweizerische Kaufmännische Verband zuständig. Für die Ausbildung und die Vorbereitung auf die Prüfung im neuen Fach «Praktische Arbeiten/Kenntnisse aus Lehrbetrieb und Branche» sind die Lehrbetriebe und insbesondere die Branchenverbände verantwortlich. Nachdem verschiedene Verbände den erforderlichen Modell-Lehrgang zu spät oder überhaupt nicht bereitgestellt haben, mussten die Kaufmännischen Kreisprüfungskommissionen und die Abteilung Berufslehre unzählige Fragen beantworten, zahlreiche Besprechungen durchführen und an Lehrleistertagungen Aufklärungsarbeit betreiben. Selbst wenn man von diesen Anlaufschwierigkeiten absieht, wird für den Vollzug dieser neuen Vorschriften dauernd ein erheblich grösserer Zeitaufwand als bisher erforderlich sein.

2.11.2.4 Neue oder revidierte Ausbildungs- und Prüfungsreglemente

Im Jahr 1989 traten folgende neue oder grundlegend revidierte Ausbildungs- und Prüfungsreglemente in Kraft:

2.11.2.1 Surveillance des apprentissages

Le Conseil-exécutif a nommé pour la nouvelle période de fonctions 1989–1992 au total 730 membres au sein des 52 CSA. 225 nouveaux membres ont été initiés à leurs futures tâches au cours de onze séances d'information régionales. En outre, neuf secrétariat CSA gérés à temps partiel ont dû être repourvus en personnel. Le secrétariat à temps partiel de la CSA artisanale de Berthoud a été supprimé et attribué, à partir du 1^{er} janvier 1989, au secrétariat à plein temps de la direction d'arrondissement de Berthoud. 26 CSA, soit la moitié, sont ainsi gérées par des secrétaires à temps partiel.

2.11.2.2 Contrats d'apprentissage

Dans le canton de Berne, 9260 contrats d'apprentissage (1988: 9442) ont été conclus en 1989 dans les professions soumises à la loi fédérale sur la formation professionnelle, soit 5308 jeunes gens et 3952 jeunes filles. On a enregistré une diminution de 63 contrats chez les garçons et de 119 contrats chez les filles. A la fin de 1989, 26 899 apprentis et apprenties ont terminé avec succès leur formation contre 27 132 l'année précédente.

Année	Jeunes gens	%	Jeunes filles	%	Total
1975	17 029	70,2	7 255	29,8	24 284
1980	17 135	65,6	8 999	34,4	26 134
1985	17 998	64,4	9 958	35,6	27 956
1986	17 858	63,6	10 205	36,4	28 063
1987	17 345	63,1	10 170	36,9	27 515
1988	17 042	62,8	10 090	37,2	27 132
1989	16 880	62,8	10 019	37,2	26 899

Au cours de l'exercice écoulé, 1230 contrats d'apprentissage ont été résiliés (1988: 1437). La plupart des jeunes concernés ont poursuivi leur apprentissage dans une autre entreprise ou commencé une formation dans une autre profession.

2.11.2.3 Problèmes particuliers

Dans la perspective des examens de fin d'apprentissage de commerce qui se dérouleront pour la première fois selon le règlement du 20 mai 1986, de nombreux problèmes sont apparus, qui n'ont pu être résolus que partiellement. L'organisation des examens est du ressort de la Société suisse des employés de commerce. La formation et la préparation aux examens dans la nouvelle branche «travaux pratiques/connaissances de l'entreprise et de la branche» incombent aux entreprises d'apprentissage et en particulier aux associations de la branche. Certaines associations n'ayant pas envoyé à temps (ou même pas du tout) le guide méthodique type obligatoire, les commissions d'examens d'arrondissement et le service des apprentissages de l'OFP ont dû répondre à d'innombrables questions, accorder de nombreux entretiens et donner les informations nécessaires lors des journées pour maîtres d'apprentissage. Mis à part ces problèmes de démarrage, il faudra prévoir de plus grandes dépenses de temps encore pour la mise en application des nouvelles prescriptions.

2.11.2.4 Règlements d'apprentissage et d'examens de fin d'apprentissage

Les modifications de règlements et les nouveaux règlements suivants sont entrés en vigueur en 1989:

Siebdrucker, Carrosseriesattler, Textilpfleger, Uhrmacher-Mikroelektroniker, Fotofach-Angestellter, Schuhmacher (Ergänzung), Elektromechaniker, Automatiker, Chemielaborant, Apparate-Glasbläser, Textillaborant, Carrosseriespengler, Fahrzeugschlosser, Papiertechnologe, Kartograph, Raumplanungszeichner, Typograf.

2.11.2.5 Einführungskurse

Das neue Bundesgesetz über die Berufsbildung führte als eine der wichtigsten Neuerungen das Obligatorium der Einführungskurse ein. Rund zehn Jahre danach lässt sich feststellen, dass die anfänglichen Schwierigkeiten und Widerstände überwunden sind. Die Einführungskurse werden heute als wichtiger Bestandteil der Berufslehre akzeptiert. Etliche Verbände beabsichtigen, diese Kurse sogar zu erweitern, um damit der Einführung in die grundlegenden Arbeitstechniken noch mehr Gewicht zu verleihen.

Durch die verschiedenen Möglichkeiten, Einführungskurse in verbandseigenen Lokalen durchführen zu können, erfüllt sich in vielen Fällen auch der langgehegte Wunsch, die Weiterbildung für ausgebildete Arbeitnehmer zu aktivieren. Damit verbunden ist oft auch eine Modernisierung der vorhandenen Lehrmittel und Einrichtungen. Dieser Trend dürfte auch in den nächsten Jahren anhalten. Als Beispiel sei die Anschaffung von CNC-Werkzeugmaschinen für die Maschinenbauberufe (Mechaniker, Werkzeugmacher usw.) erwähnt. Auch die Berufe der Druckindustrie können die bis anhin fehlenden Einführungskurse nun anbieten. Teilweise sind sie ebenfalls auf modernste elektronische Geräte angewiesen.

Allgemein darf vermerkt werden, dass die Qualität und die Programme der Kurse einen guten Stand erreicht haben. Die direkte Aufsicht durch das Amt für Berufsbildung kann jedoch leider infolge personeller Unterbesetzung nicht im gewünschten Ausmass wahrgenommen werden. Zudem wäre es dringend nötig, die Kursinstruktoren in pädagogischer und didaktischer Hinsicht zu schulen.

2.11.2.6 Anlehre

Wie bereits in den Vorjahren ist die Zahl der bestehenden Anlehrverhältnisse relativ gering. 467 Jugendliche (267 Knaben und 200 Mädchen) standen Ende des Berichtsjahres in einer Anlehre im Sinn der Gesetzgebung über die Berufsbildung. Ungefähr ein Drittel der Anlehrlinge sind im Verkauf tätig. 1989 wurden 247 (Vorjahr 239) Anlehrausweise ausgestellt. Lediglich in fünf Fällen musste der Ausweis verweigert werden, weil das Ausbildungsziel nicht erreicht wurde.

2.11.2.7 Kurswesen

Lehrmeisterkurse

313 Lehrmeisterkursteilnehmern konnte der Kursausweis abgegeben werden. Der Anteil an Frauen betrug rund 20 Prozent.

Expertenkurse

In Zusammenarbeit mit dem Bäcker-Konditorenmeister-Verband des Kantons Bern wurden vier eintägige obligatorische Expertenurse durchgeführt, aufgeteilt in zwei Teile für Experten der praktischen und der theoretischen Lehrabschlussprüfung.

Weiterbildungsveranstaltungen

Rund 650 Anmeldungen trafen für zwei Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrmeister und LAK-Mitglieder ein. 429 Teil-

sérigraphe, garnisseur en carrosserie, nettoyeur de textiles, horloger-microélectronicien, employé spécialisé en photographie, cordonnier (complément), mécanicien-électricien, automobile, laborant en chimie, souffleur d'appareils en verre, laborant en textile, tôlier en carrosserie, serrurier sur véhicules, papetier, cartographe, dessinateur en aménagement du territoire, typographe.

2.11.2.5 Cours d'introduction

La nouvelle loi fédérale sur la formation professionnelle a – fait nouveau important – rendu les cours d'introduction obligatoires. Dix ans après, force est de constater que les difficultés initiales et les obstacles ont été surmontés. Les cours d'introduction constituent aujourd'hui une part importante de l'apprentissage. Maintes associations envisagent même d'élargir les matières de ces cours afin de mettre encore davantage l'accent sur l'initiation aux techniques fondamentales de travail.

Le fait qu'il existe diverses possibilités d'organiser ces cours dans les locaux même de l'association permet dans bien des cas de réaliser un ancien vœu: celui de pouvoir encourager le perfectionnement professionnel des travailleurs au bénéfice d'une formation. Souvent, l'occasion s'offre ainsi de moderniser les moyens d'enseignement et les installations. Relevons à titre d'exemple l'acquisition de machines-outils CNC pour les professions de la construction mécanique (mécaniciens, ouvrier, etc.). Les professions de l'industrie graphique peuvent également offrir désormais les cours d'introduction qui faisaient défaut. Elles doivent souvent pouvoir disposer de l'équipement électronique le plus moderne.

D'une manière générale, l'enseignement atteignait un bon niveau. Malheureusement, l'Office de la formation professionnelle n'est pas en mesure, faute de personnel suffisant, d'exercer la surveillance directe comme on le souhaiterait. Il serait urgent par ailleurs que les responsables de ces cours puissent suivre une formation pédagogique et didactique adéquate.

2.11.2.6 Formation élémentaire

Comme les années précédentes, on a enregistré un nombre relativement peu élevé de contrats de formation élémentaire autorisés par la législation, soit 467 (267 jeunes gens et 200 jeunes filles). Un tiers environ de cet effectif travaille dans le secteur de la vente. 247 (1988: 239) certificats de formation élémentaire ont été délivrés en 1989. Il a fallu constater cinq échecs seulement, l'objectif visé n'ayant pas été atteint.

2.11.2.7 Organisation des cours

Cours pour maîtres d'apprentissage

Le certificat pour maîtres d'apprentissage a été délivré à 313 personnes. Les femmes constituaient le 20 pour cent de l'effectif.

Cours pour experts

Quatre cours obligatoires d'une journée destinés aux experts ont été organisés conjointement avec l'Association des maîtres boulangers-pâtisseries du canton de Berne et divisés en deux parties pour les experts des examens pratiques et les experts des examens théoriques de fin d'apprentissage.

Cours de perfectionnement professionnel

Quelque 650 personnes se sont inscrites aux deux cours destinés aux maîtres d'apprentissage et aux membres des CSA.

nehmer besuchten die Veranstaltungen. Themen waren «Die verantwortbare Anwendung von Macht in der Führung und Erziehung des Menschen» und «Lehren und Lernen im Betrieb».

2.11.3 Beruflicher Unterricht

Eine Arbeitsgruppe des Kantonalen Amts für Berufsbildung erstellte unter Beizug von weiteren Experten gemäss dem Auftrag der 1986 eingereichten Motion Kohler einen Bericht über die Berufsschulorganisation im Kanton Bern. Neben einer Darstellung des Ist-Zustands enthält der Bericht eine Analyse der verschiedenen Faktoren, welche die Standortwahl von Berufsschulklassen beeinflussen. Die aus dem Bericht gewonnenen Erkenntnisse werden für die Ausarbeitung eines Konzepts Berufsschule 2000 dienlich sein. Das Amt für Berufsbildung erhält mit dem Bericht eine Grundlage zur Gestaltung des Berufsschulwesens in der Zukunft. Der Bericht wurde dem Grossen Rat Anfang 1990 zur Information zugestellt.

Wie in den vergangenen Jahren mussten wieder schulorganisatorische Massnahmen in einzelnen Regionen des Kantons verfügt werden. Besonders betroffen waren im vergangenen Jahr die Schulen im französischsprachigen Teil. Während die Hochbauzeichnerlehrlinge an der gewerblichen Berufsschule Biel zusammengefasst werden konnten, wurde für die Schreiner- und Maurerlehrlinge als einziger Schulort die Gewerbeschule Moutier bestimmt. Diese in Absprache mit verschiedenen Stellen durchgeführten Massnahmen dienen letztlich der Optimierung der Ausbildung der davon betroffenen Lehrlingsgruppen.

Ohne nennenswerte Probleme verlief der Übergang zum Spätsommerschulbeginn an den Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Werkjahren im ersten Jahr der Einführung. In Zusammenarbeit mit den Berufsschulen entstanden eine ganze Reihe von Fortbildungskursen, mit deren Besuch die Lehrerschaft ihre ausgefallenen Lektionen kompensierte. Dabei erhielten die Lehrerinnen und Lehrer an den Berufsschulen Gelegenheit, ihre pädagogischen und fachlichen Fähigkeiten zu ergänzen oder zu vertiefen. Die Werkjahre und Wirtschaftsmittelschule der Stadt Bern schlossen den Übergang mit einem Langschuljahr ab. Für die bevorstehenden Übergangsjahre sind bereits neue Fortbildungsprojekte in Vorbereitung. Eine Koordinationsgruppe, bestehend aus Vertretern der Berufsschulen und des Kantonalen Amts für Berufsbildung, begleitet das Übergangsjahr bis zu seinem Abschluss im Jahre 1992.

Anfang Dezember schlossen weitere 10 Lehrerinnen und Lehrer einen zweijährigen Intensivkurs für Informatiklehrer an Berufsschulen ab. Der Intensivausbildungskurs wurde von der Universität Bern ausgearbeitet und durchgeführt. Zusammen mit den vor einem Jahr diplomierten Lehrkräften stehen den Berufsschulen insgesamt 23 ausgebildete Spezialisten zur Verfügung.

Mit Verfügung vom 24. Februar 1989 wurden die Besoldungen der Schulleiter, deren Stellvertreter sowie der Abteilungsleiter an Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Verkehrsschulen des Kantons Bern an die veränderten Verhältnisse in den Schulen angepasst. Besondere Merkmale dieser Verfügung sind:

- die Einteilung der Berufsschulen in drei (bisher vier) Kategorien, ausgehend von ihrer Grösse und ihrer Struktur
- die Einreihung der hauptamtlichen Schulleiter entsprechend der Kategorie der von ihnen geführten Schule
- die Gleichstellung der Schulleiter an kaufmännischen und gewerblich-industriellen Berufsschulen
- die Anwendung von qualitativen Kriterien für die Einreihung der Schulleitungsmitglieder.

429 participants ont suivi ces manifestations qui avaient pour thèmes «Die verantwortbare Anwendung von Macht in der Führung und Erziehung des Menschen» et «Lehren und Lernen im Betrieb».

2.11.3 Enseignement professionnel

En réponse à la motion Kohler déposée en 1986, un groupe de travail de l'Office a élaboré avec le concours d'experts un rapport sur l'organisation des écoles professionnelles du canton de Berne. Ce document contient, outre une description de la situation actuelle, une analyse des facteurs pouvant influencer le choix lors de l'attribution de classes aux écoles professionnelles. Les résultats contenus dans le rapport serviront de référence pour l'élaboration d'une conception sur les écoles professionnelles en l'an 2000. L'Office dispose ainsi d'une base qui lui permettra de fixer l'organisation future de l'enseignement professionnel. Le rapport a été remis au début de 1990 au Grand Conseil pour information.

Comme les années précédentes, il a fallu à nouveau prendre des mesures concernant l'organisation des écoles dans certaines régions du canton. Les écoles de la partie francophone ont été plus particulièrement touchées par ces mesures en 1988. Alors que les apprentis dessinateurs en bâtiment ont été regroupés à l'Ecole professionnelle artisanale de Bienne, les classes des menuisiers et des maçons ont été affectées à l'Ecole artisanale de Moutier uniquement. Ces mesures, mises en œuvre d'entente avec diverses instances, permettront en fin de compte d'améliorer le niveau de l'enseignement offert à ces groupes d'apprentis.

Le transfert du début de l'année à la fin de l'été dans les écoles professionnelles, les écoles de métiers et les classes préprofessionnelles s'est opéré sans causer de problèmes majeurs. Une série de cours de perfectionnement ont été organisés avec les écoles professionnelles, permettant ainsi au corps enseignant de compenser les leçons supprimées. Les maîtres et maîtresses des écoles professionnelles ont eu, de ce fait, la possibilité de compléter ou d'approfondir leurs connaissances pédagogiques et techniques. Les classes préprofessionnelles et l'école supérieure de commerce de la Ville de Berne ont opéré le transfert par le biais d'une année longue. De nouveaux programmes de perfectionnement sont en préparation pour le transfert du début de l'année scolaire ces prochaines années. Un groupe de coordination composé de représentants des écoles professionnelles et de l'Office cantonal de la formation professionnelle suivra le projet jusqu'à son achèvement en 1992.

En début décembre, 10 enseignants et enseignantes ont terminé un cours intensif d'informatique de deux ans destiné aux corps enseignant des écoles professionnelles. Ce cours a été conçu et organisé par l'Université de Berne. En y incluant les diplômés de l'année précédente, les écoles professionnelles comptent au total 23 spécialistes formés dans ce domaine.

Par décision du 24 février 1989, les traitements des directeurs d'école, de leur suppléant et des chefs de division aux écoles professionnelles, écoles de métiers et écoles des transports du canton de Berne ont été adaptés aux changements intervenus dans les écoles. Les points importants de cette décision sont les suivants:

- la répartition des écoles professionnelles en trois (anc. quatre) catégories selon leur taille et leur structure
- la rétribution des directeurs d'école en fonction de la catégorie à laquelle appartient leur école
- l'égalité de traitement des directeurs des écoles professionnelles commerciales et des écoles professionnelles artisanales

Für die Berufsschulen und Werkjahre wurde je ein Musterreglement geschaffen, an dem sich die Trägerorganisation, bzw. Aufsichtskommission für die Neugestaltung, bzw. Änderung ihrer bisherigen Reglemente orientieren können. Diese Arbeit wird über das Berichtsjahr hinaus mit der Überarbeitung der grösstenteils veralteten Schulreglemente weitergeführt werden.

Im Berichtsjahr wurden an Bauvorhaben im Bereich der Berufsschulen insgesamt 6 914 261 Franken zugesichert, davon an folgende grössere Neu-, Aus- oder Erweiterungsbauten:

- Lyss: Neubau Berufsschulzentrum Grentschel (GRB 5115 vom 23. 2. 1989) 1365 435 Franken.
- Konolfingen: Werkjahr, Ausbau Schulanlage Stockhornstrasse (GRB 10 096 vom 24. 5. 1989) 248 135 Franken.
- Bern: Gewerblich-Industrielle Berufsschulen und Lehrwerkstätten der Stadt Bern, Filialen Bümplizstrasse 45 (GRB 1038 vom 25. 5. 1989) 2 363 314 Franken.
- Thun: Erweiterungsbau und Umbau der Kaufmännischen Berufsschule (GRB 3619 vom 21. 11. 1989) 2 434 000 Franken.

Auch im vergangenen Jahr wurden spezielle Fragen und Probleme der Berufsbildung an den Schulen in Arbeitsgruppen behandelt. Besonders zu erwähnen sind die folgenden Arbeitsfelder:

- Stützkurse für Schüler(innen) mit Lernschwierigkeiten
- Neues Berufsmittelschulmodell
- Weiterbildungsoffensive des Bundes.

Daneben beteiligten sich die Berufsschulinspektoren auch an Bildungsprojekten der Erziehungs-, Fürsorge- und Gesundheitsdirektion sowie an Arbeitsgruppen interkantonalen Gremien.

Die Zahl der Werkjahrklassen in insgesamt 13 bernischen Gemeinden erweiterte sich auf 32 (Vorjahr: 30). Davon wurden 29 Klassen im deutschsprachigen und 3 im französischsprachigen Kantonsteil geführt. Wegen Mangels an Schülern musste ein Werkjahr den Betrieb vorübergehend einstellen.

Übersicht über die Staatsbeiträge an Berufs-, Fachschulen und Kurse 1986 bis 1989 (Betriebsbeiträge in Mio. Fr.):

	1986	1987	1988	1989
Kaufm. und gewerbliche Berufs- und Fachschulen ¹	49,200	50,707	49,400	52,251
Höhere Fachschulen ²	1,956	1,607	3,467	3,272
Einführungskurse und Weiterbildungsinstitutionen ³	2,593	2,214	2,839	1,999
Total	53,749	54,528	55,706	57,522

¹ Staatsbeiträge für den Pflichtunterricht gemäss Artikel 56 KBG und Staatsbeiträge an die Kosten der Weiterbildungskurse der Berufsschulen.

² Ab 1988 inkl. Höhere Fachschule für Gastronomie in Thun.

³ Ab 1988 ohne Staatsbeiträge an Bauten für Einführungskurse.

2.11.4 Lehrabschluss- und Diplomprüfungen

2.11.4.1 Lehrabschlussprüfungen

Im Berichtsjahr unterzogen sich 9776 Kandidaten und Kandidatinnen den Lehrabschlussprüfungen; das sind 87 weniger

– l'application de critères qualitatifs pour la classification des membres de la direction de l'école.

Un règlement-type a été créé pour les écoles professionnelles et les classes préprofessionnelles. Il doit servir de guide à l'organisation responsable ou à la commission d'école pour l'élaboration d'un nouveau règlement ou la modification du règlement actuel. La plupart des règlements ne sont plus actuels et seront par conséquent remaniés.

Des subventions pour un montant total de 6 914 261 francs ont été allouées pour les projets de construction, de transformation ou d'extension suivants:

- Lyss: nouveau centre professionnel du Grentschel (AGC 5115 du 23. 2. 1989) 1365 435 francs.
- Konolfingen: classes préprofessionnelles, agrandissement du bâtiment scolaire de la Stockhornstrasse (AGC 10 096 du 24. 5. 1989) 248 135 francs.
- Berne: écoles professionnelles industrielles et artisanales et écoles de métiers de la Ville de Berne, filiales de la Bümplizstrasse 45 (AGC 1038 du 25. 5. 1989) 2 363 314 francs.
- Thoun: agrandissement et transformations de l'école professionnelle commerciale (AGC 3619 du 21. 11. 1989) 2 434 000 francs.

Diverses questions relevant de la formation professionnelle ont été débattues au sein des groupes de travail, notamment les thèmes suivants:

- cours d'appoint pour les élèves qui ont des difficultés d'apprendre
- nouveau modèle pour l'école professionnelle supérieure
- offensive de la Confédération en matière de perfectionnement.

Les inspecteurs des écoles professionnelles ont également participé à des projets qui concernent des formations relevant des Directions de l'instruction publique, des œuvres sociales et de l'hygiène publique ainsi qu'à des groupes de travail d'organes intercantonaux.

Le nombre de classes préprofessionnelles gérées dans 13 communes bernoises a passé à 32 (1988: 30), 29 dans la partie germanophone et 3 dans la partie francophone du canton. Pour des raisons d'effectif, une classe a dû être fermée provisoirement.

Aperçu des subventions cantonales aux écoles professionnelles et aux écoles spécialisées, de 1986 à 1989 (en millions de francs):

	1986	1987	1988	1989
Aux écoles professionnelles commerciales et artisanales ou spécialisées ¹	49,200	50,707	49,400	52,251
Aux écoles spéciales supérieures ²	1,956	1,607	3,467	3,272
Cours de perfectionnement et cours d'introduction ³	2,593	2,214	2,839	1,999
Total	53,749	54,528	55,706	57,522

¹ Subventions de l'Etat en faveur de l'enseignement obligatoire, selon article 56 de la loi cantonale sur la formation professionnelle, et subventions de l'Etat pour les cours de perfectionnement organisés par les écoles professionnelles.

² A partir de 1988, y compris l'Ecole professionnelle supérieure de la restauration de Thoun.

³ A partir de 1988, sans les subventions de l'Etat pour bâtiments pour cours d'introduction.

2.11.4 Examens de fin d'apprentissage et de diplôme

2.11.4.1 Examens de fin d'apprentissage

9776 candidats et candidates se sont présentés cette année aux examens de fin d'apprentissage, soit 87 de moins que l'an-

als im Vorjahr. In diesen Zahlen sind auch die Repetenten und Repetentinnen (409) sowie die Kandidaten und Kandidatinnen nach Artikel 41 BBG (130) eingeschlossen.

6198 Kandidaten und Kandidatinnen stammen aus gewerblich-industriellen Berufen, 3578 aus kaufmännischen und Verkaufsberufen. An den Lehrabschlussprüfungen im gewerblich-industriellen Bereich erfüllten 342 Kandidaten und Kandidatinnen (5,5%) die Anforderungen nicht; an den Lehrabschlussprüfungen in kaufmännischen und Verkaufsberufen waren es 243 Kandidaten und Kandidatinnen (6,8%), denen das Fähigkeitszeugnis nicht ausgestellt werden konnte.

2.11.4.2 Diplomprüfungen

	Kandidaten	bestanden
Wirtschaftsmittelschule Bern	122	120
Höhere Handelsschule Neuenstadt	54	49
Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel	60	58
Verkehrsschule Spiez	16	16

2.11.4.3 Höhere Diplomprüfungen

In den Kursen der Höheren Kaufmännischen Gesamtschule (HKG) – einer von der Kaufmännischen Berufsschule Bern geführten Kaderschule – bestanden 1989 73 von 74 Teilnehmern die Schlussprüfung. Ihnen wurde der kantonal anerkannte Titel «dipl. Kaufmann HKG» verliehen.

An der eidgenössisch anerkannten Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) Bern konnten 1989 insgesamt 40 von 43 Absolventen als «Betriebsökonom HWV» diplomiert werden.

Alle 21 Absolventen der Weiterbildungskurse für Gemeinde- und Staatspersonal schlossen im Berichtsjahr ihre Ausbildung erfolgreich ab.

2.12 Kantonale Bildungsanstalten

2.12.1 Allgemeines

Die der Volkswirtschaftsdirektion unterstellten Schulen veröffentlichen einen eigenen Jahresbericht. Darum werden nachfolgend nur die wichtigsten Ereignisse im Berichtsjahr schlaglichtartig beleuchtet.

Das vergangene Jahr war gekennzeichnet durch die parlamentarische Beratung des totalrevidierten Gesetzes über die Ingenieurschulen, Technikerschulen und Höheren Fachschulen. Der Grosse Rat verabschiedete in seiner November-Session einstimmig den Gesetzesentwurf in erster Lesung. Das Gesetz, welches den organisatorischen Rahmen für die unterstellten Schulen darstellt, wird in konzeptioneller Hinsicht ergänzt durch das Leitbild «Die Berner Ingenieurschulen auf dem Weg ins Jahr 2000». Ausgehend von einer Lageanalyse aus Sicht der Wirtschaft werden im Bericht Massnahmen skizziert, die es erlauben, die heute bestehenden Schwachstellen auszumerzen und die bestehenden Stärken auf längere Frist zu erhalten. Die unverändert hohe Nachfrage nach Studienplätzen zeugt von der hohen Qualität des Ausbildungsangebots an den Berner Ingenieurschulen. Der Regierungsrat nahm am 30. August 1989 Kenntnis vom Bericht. Die Volkswirtschaftsdirektion wird schrittweise die notwendigen Massnahmen in die Tat umsetzen, zumal sich auf Bundesebene abzeichnet, dass mit der angestrebten HTL-Studienreform Ernst gemacht werden soll.

née précédente. Ce chiffre inclut les redoublants (409) et les candidats au sens de l'article 41 LFP (130).

6198 candidats et candidates ont fait leur apprentissage dans les professions artisanales et industrielles, 3578 dans celles du commerce et de la vente. 342 candidats (5,5%) de la première catégorie n'ont pas réussi leurs examens de fin d'apprentissage alors qu'ils étaient 243 (6,8%) à ne pas obtenir leur certificat de capacité dans la deuxième catégorie.

2.11.4.2 Examens de diplôme

	Candidats	Examens réussis
Ecole supérieure de commerce de la Ville de Berne	122	120
Ecole supérieure de commerce de La Neuveville	54	49
Ecole d'administration et des transports de Bienne	60	58
Ecole d'administration et des transports de Spiez	16	16

2.11.4.3 Examens supérieurs de diplôme

A l'Ecole supérieure de gestion commerciale (ESGC), école de cadres administrée par l'Ecole professionnelle commerciale de Berne, 73 parmi les 74 participants et participantes ont réussi en 1989 l'examen final. Ils ont obtenu le titre reconnu par le canton de «diplômé en gestion commerciale».

A l'Ecole supérieure de cadres pour l'économie et l'administration (ESCEA) de Berne, 40 parmi les 43 candidats et candidates ont obtenu le diplôme d'«économiste d'entreprise ESCEA» (école reconnue par la Confédération).

Les 21 participants et participantes aux cours de perfectionnement pour le personnel des communes et de l'Etat de Berne ont terminé avec succès leur formation.

2.12 Ecoles cantonales

2.12.1 Généralités

Chacune des écoles mentionnées sous ce chiffre publie un rapport annuel complet. Par conséquent, seules les affaires les plus importantes seront développées ci-après:

L'année dernière a été marquée notamment par la discussion au Parlement de la loi révisée sur les écoles d'ingénieurs, les écoles techniques et les écoles supérieures spécialisées. Le Grand Conseil a adopté à l'unanimité le projet de loi en première lecture lors de la session de novembre. La loi en question, qui forme le cadre de l'organisation des écoles qui y sont soumises, a été complétée par une conception sur «les écoles d'ingénieurs à l'horizon 2000». Ce rapport, qui présente une analyse vue sous l'angle de l'économie, propose des mesures visant, à plus long terme, à éliminer les points faibles et à consolider les points forts des écoles d'ingénieurs bernoises. La demande toujours aussi forte de places d'études témoigne de la qualité des formations offertes par ces écoles. Le Conseil-exécutif a pris connaissance du rapport le 30 août 1989. La Direction de l'économie publique mettra en œuvre par étapes successives les mesures nécessaires, d'autant plus qu'il faudra prendre au sérieux le réexamen de la formation ETS envisagé par la Confédération. L'une des raisons en est que la formation de l'ingénieur ETS en Suisse doit correspondre au «niveau européen».

Ein Grund dafür ist, dass die Ingenieurausbildung in der Schweiz «europafähig» werden muss.

An den Ingenieurschulen Burgdorf und Biel konnten die Nachdiplomstudien «Energietechnik» und Umwelttechnik (Luft) ihren Betrieb aufnehmen. Angesichts der Aktualität der Problemstellung ist die Kontinuität nach erfolgreichem Startschuss gesichert.

Die Ingenieurschulen und andere geeignete Schulen der Kantone Bern und Solothurn bereiten eine gemeinsame Kandidatur für ein sog. CIM-Bildungszentrum vor. Insgesamt sechs solche Zentren sollen im Rahmen eines Impulsprogramms des Bundes geschaffen werden, damit der Rückstand der Schweiz gegenüber dem Ausland bei der Nutzung und Anwendung moderner, rechnergestützter Fertigungstechnologien aufgeholt werden kann. Für die technische Vorbereitung der Kandidatur liegt die Federführung bei der Ingenieurschule Bern. Der Regierungsrat hat am 13. September 1989 die Absicht erklärt, die Kandidatur zu unterstützen. Am 22. September wurde der Trägerverein gegründet, dem die beteiligten Schulen, die Kantone und die Wirtschaft angehören. Die Industrie in beiden Kantonen zeigt grosses Interesse und hat ihre Bereitschaft signalisiert, ein solches Zentrum substantiell zu unterstützen.

2.12.2 *Ingenieurschule Biel*

Der vom Grossen Rat im November 1988 bewilligte dritte deutschsprachige Klassenzug an der elektrotechnischen Abteilung hat im Herbst 1989 den Unterricht aufgenommen. Mit diesem zusätzlichen Klassenzug konnte der grosse Rückstau bei diesem stark nachgefragten Studiengang gemildert werden.

In der Septembersession hat der Grosse Rat der Erweiterung der Abgasprüfstelle zugestimmt. Damit wird es möglich sein, künftig nicht nur an Benzinmotoren, sondern auch an Dieselmotoren Schadstoffmessungen vorzunehmen. Da nur die EMPA und die Ingenieurschule Biel Abgasmessungen vornehmen und die Abgasvorschriften für Dieselmotoren ebenfalls verschärft wurden, entspricht diese Erweiterung einem echten Bedürfnis und schafft Synergien zur automobiltechnischen Abteilung und zum Nachdiplomstudium Umwelttechnik (Luft). Ferner wurden die Arbeiten zur Entwicklung eines alltagstauglichen Elektrofahrzeugs in enger Zusammenarbeit mit der Industrie weiter vorangetrieben. Das Solarmobil «Spirit of Biel/Bienne» erhielt den 1989 erstmals vergebenen ATU-Prix, mit dem besondere Leistungen in Architektur, Technik und Umweltfragen ausgezeichnet werden.

Die Zahl der HTL-Studenten stieg auf 604 (1988: 592); im letzten Herbst wurden 189 (194) Diplome überreicht.

2.12.3 *Ingenieurschule Burgdorf*

Der Ausbau der Schule wurde zügig vorangetrieben:

- Der Erweiterungsbau des Maschinenlabors machte Fortschritte; die Betriebsaufnahme ist für Frühjahr 1990 vorgesehen.
- Das Neubauprojekt für die elektrotechnische Abteilung im Tiergartenareal steht unmittelbar vor der Bauausführung; der Aushub und die Entsorgung des Geländes erfolgten 1989.
- Die Sanierung des Lösungsmittelmagazins wurde termingerecht fertiggestellt; mit dieser Massnahme und der kontinuierlichen Erneuerung des Betriebsmittelparks konnten die Voraussetzungen für die Chemieabteilung weiter verbessert werden.

Im Berichtsjahr konnte dank grosszügiger Unterstützung verschiedener Institutionen ein umfassendes CAD-Zentrum in Betrieb genommen werden und günstige Voraussetzungen

Les cycles d'études postgrades en «technique de l'énergie» et en «technique de l'environnement» (air) insérés dans les programmes d'enseignement des écoles d'ingénieurs de Berthoud et de Bienne ont débuté. Comme ces matières sont très actuelles, ce type de formation connaît un grand succès et la continuité est assurée.

Les écoles d'ingénieurs et d'autres écoles des cantons de Berne et de Soleure envisagent de présenter une candidature commune pour abriter un centre de formation CIM. Six centres de ce type sont prévus dans le programme d'action mis au point par la Confédération afin de pouvoir combler le retard de la Suisse en ce qui concerne l'utilisation et l'application des technologies modernes de fabrication assistées par ordinateur. L'Ecole d'ingénieurs de Berne est chargée de l'aspect technique des préparatifs de cette candidature. Le Conseil-exécutif a laissé entendre le 13 septembre 1989 qu'il appuiera cette candidature. La société responsable a été créée le 22 septembre. En font partie les écoles concernées, les cantons et des représentants de l'économie. Les milieux industriels des deux cantons se sont montrés très intéressés et prêts à soutenir de manière substantielle un tel centre.

2.12.2 *Ecole d'ingénieurs de Bienne*

Une troisième classe germanophone a été ouverte en automne dans la division d'électrotechnique conformément à un arrêté du Grand Conseil approuvé en novembre 1988. Cette classe supplémentaire a permis d'absorber partiellement la forte demande d'admissions à cette voie d'études.

Le Grand Conseil a approuvé lors de la session de septembre l'extension du laboratoire des gaz d'échappement. Il sera ainsi possible d'effectuer les mesures des émissions à la fois sur les moteurs à essence et sur les moteurs diesel. Comme l'EMPA et l'Ecole d'ingénieurs de Bienne sont seules à procéder à de telles mesures et que les prescriptions en matière de gaz d'échappement ont été rendues plus sévères, cette extension répond à un véritable besoin et crée un effet de synergie au sein de la division de la technique automobile et du cycle d'études postgrades en technique de l'environnement (air). En outre, les préparatifs pour la mise au point, avec la collaboration de l'industrie, d'un véhicule électrique destiné à l'usage quotidien ont progressé. Le véhicule solaire «Spirit of Biel/Bienne» a obtenu en 1989 pour la première fois le prix ATU, qui récompense des travaux remarquables réalisés dans les domaines de l'architecture, de la technique et de l'environnement.

Le nombre des étudiants ETS a passé à 604 (1988: 592); l'automne dernier, 189 (194) candidats ont obtenu le diplôme.

2.12.3 *Ecole d'ingénieurs de Berthoud*

Les travaux d'extension de l'école ont progressé rapidement:

- L'agrandissement du laboratoire des machines est allé de l'avant: la mise en fonctionnement est prévue pour le printemps 1990.
- La réalisation du projet de construction pour la division d'électrotechnique va débuter; les travaux de déblaiement du terrain ont été effectués en 1989.
- L'assainissement de l'entrepôt des substances chimiques a été achevé dans les délais; cette mesure a permis, de même que le renouvellement continu du parc du matériel d'exploitation, d'améliorer sensiblement les conditions de travail dans la division de chimie.

Grâce au soutien généreux de diverses institutions, un centre CAO important a pu être créé de même que des conditions avantageuses en PIO (production intégrée par ordinateur).

für CIM (Computer Integrated Manufacturing) geschaffen werden.

Die Schule zählte 627 (601) Studierende; im Frühjahr 1989 konnten 168 (174) Absolventinnen und Absolventen ihr Diplom entgegennehmen. Von den weiter gestiegenen Anforderungen zeugt, dass 5 Kandidatinnen und Kandidaten die Diplomprüfung nicht bestanden.

2.12.4 *Ingenieurschule St. Immer*

Die Arbeiten zur baulichen Vergrößerung der Schule verliefen planmässig und werden voraussichtlich im August 1990 vollendet sein; unmittelbar anschliessend wird die Renovation des alten Schulgebäudes in Angriff genommen. Bereits wurden Ende 1989 Komponenten zur Ausrüstung und Möblierung des Neubaus beschafft. Ferner wurde die Werkstattausrüstung mit einer CNC-gesteuerten Fräsmaschine ergänzt sowie die Laborausrüstung u. a. mit einem Roboter und verschiedenen automatisierten Versuchskonfigurationen vervollständigt.

Die HTL-Abteilung zählt 87 (81) Studierende; letzten Herbst konnten 23 (21) Diplome ausgehändigt werden. Die in die Ingenieurschule integrierte Lehrwerkstätte zählte 170 (165) Schüler. Die Durchschnittsnote bei der Prüfung zum Erwerb des Eidgenössischen Fähigkeitsausweises betrug 5,0; ein Kandidat bestand die Prüfung nicht.

2.12.5 *Holzfachschule Biel*

Der Andrang an diese Schule ist ungebrochen. Leider sank die Aufnahmequote im Mittel aller Abteilungen unter 60 Prozent. Hauptgrund für den Rückstau an Ausbildungsberechtigten bilden die erschöpften Raumreserven.

Aus diesem Grund wurden die Planungsarbeiten für die bauliche Sanierung und Erweiterung der Schule im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Im Frühjahr wurde eine Baustudie abgeschlossen. Am 13. September 1989 erteilte der Regierungsrat die Bewilligung für die Durchführung eines Projektwettbewerbs, und in seiner September-Session genehmigte der Grosse Rat ein Landgeschäft, mit dem die Schulparzelle um 3000 m² vergrössert werden konnte (GRB 1812/89). Im Zuge der Bauprojektierung werden auch Mittel und Wege gesucht, um die Mitfinanzierung durch andere Kantone noch zu verbessern. Der Vorstand der Schweizerischen Forstdirektorenkonferenz hat seine Bereitschaft erklärt, bei diesem Vorhaben mitzuhelfen.

Um den Unterricht an den einzelnen Abteilungen noch effizienter zu gestalten und die Leistungsfähigkeit der Schuladministration weiter zu stärken, wurden eine ganze Reihe organisatorische Massnahmen an die Hand genommen. Insbesondere wurden Vorbereitungen getroffen, um 1991 vom Kursbetrieb konsequent auf den Semesterbetrieb umzustellen. Mit dieser Massnahme sollen vor allem die Verwaltungsarbeiten und der Einsatz der Lehrkräfte vereinfacht werden.

1989 absolvierten erstmals in der Schweiz ausgebildete HTL-Studenten ihr Praktikum in der Holzwirtschaft. Das Resultat war für alle Beteiligten rundweg positiv. Die Studenten dieses ersten HTL-Jahrgangs der Holzfachschule, welche 1990 die Diplomprüfung zu bestehen haben werden, stellen hochwillkommene Fachleute dar, die der Holzwirtschaft zu neuer Innovationskraft verhelfen sollen.

2.13 **Gebäudeversicherung des Kantons Bern**

2.13.1 *Allgemeines*

Die Rechnung des Geschäftsjahrs 1989 schliesst bei Einnahmen von 168,4 Mio. Franken (Vorjahr 153,7 Mio.) und Ausgaben von 163,9 Mio. Franken (Vorjahr 151,2 Mio.) mit einem Ein-

L'école comptait 627 (601) étudiants; au printemps 1989, 168 (174) d'entre eux ont obtenu leur diplôme. Comme les exigences requises ont été rendues plus sévères, 5 candidats ont échoué.

2.12.4 *Ecole d'ingénieurs de Saint-Imier*

Les travaux d'agrandissement de l'école ont été effectués dans les délais et se termineront en août 1990. Dès cette date débutera la rénovation de l'ancien bâtiment. L'école a procédé à la fin de l'année à l'achat de l'équipement et du mobilier pour le nouveau bâtiment. En outre, l'équipement des ateliers s'est complété d'une fraiseuse à commande numérique CNC et les laboratoires de bancs d'essai en régulation, automatique, fibres optiques et électroniques.

L'école compte 87 (81) étudiants ETS. 23 (21) diplômés ont été délivrés l'automne dernier. Les écoles de métiers ont un effectif total de 170 (165) élèves. Lors des examens pour l'obtention du certificat fédéral de capacité, la moyenne générale a atteint la note de 5,0. Un seul échec devait être déploré.

2.12.5 *Ecole du bois à Bienne*

L'afflux des candidats aux formations offertes par cette école n'a pas diminué. Malheureusement, le taux des admissions est en moyenne, toutes divisions comprises, inférieur à 60 pour cent. Cette situation est essentiellement due au fait que les réserves de locaux sont épuisées.

Par conséquent, les travaux de planification en vue de la rénovation et de l'extension de l'école ont été poursuivis. Une étude a été présentée au printemps. Le 13 septembre 1989, le Conseil-exécutif a autorisé l'ouverture d'un concours d'architecture et le Grand Conseil a approuvé, au cours de la session de septembre, une affaire foncière qui prévoit une extension du terrain de l'école de 3000 m² (AGC 1812/89). Il s'agit également d'étudier, dans le cadre du projet, les moyens et les possibilités d'améliorer la participation financière des autres cantons. Le comité de la Conférence des chefs des départements forestiers cantonaux s'est déclaré prêt à participer à ce projet.

Une série de mesures ont été prises dans le but de rationaliser davantage l'enseignement dans les diverses divisions et le déroulement des travaux administratifs. On envisage de regrouper les cours par semestres à partir de 1991. Cette mesure doit permettre avant tout de faciliter le travail administratif et de simplifier les programmes de cours des maîtres.

Pour la première fois en Suisse, des étudiants ETS ont effectué un stage pratique dans l'économie du bois. Le résultat s'est avéré positif dans tous les cas. Les étudiants de cette première volée subiront l'examen de diplôme en 1990. Il s'agira de spécialistes qui seront en mesure d'innover dans le monde de la pratique.

2.13 **Assurance immobilière du canton de Berne**

2.13.1 *Généralités*

Avec 168,4 millions de francs de recettes (année précédente: 153,7 millions) et 163,9 millions de francs de dépenses (année précédente: 151,2 millions), les comptes de l'exercice annuel

nahmenüberschuss von 4,5 Mio. Franken (Vorjahr 2,5 Mio.) ab. Das Jahresergebnis ist gesamthaft besser ausgefallen als budgetiert.

2.13.2 Neuer Prämientarif – Prämienenkung

Der ab 1. Januar 1990 gültige Prämientarif der GVB sieht eine wettbewerbs- und risikogerechtere Tarifierung vor und ist gleichzeitig mit einer allgemeinen Prämienermässigung bis zu 17 Prozent verbunden. Diese Ermässigung ist in erster Linie einer Verbesserung des Schadenverlaufs Feuer zu verdanken. Die grossen Anstrengungen der GVB auf dem Gebiet des Brandschutzes beginnen erste Erfolge zu zeitigen.

2.13.3 Räumungskosten

In vielen Schadenfällen müssen Überreste von Gebäuden, die für den Wiederaufbau nicht mehr verwendet werden können, in die nächste Deponie geführt werden. Die dadurch verursachten Kosten sind von der Gebäudeversicherung bis jetzt voll entschädigt worden. Es ist damit zu rechnen, dass die Kosten für die Räumung und die Entsorgung weiter ansteigen werden. Die GVB hat deshalb vorsorglich die Entschädigungsmöglichkeiten für die Räumung und Entsorgung beschädigter Gebäudeteile verbessert.

2.13.4 Stand der Katastrophenprävention im Kanton Bern

Der aktuelle Vollzug der Katastrophenprävention beschränkt sich seit 1987 auf die Beurteilung von Katastrophenrisiken im Rahmen hängiger Baubewilligungs- und Plangenehmigungsverfahren; dieser Vollzug wurde seit 1987 ohne zusätzliches Personal durch die Arbeitsgruppe für einzelbetriebliche Katastrophenprävention EKP sichergestellt. Unter Leitung der GVB arbeiten in dieser Gruppe die Koordinationsstelle für Umweltschutz (KUS), das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA), das Gewässerschutzamt (GSA) und das Laboratorium für Lebensmittel- und Trinkwasserkontrolle zusammen. Pro Jahr wurden ca. 70 Geschäfte behandelt, und es konnten zahlreiche Chemierisiken erheblich entschärft werden. Für 1990 sind, gestützt auf die Umweltschutzbeschlüsse des Grossen Rats im November 1989, raschmöglichst die personellen Kapazitäten bereitzustellen, um den dringend erforderlichen vollständigen Vollzug ab 1991 schrittweise einzuführen. Wegleitend für das vom Grossen Rat genehmigte Vollzugsmodell ist Artikel 10 des Umweltschutzgesetzes. Dieses basiert auf der durch kantonale Organe überwachten Eigenverantwortung der risikoträchtigen Betriebe. Es sind vorwiegend die Betriebe selbst, die durch geeignete Massnahmen dafür sorgen müssen, dass sich Betriebsunfälle nicht zu katastrophalen Ereignissen ausweiten. Aufgabe des Kantons ist es, sicherzustellen, dass die Betriebe ihre Eigenverantwortung richtig wahrnehmen.

Das Vollzugsmodell orientiert sich an den heute bewährten Strukturen der kantonalen Verwaltung. Das Schwergewicht des Vollzugs soll im Bereich der Volkswirtschaftsdirektion liegen. Die Gesamtkoordination hat das kantonale Laboratorium als Fachstelle in allen Chemiefragen inne. Dieses bearbeitet jedoch diese Vollzugsbereiche nicht im Alleingang, sondern in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA), dem Gewässerschutzamt, der Koordinationsstelle für Umweltschutz und der Zentralstelle für Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung. Die GVB wird im Rahmen

1989 se soldent par un excédent de recettes de 4,5 millions de francs (année précédente: 2,5 millions). Le résultat annuel a globalement été meilleur que les prévisions du budget.

2.13.2 Nouveau tarif des primes – Réduction de primes

Le tarif des primes de l'AIB valable à partir du 1^{er} janvier 1990 prévoit une tarification plus concurrentielle et davantage conforme aux risques; il implique aussi une réduction générale des primes allant jusqu'à 17 pour cent. Cette diminution est avant tout attribuable à une amélioration de l'évolution des dommages causés par le feu. Les efforts considérables déployés par l'AIB dans le domaine de la protection contre les incendies commencent à porter leurs fruits.

2.13.3 Frais de déblaiement

Dans de nombreux cas de sinistres, les restes de bâtiments qui ne peuvent plus être utilisés pour la reconstruction doivent être amenés à la décharge la plus proche. Les coûts qui en découlent ont jusqu'à présent entièrement été pris en charge par l'Assurance immobilière. Il faut s'attendre à ce que les frais de déblaiement et d'évacuation continuent d'augmenter. Ce faisant, l'AIB a par précaution amélioré les possibilités d'indemnités pour le déblaiement et l'évacuation des parties de bâtiments endommagés.

2.13.4 Etat de la prévention des catastrophes dans le canton de Berne

L'exécution actuelle de la prévention des catastrophes se limite, depuis 1987, à l'appréciation des risques de catastrophes dans le cadre des procédures d'octrois de permis de construire et d'approbation de plans en suspens; depuis 1987, cette exécution a été assumée par le groupe de travail pour la prévention des catastrophes dans des entreprises particulières (PCE), sans recourir à du personnel supplémentaire. Le Service de coordination pour la protection de l'environnement (SCPE), l'Office cantonal de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OCIAMT), l'Office cantonal de la protection des eaux (OCPE) et le Laboratoire cantonal travaillent ensemble dans ce groupe, sous la conduite de l'AIB. Quelque 70 affaires par année ont été traitées et de nombreux risques d'accidents chimiques ont considérablement pu être «désamorçés». Sur la base des arrêtés en matière de protection de l'environnement prononcés par le Grand Conseil en novembre 1989, les capacités en personnel pour 1990 devront être mises à disposition aussi rapidement que possible, en vue d'introduire progressivement l'exécution complète impérativement nécessaire, à partir de 1991. L'article 10 de la loi sur la protection de l'environnement est le fil conducteur du modèle d'exécution approuvé par le Grand Conseil. Il est basé sur la responsabilité personnelle des entreprises à risques surveillées par des organes cantonaux. C'est généralement aux entreprises qu'il incombe de veiller à ce que les accidents de travail ne prennent pas l'ampleur d'événements catastrophiques, en prenant des mesures adéquates. Le canton a pour tâche de garantir que les entreprises soient réellement conscientes de leur propre responsabilité.

Le modèle d'exécution est axé sur les structures de l'administration cantonale ayant jusqu'à présent fait leurs preuves. L'essentiel de l'exécution incombe à la Direction de l'économie publique. En sa qualité de service spécialisé pour toutes questions en rapport avec la chimie, c'est le Laboratoire cantonal qui se charge de la coordination globale. Il ne traite toutefois

des vorbeugenden Brandschutzes und der Wehrdienste einen wichtigen Vollzugsbeitrag leisten, hängen doch beide Bereiche eng mit der Katastrophenprävention zusammen.

pas seul ces domaines d'exécution, mais travaille en étroite collaboration avec l'Office cantonal de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OCIAMT), l'Office cantonal de la protection des eaux (OCPE), le Service de coordination pour la protection de l'environnement (SCPE) et le Service central des secours en cas de catastrophe et de la défense (SCD). L'AIB contribuera de manière importante à l'exécution, dans le cadre de la protection préventive contre les incendies et des services de défense, vu que ces deux domaines sont étroitement liés à la prévention des catastrophes.

3. Parlamentarische Vorlagen und Verordnungen

Übersicht:

	1985	1986	1987	1988	1989
Volksbegehren	–	1	–	–	–
Gesetze	–	2	4	4	5
Dekrete	3	4	5	2	3
Volksbeschlüsse	1	–	–	–	–
Grossratsbeschlüsse	–	–	–	–	–
Direktionsgeschäfte	11	35	33	20	16
Verordnungen	4	7	15	10	12

In der Statistik sind nur diejenigen Geschäfte aufgeführt, die von der Volkswirtschaftsdirection traktandiert wurden. Auflistung nach dem Jahr der Behandlung im Grossen Rat.

3. Textes législatifs soumis au Parlement et ordonnances

Récapitulatif:

	1985	1986	1987	1988	1989
Initiatives populaires	–	1	–	–	–
Lois	–	2	4	4	5
Décrets	3	4	5	2	3
Arrêtés populaires	1	–	–	–	–
Arrêtés du Grand Conseil	–	–	–	–	–
Affaires de direction	11	35	33	20	16
Ordonnances	4	7	15	10	12

Ces chiffres ne reprennent que les affaires traitées par la Direction de l'économie publique. Répartition selon l'année où le Grand Conseil a traité l'affaire.

3.1 Gesetze, Dekrete und Grossratsbeschlüsse

1989 wurden dem Grossen Rat folgende Gesetze und Dekrete unterbreitet:

- Gesetz über die Arbeitsvermittlung, die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenunterstützung (AVUG) (2. Lesung)
- Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELGK) (2. Lesung)
- Gesetz zur Reinhaltung der Luft (2. Lesung)
- Gesetz über die Ingenieurschulen, Technikerschulen und Höheren Fachschulen
- Gesetz über die Förderung des Tourismus
- Dekret über die Finanzierung der Ingenieurschulen, Technikerschulen und Höheren Fachschulen (Änderung des Anhangs I)
- Dekret über die Krankenversicherung (Änderung)
- Dekret betreffend Neufestsetzung des Mindestansatzes der Kinderzulage für Arbeitnehmer.

Die *Direktionsgeschäfte* betrafen:
Wirtschaftsförderung – Landpolitik

- Genehmigung von zwei Kaufverträgen für den Verkauf von Land in Oberbipp und Zwingen

Fremdenverkehrsförderung

- Einwohnergemeinde Meiringen: Staatsbeitrag an die Gestaltung des Casinoplatzes als öffentlich-touristisches Ortszentrum

Umweltschutz

- Finanzierung der Ausarbeitung von Massnahmenplänen gemäss Artikel 31 der Eidg. Luftreinhalte-Verordnung

Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

- Beitrag an das Beschäftigungsprogramm «Kinderhilfswerk UNICEF» der Stadt Biel

3.1 Lois, décrets et arrêtés du Grand Conseil

En 1989, les lois et décrets suivants ont été soumis au Grand Conseil:

- Loi sur le service de l'emploi, l'assurance-chômage et l'aide aux chômeurs (LSAC), (2^e lecture)
- Loi sur les prestations complémentaires à l'assurance-veilles, survivants et invalidité (2^e lecture)
- Loi sur la protection de l'air (2^e lecture)
- Loi sur les écoles d'ingénieurs, les écoles techniques et les écoles supérieures spécialisées
- Loi sur l'encouragement du tourisme
- Décret concernant le financement des écoles d'ingénieurs, des écoles de techniciens et des écoles spéciales supérieures (Modification de l'appendice I)
- Décret sur l'assurance-maladie (Modification)
- Décret concernant l'ajustement du taux minimum de l'allocation pour enfants aux salariés.

Les *affaires de direction* concernaient:

Encouragement de l'économie – politique foncière

- Approbation de deux contrats de vente pour la vente de terrains à Oberbipp et à Zwingen.

Encouragement du tourisme

- Commune municipale de Meiringen: Place du Casino; Contributions de l'Etat à l'aménagement en centre touristique public

Protection de l'environnement

- Financement de plans de mesures au sens de l'article 31 de l'ordonnance fédérale sur l'hygiène de l'air

Mesures de lutte contre le chômage

- Subvention en faveur du programme d'occupation de la Ville de Bienne (projet UNICEF)
- Contributions de l'Etat 1986 au secours de crise

- Staatsbeiträge 1988 an die Krisenhilfe *Ingenieurschulen und Holzfachschule Biel*
 - Schaffung eines dritten deutschsprachigen Klassenzuges an der elektrotechnischen Abteilung der Ingenieurschule Biel
 - Eröffnung einer HTL-Abteilung für technische Informatik an der Ingenieurschule St. Immer
 - Erweiterung des Abgaslabors der automobiltechnischen Abteilung der Ingenieurschule Biel
 - Ausbau des Maschinenlabors der Ingenieurschule Burgdorf
- Ausbau der Berufsschulen*
- Staatsbeitrag an die Erstellung der Schulanlage Grentschel, Lyss
 - Staatsbeitrag an die Gewerblich-Industrielle Berufsschule (GIBB) Bern, Filiale Bümplizstrasse 45, Berufsgruppe Gastgewerbe und Lehrwerkstätten der Stadt Bern, Filiale Bümplizstrasse 45, Innendekorationsberufe der Innenausbauabteilung
 - Staatsbeitrag an die Sanierung und den Ausbau der Kaufmännischen Berufsschule Thun

Nachkredite

- für das Kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
 - für das Amt für Fremdenverkehr (2 Geschäfte).
- Ferner wurde dem Grossen Rat der Bericht über die «Absehbaren Auswirkungen des EG-Binnenmarkts auf den Kanton Bern» unterbreitet.

3.2 Verordnungen

Der Regierungsrat hat 1989 folgende Verordnungen erlassen:

- Verordnung über Anstellung und Besoldung der Dozenten und Lehrer an den kantonalen Schulen, welche der Volkswirtschaftsdirektion unterstellt sind (VAB) (Änderung)
 - Verordnung über das Personalwesen an Schulen und Institutionen der Berufsbildung (VPB) (Änderungen im März und Juni)
 - Verordnung über den Wirtschaftsförderungsfonds (Totalrevision)
 - Verordnung über den Grundstückfonds (Totalrevision)
 - Verordnung über die Staatsgarantie für Zusatzbürgschaften gewerblicher Bürgschaftsinstitutionen (Änderung)
 - Reglement betreffend Beratende Kommission zur Förderung der Wirtschaft (Totalrevision)
 - Verordnung zum Bundesgesetz über den Verkehr mit Giften (Änderung)
 - Verordnung über Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (Änderung)
 - Verordnung über die Berufslehre (VBL) (Änderung)
 - Feuerpolizeiverordnung (Änderung Anhänge 1 und 2)
 - Verordnung über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELVK) (Totalrevision).
- Ausserdem hat der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen zum Gesetz und Dekret über die Gebäudeversicherung (Brandschutzvorschriften) geändert sowie den Gebührentarif für die amtlichen Laboratorien der Lebensmittelkontrolle der Schweiz genehmigt.

Ecoles d'ingénieurs et Ecole du bois à Bienne

- Ouverture d'une troisième classe ETS en électrotechnique pour les étudiants germanophones à l'Ecole d'ingénieurs de Bienne
- Ouverture d'une classe ETS en informatique technique à l'Ecole d'ingénieurs de Saint-Imier
- Agrandissement du laboratoire des gaz d'échappement de la division technique automobile de l'Ecole d'ingénieurs de Bienne
- Extension du laboratoire des machines de l'Ecole d'ingénieurs de Berthoud

Extension d'écoles professionnelles

- Subvention cantonale pour la construction d'installations scolaires au Grentschel, à Lyss
- Subvention cantonale à l'Ecole professionnelle industrielle et artisanale (GIBB) à Berne, filiale de la Bümplizstrasse 45, groupe des professions de la restauration, et aux Ecoles de métiers de la Ville de Berne, filiale de la Bümplizstrasse 45, professions de la décoration d'intérieurs de la section aménagement d'intérieurs
- Subvention cantonale pour la rénovation et l'agrandissement de l'Ecole professionnelle commerciale de Thoune

Crédits supplémentaires

- à l'Office cantonal de l'industrie, des arts et métiers et du travail
- à l'Office du tourisme (2 affaires)

En outre, le Rapport sur les «conséquences prévisibles du marché unique européen pour l'économie du canton de Berne» a été soumis au Grand Conseil.

3.2 Ordonnances

Le Conseil-exécutif a arrêté en 1988 les ordonnances suivantes:

- Ordonnance concernant l'engagement et le traitement des professeurs et des maîtres aux écoles cantonales dépendant de la Direction de l'économie publique (OPMEC) (Modification)
- Ordonnance sur le personnel des écoles et institutions de la formation professionnelle (OPFPr) (Modification en mars et en juin)
- Ordonnance sur le fonds d'encouragement à l'économie (Révision totale)
- Ordonnance sur le fonds pour les affaires foncières (Révision totale)
- Ordonnance concernant la garantie de l'Etat pour des cautionnements supplémentaires octroyés par des institutions de cautionnement des arts et métiers (Modification)
- Règlement concernant la commission consultative pour le développement de l'économie (Révision totale)
- Ordonnance relative à la loi fédérale sur le commerce des toxiques (Modification)
- Ordonnance sur les adaptations des prestations complémentaires à l'AVS/AI (Modification)
- Ordonnance sur l'apprentissage (OA) (Modification)
- Ordonnance concernant la police du feu (Modification des appendices 1 et 2)
- Ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (Révision totale).

Le Conseil-exécutif a également modifié les dispositions d'exécution relatives à la loi et au décret concernant l'assurance immobilière (prescriptions concernant la protection contre les incendies) et a approuvé le tarif des émoluments pour les laboratoires officiels du contrôle des denrées alimentaires en Suisse.

4. **Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)**

Übersicht (im Grossen Rat behandelt):

	1985	1986	1987	1988	1989
Motionen	21	10	28	13	12
Postulate	1	2	4	1	3
Interpellationen	14	7	11	15	12
Schriftliche Anfragen	2	–	–	4	1

Hängige Motionen und Postulate:

	Motionen	Postulate	Total
Hängig aus den Vorjahren	7	9	16
Überwiesen im Berichtsjahr	5	3	8
dito Motionen als Postulat	–	5	5
Total zu behandeln	12	17	29
./ im Berichtsjahr erfüllt und damit abzuschreiben (Ziff. 4.1)	4	8	12
Ende Berichtsjahr hängig:			
– ohne Fristverlängerung (Ziff. 4.2.1)	5	5	10
– mit Fristverlängerung (Ziff. 4.2.2)	3	4	7
Total hängig (Ziff. 4.2)	8	9	17

4.1 **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Motion Bischof – als Postulat überwiesen – betreffend EG-Kompatibilität: Die in der Motion angeregte Überprüfung künftiger Erlasse auf EG-Verträglichkeit ist in den «Bericht des Regierungsrats an den Grossen Rat über absehbare Auswirkungen des EG-Binnenmarkts auf die Wirtschaft des Kantons Bern» aufgenommen worden (S. 75/76) und wird im Zusammenhang mit der Motion 160/88 weiterverfolgt. Es handelt sich somit um eine Daueraufgabe.

Motion Singeisen – Punkt 1 wurde überwiesen, gleichzeitig aber als erfüllt abgeschrieben, Punkt 2 als Postulat überwiesen – betreffend umweltorientierte Unternehmensförderung: Die in der Regierungsratsantwort zur Motion aufgeführten Möglichkeiten zur Finanzierung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen, auch in den von der Motionärin genannten Gebieten, werden nach den allgemeinen Richtlinien (3. Wirtschaftsförderungsprogramm, S. 66) genutzt.

Im weiteren ist auf die Koordinationsstelle für allgemeine Ökologie an der Universität Bern zu verweisen, die im Wintersemester 89/90 erstmals Studienmöglichkeiten im Bereich Ökologie anbietet. Dem Anliegen der Motionärin ist entsprochen.

Motion Ritschard – als Postulat überwiesen – betreffend Feuerwerkfabrik Hamberger, Oberried: Unter Mithilfe der Volkswirtschaftsdirektion konnte eine Übernahme der Firma H. Hamberger AG durch die Deutsche Piepenbrockgruppe per 1. Oktober 1989 erreicht werden. Die Weiterführung des Betriebs ist gesichert, alle noch verfügbaren Arbeitskräfte werden wieder eingestellt. Die Weiterbetreuung der Geschäfte erfolgt im Rahmen der normalen Wirtschaftsförderungstätigkeiten. Das Postulat kann somit abgeschrieben werden.

Motion Lutz Hans-Rudolf aus dem Jahre 1984 – als Postulat

4. **Interventions parlementaires (motions et postulats)**

Récapitulatif (interventions examinées au Grand Conseil):

	1985	1986	1987	1988	1989
Motions	21	10	28	13	12
Postulats	1	2	4	1	3
Interpellations	14	7	11	15	12
Questions écrites	2	–	–	4	1

Motions et postulats en suspens:

	Motions	Postulats	Total
En suspens depuis les années précédentes	7	9	16
Acceptés au cours de l'année écoulée	5	3	8
Motions acceptées comme postulats	–	5	5
A examiner au total	12	17	29
./ réalisés et donc classés au cours de l'année écoulée (ch. 4.1)	4	8	12
En suspens à la fin de l'année écoulée:			
– sans prolongation (ch. 4.2.1)	5	5	10
– avec prolongation (ch. 4.2.2)	3	4	7
En suspens au total (ch. 4.2)	8	9	17

4.1 **Classement des motions et postulats**

4.1.1 *Classement des motions et postulats réalisés*

Motion Bischof – acceptée comme postulat – concernant la compatibilité avec les réglementations communautaires (CE): l'étude de la compatibilité des dispositions bernoises avec le droit communautaire demandée dans la motion figure dans le «Rapport du Conseil-exécutif à l'attention du Grand Conseil sur les conséquences prévisibles du marché unique européen pour l'économie du canton de Berne» (p. 73/74) et sera poursuivie en rapport avec la réalisation de la motion 160/88. Il s'agit donc d'une tâche durable.

Motion Singeisen – point 1 accepté et classé comme étant réalisé, point 2 accepté comme postulat – concernant l'aide aux entreprises dans une perspective écologique: les possibilités de financement de programmes de formation et de perfectionnement indiquées dans la réponse du Conseil-exécutif, qui concernent également les domaines mentionnés par la motionnaire, sont utilisées conformément aux directives générales (3^e Programme d'encouragement à l'économie, p. 66).

Mentionnons également le centre d'écologie générale de l'Université de Berne qui offre pour la première fois durant le semestre d'hiver 89/90 des cours dans le domaine de l'écologie. La requête de la motionnaire est de ce fait réalisée.

Motion Ritschard – acceptée comme postulat – concernant la fabrique de feux d'artifice Hamberger à Oberried: la reprise de l'entreprise Hans Hamberger SA par le groupe allemand Piepenbrock au 1^{er} octobre 1989 a pu se faire avec l'appui de la Direction de l'économie publique. Le maintien de l'exploitation est assuré, tout le personnel a pu être à nouveau engagé. Les affaires continuent d'être traitées dans le cadre des activités normales de la Promotion économique. Le postulat peut donc être classé.

überwiesen – betreffend Festsetzung des anrechenbaren Reinvermögens bei der Krisenhilfe: Gemäss dem vom Grossen Rat am 30. August 1989 beschlossenen Gesetz über die Arbeitsvermittlung, die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenunterstützung (AVUG) bestimmt der Regierungsrat, in welcher Weise Einkommen und Vermögen des Gesuchstellers bei der Bemessung der Arbeitslosenhilfe angerechnet werden (Art. 16 Abs. 2 Bst. c).

In der am 20. November 1989 in die Vernehmlassung gegebenen Verordnung zum AVUG (AVUV) wird lediglich die Anrechnung des Vermögensertrags vorgesehen. Bezugsberechtigte Personen müssen somit nicht vorhandenes Kapital verwenden, sondern nur die daraus resultierenden Einkünfte. Damit wurde der als Postulat angenommenen Motion Rechnung getragen. Mit dem vorgesehenen Inkrafttreten des AVUG und der AVUV am 1. Juni 1990 kann das Anliegen als erfüllt betrachtet werden.

Motion Messerli aus dem Jahre 1986 – als Postulat überwiesen – betreffend Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und deren Auswirkungen. Mit dem vom Grossen Rat am 30. August 1989 beschlossenen Gesetz über die Arbeitsvermittlung, die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenunterstützung (AVUG) können die vom Motionär angeregten Massnahmen weitestgehend sichergestellt werden. Mit dem auf den 1. Juni 1990 beabsichtigten Inkrafttreten des AVUG kann das Anliegen als erfüllt bezeichnet werden.

Motion Waber – als Postulat überwiesen – betreffend Bewilligung eines Rahmenkredits für die Erarbeitung von Massnahmenplänen gemäss dem Bericht betreffend Waldschäden und Luftverschmutzung im Kanton Bern: In der Mai-Session 1989 hat der Grosse Rat einen Kredit von 3167 680 Franken (GRB Nr. 1140 vom 25. Mai 1989) für die Finanzierung der Ausarbeitung von Massnahmenplänen in den Regionen Bern und Biel beschlossen, so dass die Arbeiten an die Hand genommen werden konnten. Dem Anliegen des Motionärs ist somit entsprochen.

Motion Benoit – Punkt 1 als Motion, die Punkte 2 bis 4 als Postulat überwiesen – betreffend Erhöhung der Zahl der Arbeitsbewilligungen für Ausländer.

Punkt 1: Antrag um Erneuerung des kantonalen Verteilerschlüssels: Am 8. März 1989 gelangte der Regierungsrat mit ausführlich begründeten Anträgen zur Revision der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und demographischen Gegebenheiten an den Bundesrat. Seitens des Bundes wurde eine Arbeitsgruppe, in der unser Kanton vertreten ist, zur Ausarbeitung eines neuen Verteilerschlüssels eingesetzt.

Punkte 2 und 4: Überprüfung der innerkantonalen Verteilung der ausländischen Erwerbstätigen und verstärkte Berücksichtigung der Randregionen: Die Verteilung der Kontingente richtet sich in erster Linie nach der wirtschaftlichen Lage und den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt. Den besonderen Bedürfnissen der Randregionen und den standortbedingten Nachteilen bei der Personalrekrutierung wird bei der Prüfung der Einzelgesuche in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Punkt 3: Erhöhung der Arbeitsbewilligungen für Grenzgänger im Berner Jura: Der gesamtbernerische Bestand an Grenzgängern betrug per 31. August 1988 747; per 31. August 1989 1352. Der Grossteil dieser Grenzgänger wird im Berner Jura beschäftigt. Zudem wurde die Grenzzone ausgeweitet (St.-Immer-Tal). – Dem Anliegen des Motionärs ist somit entsprochen worden.

Motion Brawand betreffend Saisonkontingente für Saison 1988/89;

Motion Probst betreffend Saisoniers und Jahresaufenthalter: Am 8. März 1989 gelangte der Regierungsrat mit ausführlich begründeten Anträgen zur Revision der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer an den Bundesrat. Es wurde unter anderem auch eine Erhöhung des dem Kanton

Motion Lutz Hans-Rudolf déposée en 1984 – acceptée comme postulat – concernant le calcul de la fortune nette imputable en cas de secours de crise: en vertu de la loi sur le service de l'emploi, l'assurance-chômage et l'aide aux chômeurs (LSAC) adoptée par le Grand Conseil le 30 août 1989, le Conseil-exécutif détermine de quelle manière sont pris en compte, pour évaluer le secours aux chômeurs, le revenu et la fortune du requérant.

L'ordonnance relative à la LSAC (OSAC), en consultation depuis le 20 novembre 1989, prévoit uniquement le calcul du gain sur la fortune. Les ayants droit ne doivent donc pas utiliser le capital disponible mais les revenus qui en résultent. Il a ainsi été tenu compte de la motion qui a été acceptée comme postulat. L'entrée en vigueur de la LSAC et de l'OSAC étant prévue pour le 1^{er} juin 1990, la requête est considérée comme étant réalisée.

Motion Messerli déposée en 1986 – acceptée comme postulat – concernant la lutte contre les longues périodes de chômage et leurs conséquences; le Grand Conseil ayant adopté le 30 août 1989 la loi sur le service de l'emploi, l'assurance-chômage et l'aide aux chômeurs (LSAC), les mesures proposées par le motionnaire peuvent être dans une large mesure réalisées. Comme la mise en vigueur de la loi en question est prévue pour le 1^{er} juin 1990, la requête est considérée comme étant réalisée.

Motion Waber – acceptée comme postulat – concernant l'octroi d'un crédit-cadre pour élaborer les plans d'action préconisés dans le Rapport sur la détérioration des forêts et la pollution atmosphérique dans le canton de Berne: lors de la session de mai 1989, le Grand Conseil a octroyé un crédit de 3167 680 francs (AGC N° 1140 du 25 mai 1989) pour le financement de la préparation de plans de mesures dans les régions de Berne et de Bienne. Les travaux ont ainsi pu débiter. La requête du motionnaire est donc réalisée.

Motion Benoit – point 1 accepté comme motion, points 2 à 4 acceptés comme postulat – concernant l'augmentation du nombre de permis de travail pour les étrangers.

Point 1: demande de révision de la clé de répartition pour le canton: le 8 mars 1989, le Conseil-exécutif a présenté au Conseil fédéral des propositions détaillées et fondées en vue de la révision de l'ordonnance limitant le nombre des étrangers, en tenant compte des aspects économique et démographique. Le Conseil fédéral a pour sa part formé un groupe de travail, où le canton est représenté, dans le but de fixer une nouvelle clé de répartition.

Points 2 et 4: réexamen de la répartition dans le canton des travailleurs étrangers et prise en compte accrue des régions défavorisées: la répartition des contingents est déterminée avant tout par la situation économique et les conditions du marché du travail. Lors de l'examen des demandes individuelles, il est tenu compte de façon appropriée des besoins spécifiques des régions défavorisées et des désavantages liés à la situation géographique.

Point 3: augmentation du nombre de permis de travail pour les frontaliers au Jura bernois: le canton comptait au total 747 frontaliers au 31 août 1988 et 1352 au 31 août 1989. La plus grande part d'entre eux exerce un emploi au Jura bernois. De plus, la zone frontalière doit être élargie (Vallon de Saint-Imier). Il a ainsi été donné suite à la requête du motionnaire.

Motion Brawand concernant les contingents saisonniers pour 1988/89;

Motion Probst concernant les saisonniers et les résidents annuels: le 8 mars 1989, le Conseil-exécutif présente au Conseil fédéral des propositions détaillées et fondées en vue de la révision de l'ordonnance limitant le nombre des étrangers. Il a été exigé notamment que le contingent attribué au canton soit augmenté en fonction de la capacité économique. Le Conseil fédéral a confié à un groupe de travail, qui compte également un représentant du canton de Berne, la tâche de

Bern zustehenden Kontingents nach Massgabe der wirtschaftlichen Kraft gefordert. Der Bundesrat hat eine Arbeitsgruppe, in der auch der Kanton Bern vertreten ist, mit der Überprüfung des Verteilschlüssels beauftragt. Die Arbeiten dieser Arbeitsgruppe sollen ihren Niederschlag in der Kontingentsperiode 1990/91 finden.

Angesichts der Tatsache, dass das Kontingent bezüglich der Periode 1989/90 nicht erhöht wurde, wurde seitens des Kantons unverzüglich ein Nachtragsbegehren eingereicht, dem durch die zusätzliche Freigabe von 625 Einheiten teilweise entsprochen wurde. Den Anliegen der beiden Motionäre wurde somit Rechnung getragen.

Motion Kohler aus dem Jahre 1986 betreffend Schulorganisation im Bereich der Berufsbildung: Der vom Motionär verlangte Bericht wurde erstellt und vom Regierungsrat am 20. Dezember 1989 genehmigt. Er wird den Mitgliedern des Grossen Rats am 25. Januar 1990 zur Kenntnisnahme zugestellt. Damit ist dem Anliegen des Motionärs entsprochen.

Postulat Brawand betreffend Lehrverhältnisse – Verträge mit Ausländern – wurde mit der Beantwortung durch den Regierungsrat als erfüllt abgeschrieben.

Motion Winistoerfer – als Postulat überwiesen – betreffend Mindestansatz der Kinderzulagen für die Arbeitnehmer: Das Anliegen ist mit der Dekretsänderung vom 20. November 1989 betreffend Neufestsetzung des Mindestansatzes der Kinderzulage für Arbeitnehmer erfüllt worden.

4.1.2 *Ausserordentliche Abschreibung*

Keine.

réexaminer la clé de répartition. Les travaux devraient avoir des répercussions sur la période 1990/91.

Vu que le contingent pour la période 1989/90 n'a pas été augmenté, le canton a immédiatement présenté une demande d'unités supplémentaires qui a été partiellement satisfaite par une attribution de 625 unités. La requête des deux motionnaires est ainsi réalisée.

Motion Kohler déposée en 1986, concernant l'organisation des écoles assurant la formation professionnelle: le rapport demandé par le motionnaire a été rédigé et approuvé par le Conseil-exécutif le 20 décembre 1989. Il a été envoyé aux députés du Grand Conseil le 25 janvier 1990 pour information. La requête du motionnaire est ainsi réalisée.

Postulat Brawand concernant les conditions d'apprentissage et les contrats avec des étrangers: classé en tant que réalisé par la réponse du Conseil-exécutif.

Motion Winistoerfer – acceptée comme postulat – concernant le montant minimum de l'allocation pour enfants versée aux salariés: la requête est réalisée par la modification du décret du 20 novembre 1989 concernant l'ajustement du taux minimum de l'allocation pour les enfants aux salariés.

4.1.2 *Classement exceptionnel*

Aucun.

4.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

4.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Motion Vollmer betreffend Berner Wirtschaft und EG-Binnenmarkt: Nach der Vorlage des «Berichtes des Regierungsrats über absehbare Auswirkungen des EG-Binnenmarkts auf die Wirtschaft des Kantons Bern» vom 28. Juni 1989, in dem verschiedene heute sinnvoll erscheinende Beeinflussungsmöglichkeiten aufgeführt sind, ist Punkt 1 der Motion erfüllt. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht festgehalten, dass er es als eine Daueraufgabe erachtet, die Entwicklung der EG und die Auswirkungen auf den Kanton Bern zu verfolgen. Zur Erreichung dieses Ziels und zur Realisierung der aufgezeigten Beeinflussungsmöglichkeiten (Punkt 2 der Motion) wird die Schaffung einer verwaltungsinternen Anlaufstelle für EG-Fragen, eine *EG-Koordinationsstelle*, vorbereitet.

Motion Seiler (Moosseedorf) betreffend Bekämpfung der Missbräuche im Kleinkreditwesen: Die Umfrage bei den Konkordatskantonen hat ergeben, dass eine Verschärfung der Bestimmungen über Missbräuche im Zinswesen im Rahmen des Konkordats nicht machbar ist. Aufgrund parlamentarischer Vorstösse sind aber doch in einigen Kantonen Bestrebungen im Gang, das Konsumkreditwesen zu regeln. Es wird nun versucht, in Zusammenarbeit mit solchen Kantonen eine Lösung zu finden. Dabei ist zu beachten, dass nun auch auf Bundesebene versucht wird, das Problem gesamtschweizerisch in den Griff zu bekommen. Auf kantonaler Ebene soll das Anlie-

4.2 **Réalisation des motions et postulats acceptés**

4.2.1 *Motions et postulats dont le délai de deux ans n'est pas encore expiré*

Motion Vollmer concernant l'économie bernoise et le marché intérieur de la CE: le «Rapport du Conseil-exécutif sur les conséquences prévisibles du marché unique européen sur l'économie du canton de Berne» a été présenté le 28 juin 1989. Il fait état de diverses possibilités d'influence considérées actuellement comme étant raisonnables. Le point 1 de la motion est ainsi réalisé. Le Conseil-exécutif a, dans son rapport, estimé être de son devoir d'observer en permanence l'évolution de la Communauté européenne et ses effets sur le canton de Berne. Pour atteindre cet objectif et concrétiser les moyens d'influence indiqués (point 2 de la motion), on prépare la création au sein de l'administration d'un *service de coordination pour les affaires européennes*.

Motion Seiler (Moosseedorf) concernant la lutte contre les abus en matière de petits crédits: l'enquête réalisée auprès des autres cantons membres du Concordat a montré qu'un renforcement des dispositions sur les abus en matière d'intérêt conventionnel n'est pas possible dans les limites du Concordat. Certains cantons s'efforcent toutefois, par le biais d'interventions parlementaires, de réglementer le crédit à la consommation. Une solution est en préparation en collaboration avec ces cantons. A l'échelon fédéral une solution est recherchée pour l'ensemble de la Suisse. A l'échelon cantonal, la requête sera prise en considération lors de la révision de la loi sur l'in-

gen in die Revision des Gewerbegesetzes einbezogen werden. Infolge anderer Gesetzgebungsprioritäten in der Volkswirtschaftsdirektion wird der Revisionsentwurf zum Gewerbegesetz frühestens Ende 1990 in die Vernehmlassung gegeben werden können.

Motion Rickli betreffend Kontrolle von Gasfeuerungsanlagen für Heizzwecke: Die Einführung der Kontrolle von Gasfeuerungsanlagen ist mit der Totalrevision des kantonalen Lufthygienegesetzes (LHG) festgelegt worden. Einzelheiten dazu werden in der Verordnung über die Kontrolle der Feuerungsanlagen mit Heizöl «extra leicht» und Gas (VKF) geregelt. Beide Erlasse sollen Mitte 1990 in Kraft gesetzt werden.

Motion Strahm betreffend schärfere Emissionsgrenzwerte für Feuerungen: Die Emissionsgrenzwerte für Feuerungsanlagen werden im Rahmen der zurzeit laufenden Revision der eidgenössischen Luftreinhalte-Verordnung (LRV) massiv verschärft (z. T. strenger als diejenigen der Zürich-Norm, die vom Motionär gefordert wird). Diese Verschärfung bildet einen wesentlichen Teil der Massnahmenpläne im Feuerungsbereich, die im Verlaufe des Jahres 1990 ausgearbeitet werden.

Motion Petermann – Punkt 1 und 3 wurden überwiesen, gleichzeitig aber als erfüllt abgeschrieben, Punkt 2 als Postulat überwiesen – betreffend Chancengleichheit bei der beruflichen Ausbildung für Deutsch- und Französischsprachige in der Region Biel: Die Anerkennung der HKG Bern durch das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement erfolgte am 15. August 1989. Die Errichtung einer HKG in Biel wird noch näher geprüft.

Postulat Marthaler betreffend Haustechniker – die Antwort des Gewerbes an die Zukunft: Das Amt für Berufsbildung wird im Laufe des Jahres 1990 zusammen mit den interessierten Berufsverbänden prüfen, unter welchen Voraussetzungen an Berufs-, Techniker- oder Meisterschulen im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen anwendungsbezogene Kurse in Haustechnik angeboten werden könnten.

Motion Weiss – Punkt 1 als Motion, Punkt 2 als Postulat überwiesen – betreffend Ausbildung in Ökologie an den drei Ingenieurschulen HTL Biel, Burgdorf und St. Immer: An den Ingenieurschulen Biel und Burgdorf sind die Anliegen heute schon weitgehend verwirklicht, indem die Lehrpläne für die Grundausbildung ergänzt und ökologisch orientierte Nachdiplomstudien eingeführt wurden (Nachdiplomstudium Umwelttechnik-Luft und Energietechnik). An der Ingenieurschule St. Immer wird dies voraussichtlich bis 1992 der Fall sein.

Postulat Büsschi betreffend Aufhebung des Feuerversicherungs-Obligatoriums für Motorfahrzeuge: Die Vorabklärungen sind abgeschlossen. Die Vorbereitungen für die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen sind im Gang.

Motion Bieri (Oberdiessbach) – als Postulat überwiesen – betreffend Revision des Gesetzes betreffend die Versicherung der Fahrhabe gegen Feuersgefahr: Die Vorabklärungen sind abgeschlossen. Die Vorbereitungen für die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen sind im Gang.

Motion Rey – als Postulat überwiesen – betreffend Gesetz über die Wehrdienste; Einkommensabhängige Pflichtersatzsteuer: Das Anliegen der Motionärin wird in die laufende Revision der Wehrdienstgesetzgebung einbezogen. Der frühestmögliche Termin für die Inkraftsetzung des revidierten Gesetzes dürfte Anfang 1992 sein.

4.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristenerstreckung*

Postulat Moser aus dem Jahre 1982 betreffend Bewilligungspflicht und Aufsicht über die Treuhänder: Die Frage der Bewilligungspflicht für Treuhänder soll zusammen mit der Bewilligungspflicht für andere Erwerbstätigkeiten im Rahmen der Gewerbegesetzrevision überprüft werden. Infolge anderer Gesetzgebungsprioritäten in der Volkswirtschaftsdirektion wird

dustrie. La Direction de l'économie publique ayant fixé d'autres priorités dans la planification des lois, le projet de révision de la présente loi sera mis en consultation au plus tôt à la fin de 1990.

Motion Rickli pour un contrôle des installations de chauffage alimentées au gaz: l'instauration d'un tel contrôle a été fixée lors de la révision totale de la loi cantonale sur la protection de l'air. Les détails sont réglés dans l'ordonnance sur le contrôle des installations de combustion alimentées à l'huile «extra légère» et au gaz (OCIC). Les deux textes doivent entrer en vigueur au milieu de 1990.

Motion Strahm concernant les valeurs limites d'émission plus sévères pour les installations de combustion: dans le cadre de l'actuelle révision de l'ordonnance fédérale sur la protection de l'air (OPair), il est prévu de fixer des limites plus sévères pour les installations en question (en partie plus strictes que les normes zurichoises exigées par le motionnaire). Ces normes plus sévères constituent une part importante des plans de mesures qui seront élaborés au cours de 1990 dans le domaine des installations de chauffage.

Motion Petermann – points 1 et 3 acceptés et classés comme étant réalisés, point 2 accepté comme postulat – concernant l'égalité des chances en matière de formation professionnelle entre Alémaniques et Romands dans la région bernoise: l'ESGC de Berne a été reconnue par le Département fédéral de l'économie publique le 15 août 1989. La création d'une ESGC à Bienne fait l'objet d'une étude plus approfondie.

Postulat Marthaler concernant les techniciens en installations du bâtiment – une profession d'avenir: l'Office de la formation professionnelle examinera au cours de l'année avec les associations professionnelles intéressées les possibilités d'organiser dans cette branche des cours de perfectionnement axés sur la pratique dans les écoles professionnelles, les écoles de techniciens ou au niveau de la maîtrise.

Motion Weiss – point 1 accepté comme motion, point 2 comme postulat – concernant la formation en écologie dans les trois écoles d'ingénieurs de Bienne, de Berthoud et de Saint-Imier: cette requête est dans une large mesure réalisée aux écoles d'ingénieurs de Bienne et de Berthoud par des compléments apportés aux programmes de cours de la formation de base et l'introduction de cycles d'études postgrades axés sur l'écologie (en technique de l'environnement et en technique de l'énergie). Ce sera vraisemblablement aussi le cas pour l'Ecole d'ingénieurs de Saint-Imier d'ici 1992.

Postulat Büsschi concernant la suppression de l'assurance mobilière obligatoire contre l'incendie des véhicules à moteur: la question a été examinée. Les adaptations nécessaires de la loi sont en préparation.

Motion Bieri (Oberdiessbach) – acceptée comme postulat – concernant la révision de la loi sur l'assurance mobilière contre l'incendie: l'étude de la question est achevée. Les adaptations nécessaires de la loi sont en préparation.

Motion Rey – acceptée comme postulat – concernant la loi sur la défense contre le feu et autres dommages; taxe d'exemption en fonction du revenu: la requête de la motionnaire est prise en compte dans la révision actuelle de la loi en question. La loi révisée ne devrait pas entrer en vigueur avant le début de 1992.

4.2.2 *Motions et postulats au bénéfice d'une prolongation de délai*

Postulat Moser déposé en 1982, concernant l'autorisation d'exercer la profession et la surveillance des fiduciaires: la question de l'autorisation obligatoire pour fiduciaires doit être examinée en même temps que l'autorisation obligatoire pour les autres activités lucratives lors de la révision de la loi sur l'industrie. La Direction de l'économie publique ayant fixé d'au-

der Revisionsentwurf zum Gewerbegesetz frühestens Ende 1990 in die Vernehmlassung gegeben werden können. Der Grosse Rat hat in der November-Session 1985 die Frist zur Erfüllung des Postulats bis Ende 1987 verlängert und im November 1987 einer weiteren Fristerstreckung um zwei Jahre zugestimmt (1989). Im November 1989 hat der Grosse Rat einer erneuten Fristerstreckung um ein Jahr zugestimmt (1990).

Motion Jenni aus dem Jahre 1985 – als Postulat überwiesen – betreffend Totalrevision des Gewerbegesetzes: Infolge anderer Gesetzgebungsprioritäten in der Volkswirtschaftsdirektion wird der Revisionsentwurf zum Gewerbegesetz frühestens Ende 1990 in die Vernehmlassung gegeben werden können. Der Grosse Rat hat in der November-Session 1987 die Frist zur Erfüllung des Postulates bis 1989 verlängert und einer weiteren Fristerstreckung um ein Jahr zugestimmt (1990).

Motion Fischer Regula aus dem Jahre 1987 betreffend Vollzug der Luftreinhalteverordnung im Kanton Bern: Aufgrund der Finanzierungsbeschlüsse des Grossen Rats in der Mai-Session 1989 konnte die Ausarbeitung der Massnahmenpläne in den Regionen Bern und Biel ohne Unterbruch fortgesetzt werden. Der Abschluss dieser Arbeiten erfolgt im Jahr 1990. In andern Regionen des Kantons (Region Thun und Langenthal) sowie punktuell an vielen weiteren Standorten im Kanton Bern werden die Arbeiten 1991 abgeschlossen. In der November-Session 1989 hat der Grosse Rat die Frist zur Erfüllung der Motion bis Ende 1991 verlängert.

Motion Loeb aus dem Jahre 1986 betreffend Deblockierung von Landan- und Landverkäufen gemäss Landerwerbssfonds der Wirtschaftsförderung: Die aktuellen Landgeschäfte müssen trotz revidiertem Wirtschaftsförderungsgesetz weiterhin den gemäss Staatsverfassung zuständigen Behörden zur Beschlussfassung und somit in der Regel dem Grossen Rat zur Bestätigung unterbreitet werden. Die Wiedereinführung der früher bewährten Kompetenzregelung bedarf somit der Anpassung der Staatsverfassung (Art. 26 Ziff. 12). Der Entwurf für die neue Staatsverfassung will dem Anliegen Rechnung tragen. In der November-Session 1988 hat der Grosse Rat die Frist zur Erfüllung der Motion bis Ende 1990 verlängert.

Motion Steinmann aus dem Jahre 1986 betreffend Sonderaktion zur Verbesserung der hygienischen Wohnverhältnisse im Kanton Bern, insbesondere im Voralpen- und Berggebiet: Die Informationstätigkeit des Amtes für Wohnungswesen wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Dies dürfte zum anhaltend hohen Gesuchseingang beigetragen haben. Der Grosse Rat hat in der November-Session 1988 die Frist zur Erfüllung der Motion bis Ende 1990 verlängert. Bis zu diesem Zeitpunkt soll auch die Revision des Dekrets über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten voraussichtlich abgeschlossen sein.

Motion Seiler (Ringgenberg) – als Postulat überwiesen – betreffend Änderung der Berechnungsgrundlagen für Schulkostenbeiträge der Wohnsitzgemeinden an die verschiedenen Berufsschulen: Die Grundlagen der Berufsbildungsfinanzierung sollen im Verlauf der Legislaturperiode 1990 bis 1994 einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen werden. Das Amt für Berufsbildung wird in der ersten Hälfte der neuen Legislaturperiode Möglichkeiten und Modelle einer Neuordnung entwickeln und den interessierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreiten. Der Grosse Rat hat in der November-Session 1989 die Frist zur Erfüllung des Postulats bis Ende 1991 verlängert.

Motion Meyer – als Postulat überwiesen – betreffend volle Kinderzulagen für Teilzeitbeschäftigte: Auf Bundesebene wird zurzeit die Einführung einer schweizerischen Gesamtregelung der Kinderzulagen (inkl. für Selbständigerwerbende) geprüft. Deshalb ist mit weiteren Arbeiten auf kantonaler Ebene vorläufig zuzuwarten. Der Grosse Rat hat in der November-Session 1989 die Frist zur Erfüllung des Postulats bis Ende 1991 verlängert.

tres priorités dans la planification des lois, le projet de révision sera mis en consultation au plus tôt à la fin de 1990. Au cours de la session de novembre 1985, le Grand Conseil avait prolongé jusqu'à fin 1987 et en novembre 1987 de deux ans encore le délai pour réaliser la motion. Le Grand Conseil a approuvé une nouvelle prolongation d'une année (1990) en novembre 1989.

Motion Jenni déposée en 1985 – acceptée comme postulat – concernant la révision totale de la loi sur l'industrie: la Direction de l'économie publique ayant fixé d'autres priorités dans la planification, le projet de révision sera mis en consultation au plus tôt à la fin de 1990. Le Grand Conseil a prolongé, lors de la session de novembre 1987, jusqu'à fin 1989 le délai pour réaliser le postulat, et une nouvelle prolongation d'une année a été accordée (1990).

Motion Fischer Regula déposée en 1987, concernant l'exécution de l'ordonnance sur la protection de l'air dans le canton de Berne: la préparation des plans de mesures a pu se poursuivre sans interruption dans les régions de Berne et de Bienne grâce aux arrêtés édictés en matière de financement par le Grand Conseil en mai 1989. Les travaux s'achèveront en 1990. Dans les régions de Thoun et de Langenthal ainsi qu'à maints autres endroits du canton, les travaux seront terminés en 1991. Au cours de la session de novembre 1989, le Grand Conseil a prolongé jusqu'à fin 1991 le délai pour réaliser la motion.

Motion Loeb déposée en 1986, concernant l'assouplissement des conditions d'achat et de vente de terrains dans le cadre du Fonds pour l'acquisition et l'équipement de terrains prévu par la loi sur le développement de l'économie cantonale: malgré la révision de la présente loi, les affaires foncières seront soumises, comme auparavant, pour décision aux autorités qui en ont la compétence selon la Constitution cantonale, et pour ratification au Grand Conseil. La réintroduction de l'ancien ordre de compétences, qui a fait ses preuves, nécessite par là-même une modification de la Constitution cantonale (art. 26, ch. 12). Le projet de la nouvelle Constitution tiendra compte de la requête en question. Au cours de la session de novembre 1988, le Grand Conseil a prolongé jusqu'à fin 1990 le délai pour réaliser la motion.

Motion Steinmann déposée en 1986, concernant la campagne pour améliorer les conditions d'hygiène dans les habitations, en particulier dans les régions préalpine et alpine: l'Office du logement a poursuivi son activité d'information en 1989, ce qui a probablement eu pour effet d'augmenter encore le nombre des demandes. Au cours de la session de novembre 1988, le Grand Conseil a prolongé jusqu'à fin 1990 le délai pour réaliser la motion. D'ici cette date, la révision du décret sur l'amélioration de l'habitat dans les régions de montagne devrait être achevée.

Motion Seiler – acceptée comme postulat – concernant la modification des bases de calcul des contributions aux frais scolaires versées par les communes de domicile aux écoles professionnelles: les bases du financement de la formation professionnelle feront l'objet d'un réexamen approfondi au cours de la législature 1990 à 1994. L'Office de la formation professionnelle va élaborer dans la première moitié de la prochaine législature des modèles pour une nouvelle réglementation et les soumettra aux milieux intéressés pour prise de position. Au cours de la session de novembre 1989, le Grand Conseil a prolongé jusqu'à fin 1991 le délai pour réaliser le postulat.

Motion Meyer – acceptée comme postulat – concernant le versement des allocations pour enfants complètes aux salariés travaillant à temps partiel: à l'échelon fédéral, on étudie la possibilité d'introduire une réglementation des allocations pour enfants (y compris pour les indépendants) pour l'ensemble de la Suisse. Le canton ne doit donc pas entamer d'autres travaux dans ce domaine pour l'instant. Au cours de la session de novembre 1989, le Grand Conseil a prolongé jusqu'à fin 1991 le délai pour réaliser le postulat.

4.3 Weitere Vorstösse

Abgelehnt wurden zwei Motionen aus den Bereichen Berufsberatung und Sozialversicherung.
Ferner wurden im Berichtsjahr zwölf Interpellationen und eine schriftliche Anfrage aus folgenden Bereichen beantwortet:

Wirtschaftspolitik	5
Umweltfragen	1
Berufsbildung/Ingenieurschulen	5
Gewerbepolitik	1
Arbeitsmarkt	1

Am Ende des Berichtsjahres waren noch acht Motionen, zwei Postulate und acht Interpellationen aus verschiedensten Bereichen offen; diese werden im Februar bzw. im Verlaufe des Jahres 1990 behandelt.

Bern, April 1990

Der Volkswirtschaftsdirektor: *Müller*

Vom Regierungsrat genehmigt am 4. April 1990

4.3 Autres interventions

Ont été refusées deux motions relevant de l'orientation professionnelle et des assurances sociales.
En outre, douze interpellations et une question écrite ont reçu une réponse au cours de l'année écoulée:

Promotion économique	5
Environnement	1
Formation professionnelle/écoles d'ingénieurs	5
Industrie	1
Marché du travail	1

A la fin de l'année, huit motions, deux postulats et huit interpellations concernant divers domaines étaient encore à examiner; ces interventions seront traitées en février et au cours de l'année 1990.

Berne, en avril 1990

Le directeur de l'économie publique: *Müller*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 4 avril 1990